

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Sprechstunde: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Dezember 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Sprechstunde: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehobene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inseerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeilungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Grimassen der Opposition.

Matt und schlaff sah am Mittwoch im Reichstag die Staatsdebatte ein. Die erste Gelegenheit, nach dem aufrüttelnden Volksgericht der Reichstagswahlen die Situation parlamentarisch zu werten — aber die Regierung und die bürgerlichen Parteien befolgten, halb aus Verrechnung, halb aus innerer geistiger Ohnmacht, die Politik des Abstumpfens und Entwertens. Trotz der neuen Männer im Bundesrat und im Hause lief die Diskussion im alten Trott, als wäre gar nichts inzwischen geschehen. Das verfassungswidrige ungeheuerliche Pluralsystem, nach dem für den Reichstag gewählt wird, die alten Mehrheitsverhältnisse noch einmal, trotz dem socialdemokratischen Drei-Millionen-Votum, durchschwindelte, genügt den Bedürfnissen der herrschenden Parteien und ihrer ministeriellen Sachwalter. Sie sind guter Dinge, laden sich an dem Besitz ihrer Macht und sehen und hören nichts von der gewaltigen Brandung, die draußen gegen die morsche Gewalt anstürmt. Morgen wieder Lustig, so lange die Geschäfte blühen!

Man hätte vielleicht erwarten sollen, daß die erste große Reichstagsdebatte nach den Wahlen die Regierung hätte verpflichten müssen, so etwas wie ein Programm zu entwickeln. Graf Bülow stürzt sich nicht in solche Unkosten. Ein Programm — ja wenn er eines hätte. Und er braucht ja auch keines, die Dinge laufen von selbst weiter, so lange sie eben laufen. So begann denn die Debatte mit einer öden Rechnungslegung des nach Thielmanns Flucht zum Reichsschuldenmacher berufenen Freiherrn v. Stengel, der wie ein alter guter Onkel breit und langweilig auseinandersetzt, wie viel ihm die bösen ungeratenen Finanzen zu schaffen machen. Er schilderte den Defizitjammer der Rechnungsjahre 1902 und 1903 und rühmte seinen in vollzähliger Heppigkeit anwesenden Ministerkollegen nach, wie gar sparsam sie seien und welchen heroischen Beschränkungen sie sich unterzogen hätten. Dann verteidigte er die provisorische Reichsfinanzreform; der brave Onkel wünscht schließlich, daß das deutsche Volk in den Finanzen klar sehe und darum soll die „Ordnung“ sein. Aber Herr v. Stengel trug andererseits Sorge, daß man nicht zu klar sehe; daß die ganze „Reform“ nur eine Vorbereitung für neue indirekte Reichssteuern ist, das wollte er durchaus nicht wahr haben. Als Herr v. Stengel geendet, erkündete irgendwo ein schlächternes Bravo; es klang wie aus dem Schlaf.

Nach dem trockenen Reichs-Bücherrevisor trat der Komödiant der Opposition auf den Plan, der Hamburger Domkapitular Schäbler, der Radikalismus des Centrums, den der Merkantilismus vorschickt, damit er dem Centrum den notwendigen Ruf einer Oppositionspartei wahre.

Die bürgerlichen Parteien verfolgen, unter schamgelinder Zustimmung der Regierung, deutlich die Taktik, den Socialdemokraten den Mund aus den Segeln zu — reden. Indem sie die Grimassen der Opposition vortauschen, haben sie sich zu einem festen antisocialdemokratischen Tross zusammengeschlossen, der von Ströcher bis Richter reicht. Die wachsende Macht der Socialdemokratie versucht das reaktionäre Kartell einmal dadurch zu bekämpfen, daß es unsre Genossen unter ein parlamentarisches Ausnahmegesetz stellt, während es andererseits die Kraft wirklicher grundsätzlicher Opposition dadurch abzustumpfen bemüht ist, daß sie den gewaltigen Ernst tiefdringender Systemkritik in einem Postenspiel entrüsteter Scheinmordgelei nachschafft. Je mehr sich der Kampf zwischen dem Proletariat und der bürgerlichen Gesellschaft zuspitzt, je realer und unmittelbarer sich die Macht der Socialdemokratie behauptet, um so mehr schwinden auch die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien und um so brutaler treten ihre Interessen und Begierden ohne jeden ideologischen und ethischen Aufspuh auf. Der Ausschluß der zweitstärksten Fraktion und der größten Partei aus dem Bureau des Reichstages ist in dieser Hinsicht von aufläuternder politischer Bedeutung. Den Vizepräsidenten weigerte man sich unter dem Vorwand, daß wir die höchsten Verpflichtungen nicht auf uns nehmen wollten; dann hat man uns auch die Schriftführer vorenthalten — nur etwa 100 Stimmen würden für unsre Genossen gezählt — und dies Verhalten suchte man durch die kindische Anrede zu rechtfertigen: Die Socialdemokratie müßte dafür bestraft werden, daß sie sich beim Zollkampf gegen die schamlosen Rechtsbrüche der Zollmehrheit kraftvoll zur Wehre setzte. Drei Millionen deutscher Wähler haben in zwischen dies Verhalten unsrer Partei gebilligt, thut nichts, die durch die Wahlfälschung des gesetzwidrigen Pluralsystems siegreiche Mehrheit heißt säkralische Ruhe. In Wirklichkeit treten die bürgerlichen Parteien natürlich lediglich aus dem Grunde alle parlamentarische Willigkeit mit Hühen, weil der Posten eines Schriftführers nicht unwichtig ist und die Parteien der Geschäftsordnungsbrüche durch socialdemokratische Hüter des Rechts nicht behindert sein wollen. Deshalb weigerte man auch zugleich der als „unzuverlässig“ im Sinne Kardorffs erwießenen freisinnigen Vereinigung einen Sitz im Bureau.

Aber mit dieser skrupellosen Ausnützung der Macht glaubt man doch nicht allein die Socialdemokratie bekämpfen zu können, und deshalb verlegen sich die herrschenden Parteien auf das sonderbare Geschäft, den Agitationsstoff, den sie uns täglich liefern, dadurch zu entwerten, daß sie ihn selbst ausnutzen. Am Mittwoch hat Herr Schäbler Centrums-Opposition getrieben, wir vermuten, daß selbst die Konservativen und Nationalliberalen in den nächsten Tagen über Mißstände beweglich klagen werden.

Es ist nun gewiß nicht sehr schmeichelhaft für die gegenwärtige Regierung, daß ihre intimsten Freunde nur durch scharfe Anklagen gegen sie das System retten zu können vermeinen. Aber ebenso gewiß ist, daß diese Opposition von der Regierung bestellte Arbeit sein könnte, wenn sie es nicht ist. Man opfert etliche Sündenböcke, um die Sünde selbst zu heften.

So erlebten wir denn das komische Schauspiel, daß Herr Schäbler, nachdem er überaus feierlich mit einer domkapitularen Feierlich und frommstehenden Fürbitte für die Heilung Wilhelms II von seinem Stimmlippenpolypen begonnen hatte, in sofi dreißigminütiger Rede darlegte, daß ihm gar nichts, aber auch gar nichts an unsern Zuständen gefalle. In keinem Lande fühlt sich der Merkantilismus mit Recht so wohl wie im Deutschen Reich; aber er darf es nicht sagen und muß sich in die Rolle des Puhpredigers heiden. Eine schwierige Aufgabe, an der auch ein geschickter Mann als Herr Schäbler scheitern könnte.

Herr Schäbler freilich spielte seine Rolle allzu kümmerlich. Seine selbstgefällige und vergnügte Miene widerrief jedes seiner scharfen Worte und so blieb seine lange Anlagerebe ohne jeden Eindruck. Auch der Harmlosigkeit empfand, daß der Centrumsführer nur den wilden Mann mimte und daß eine Kritik, die keine zu engen Kreise zieht und gar nicht ziehen will, nur insofern gefährlich ist, als sie die Kritik entwürdigt und das System hinterhältig schützt, das sie vorgeblich angreift.

Zu seiner oberflächlichen, zwerzgigigen Rede kamgeheerte Schäbler — zum Teil im Traktätschen-Stil der lex Heinze — über die Handlungen der Regierung und die Verworfenheit der Zeit. Ihm gefallen nicht die Extratouren der auswärtigen Politik, er fürchtet Deutschlands Isolierung, ihn jammert die Schuldenwirtschaft, Militarismus, Marinismus und Weltpolitik sind ihm unbehaglich. Das Blühe-Konzert von Forbach trägt er mit gestäubtem Haar vor. Die Schrecken der gehäuften Soldatenmishandlungen schändert er breit und kraß. Gegen die Rechtsungleichheit donnert er sogar und er droht dem Bundesrat mit der Ablehnung seiner Gesetzentwürfe, wenn er nicht endlich auch die Beschlüsse des Reichstages — Dänen! — respektiert. Aber niemand nimmt die Beschwerden und die Drohungen ernst. Hinter den Coulissen legt sich ja doch die regierende Partei mit der Regierung liebevoll in den Armen. Uebrigens scheint aus Schäblers gedundenen Ausführungen hervorzugehen, daß das Centrum auch in der Reichs-Finanzreformfrage schließlich umfallen wird, wenn es genügend bezahlt wird. Schäbler schloß mit einigen Kellamendungen für die liberale Socialpolitik, verzeihe dem Avilvest-Staatsanwalt Müller einen Stoß wegen seiner Versicherungen über katholische Meinde und forderte beweglich die endliche Rückkehr der Jesuiten. Danach vertogte sich das ermüdete Haus; drei Stunden lang die verreckten Grimassen der Opposition zu bestaunen, das halten die zähesten Kerben nicht aus.

Am Donnerstag nimmt zunächst Deibel das Wort der drei Millionen! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Dezember.

Nichter und Barik. Konnten feinsäuligere Leser schon aus dem ersten Bericht der „Freisinnigen Zeitung“ über die Zusammenkunft des Bureau im Reichstage herauslesen, mit welcher Bemühtung es die volksparteiische Männerdrust erfüllte, daß neben den reaktionärsten Elementen zwei der ihrigen als Schriftführer sitzen dürfen, während außer der Socialdemokratie auch die bisher im Bureau vertretene freisinnige Vereinigung leer ausging, so giebt die „Freis. Zeitung“ vom Dienstag diesem Gefühl ganz ohne Scham Ausdruck, indem sie eine Notiz mit den Worten in Sperrdruck schließt:

„Diesmal hatten die übrigen Parteien es entschieden abgelehnt, der Freisinnigen Vereinigung einen Schriftführer zuzugestehen.“

Und scheint im Gegenteil in dieser Werbung der freisinnigen Vereinigung durch die Majorität eine Anerkennung der Nichtigkeit von Barths Politik zu liegen. Wenn sich auch derartige Vorgänge häufig unter dem Schein persönlicher Kantäne abspielen, fast immer liegt ihnen ein tiefer politischer Sinn zu Grunde. Die Reaktionäre erkennen eben, daß Richter den Gedanken an eine Zukunft des Liberalismus aufgegeben hat, daß er nur noch durch Anlehnung nach rechts, unter Ausnutzung der reaktionärsten Gesetze, wie bei den Landtagswahlen, sein zusammenhängendes Hauslein möglichst lange vor dem völligen Verschwinden bewahren will. Und sie erkennen ebenso, daß die Barthsche Politik, die auf die Bekämpfung der Reaktion im Anschluß an die Socialdemokratie gerichtet ist, wenn sie noch Anklang und Anhang im Bürgerthum findet, dazu angethan wäre, die Heberwindung der Reaktion, die ja dank dem Vorwärtsdrängen der Socialdemokratie freilich nur eine Frage der Zeit ist, schneller herbeizuführen. Daß wir uns dabei weder über den Einfluß, den die Barthsche Richtung gewinnen könnte, noch über den Gedanken-gang ihrer Anhänger irgend welchen Illusionen hingeben, ist selbstverständlich. Schon am 10. September, also lange vor den Wahlen, lange vor den Ausführungen der Professoren, die man und jetzt vorhält, umschrieben wir den Gedanken-gang unsrer wenigen liberalen „Gönner“ durch folgende Sätze:

„Der innerlich haltlose Socialismus hat zwar die Köpfe der Masse gefangen genommen; das kam aber unmöglich von Dauer sein; heute wird die socialistische Agitation durch die brutale Haltung der Reaktion gestoppt. Die Reaktion muß also, was ja an sich die Aufgabe des Liberalismus wäre, mit allen Mitteln bekämpft werden, wenn der Socialismus für die Masse seines Reiches entleidet werden soll. Betheiligen sich die Socialdemokraten mit Energie an diesem Kampf (so Landtagswahlen), so wollen wir sie nach Kräften unterstützen; sie hoffen zwar, uns danach zu beerden, thatsächlich graben sie sich ihr eignes Grab.“

Wir haben stets Barth als Gegner betrachtet, als einen Gegner sogar, der mindestens theoretisch erster zu nehmen ist, als Richter, der seine Sache längst verloren gegeben hat. Barth glaubt an die Möglichkeit einer Zukunft des Liberalismus, er hofft noch immer auf die Heberwindung des Socialismus durch den Liberalismus, und zwar im Kampf der Geister nach Niederwerfung der Reaktion. Einem solchen Gegner soll man die Achtung zollen, die Eugen Richter gründlich verweigert hat. —

Schutz der Wahlfreiheit. Der freikonservativen Partei, die sich im Reichstage in so dankenswerter Weise für die gesetzliche Durchführung der Wahlen ins Zeug legen will, wollen wir einiges Material aus England zur Verfügung stellen. Vorherziehen, die sich dort glänzend bewährt haben. Wenn wir dabei nicht nur Straf-

bestimmungen anführen, sondern auch vorübergehende Maßregeln, so werden die Herren gewiß dankbar sein — so wäre den konservativen Rittergutsbesitzern Gebrüder Köding in Sadowe (Kreis Köslin) das Gefängnis erspart geblieben, das sie sich durch verabredeten gemeinsamen Wahlbetrug so redlich verdienten, wenn nach englischer Vorschrift die Stimmzählung im Beisein der Vertreter der Kandidaten hätte erfolgen müssen. Weitere Unannehmlichkeiten, wie der Tadel in öffentlicher Gerichtsverhandlung gegenüber einem konservativen Wahlvorsteher und seinen Helfershelfern im Kreis Filderbog-Zauch-Bezirk, könnten vermieden werden, wenn nach englischem Muster der Wahlvorsteher und seine Gehilfen vor der Wahl vor einem Richter (in England Friedensrichter) das Gelübde der Verschwiegenheit ablegen müßten „über alles, was sie vor der Abstimmung einzelner Wähler bei der Wahlhandlung in Erfahrung bringen“.

Die von der freikonservativen Partei für das Strafgesetzbuch gewünschten Bestimmungen werden, wenn man solche schafft, völlig belanglos sein, so bald nur in Preußen ein einigermaher durchführbares Wahlgesetz erlassen sein wird. Dagegen empfehlen sich folgende Bestimmungen aus dem englischen Recht. Als schwere Vergehen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, eventuell durch Zwangsarbeit verschärft, oder mit Geldstrafen bis zu 2000 M. bestraft „alle Fälle korrupter Verabfolgung von Stimmen und Getränken, von Wahlwert und dergleichen mehr in irgend einer Gestalt, direkt oder indirekt“. Zu den leichteren Vergehen, Strafe bis 200 M., gehört z. B. die Verletzung von Fahrgelegenheit mittels Mietwaagens für Wähler, sei es zu Wagen oder auf der Bahn“.

Eine weitere Folge dieser Strafen ist die Streichung des Schuldigen aus der Wählerliste für fünf Jahre, wobei zu bemerken, daß die Wählerlisten für die Parlaments- und Gemeindevahlen gemeint sind.

Vielleicht macht sich die freikonservative Partei auch die von den bayerischen Liberalen als Kampfmittel gegen die Wahlrechtsverbesserung ausgedachten Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch des amtlichen und des geistlichen Einflusses zu Nutze. Dann werden alle bürgerlichen Parteien in ihrem Verhalten bei Wahlen gebessert werden, so weit durch Strafbestimmungen überhaupt gebessert werden kann. Die Socialdemokratie würde sich dessen nur freuen können. —

Zur Frage der Ungültigkeit der Wahl Karlsruhe in Wiesbaden wird und geschrieben: Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses ist so müde wie preussische Gerichtshöfe gegen Ordnungsgelassen, die Socialdemokraten mißhandelten. In den Drucksachen des Abgeordnetenhauses 1899 findet sich unter Nr. 120 der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl in Schwäge (Kreis 5). Ein Protest hatte in der folgenden Veröffentlichung des „Schwäger Tageblatt und Kreisblatt“ vom 29. Oktober 1898 unter anderem auch Wahlbeeinflussung gesehen:

„Alle Wahlmänner unsres Kreises vom Land und der Stadt Waldappel, die mit uns in Schmalsteden für die Wahl des Herrn v. Christen stimmen wollen, benachrichtigen wir hierdurch, daß ab Hoheneiche Fahrkarten zum ermäßigten Preise ... in Empfang genommen werden können, sofern rechtzeitig ... Bestellungen darauf bei dem mitunterzeichneten Bürgermeister Mohr zu Hoheneiche gemacht werden. Die bestellten Fahrkarten werden am 3. November morgens 6 Uhr am Bahnhof Hoheneiche bereit gehalten, dieselben lauten über die Strecke Hoheneiche-Schmalsteden und zurück und werden an unsere Gesinnungsgenossen unentgeltlich verabfolgt; ... Die sämtlichen Herren Bürgermeister des Kreises werden ersucht, diese unsre Mitteilung den Wahlmännern ihrer Gemeinden bekannt zu geben und nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß die oben erwähnten Anmeldungen in Hoheneiche rechtzeitig eintreffen.“

(gez.) Th. Bierken. (gez.) Mohr. Sehr klar ist die Aufforderung nicht; wie es scheint, sollten nur die Gesinnungsgenossen die Fahrkarten ganz umsonst haben; diejenigen, die mit uns in Schmalsteden für die Wahl des Herrn v. Christen eintreten wollen — wohl ohne Gesinnungsgenossen zu sein, nur unter dem Druck der sämtlichen Herren Bürgermeister, sollten sich mit „ermäßigtem Preise“ begnügen müssen. Ebensovienig klar ist, wenigstens im begründenden Satz, das Urteil der Kommission:

„Da im vorliegenden Falle lediglich eine Fahrkarte angeboten worden ist, ohne die Bezahlung des Betrages ausdrücklich zu fordern, so hat die Kommission hierin einen Grund zur Beanstandung der Wahl nicht gefunden und deshalb einstimmig beschlossen, die Gültigkeitserklärung zu beantragen. Einstimmig! Herr Rektor Kopisch hat auch dieses Votum mitunterzeichnet. —

Zur Strafprozess-Reform. Die deutsche Strafprozess-Kommission wird am 15. Dezember sich zu ihrer siebenten Tagung versammeln. Zum erstenmal trat sie bekanntlich am 10. Februar in Thätigkeit; sie versammelte sich dann wieder, jedesmal zu vier- bis fünfständigen Sitzungen, am 17. März, 6. Mai, 7. Juli, 29. September und 10. November. Die Reichstagswahlen und die Gerichtsferien haben die Kommission im Sommer nur zweimal zusammenzutreten lassen. Da die Kommission leider zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagt, ist eine Mitteilung in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ interessant, wonach es der Kommission gelungen sein soll, einen erheblichen Teil ihres Programms bereits in erster Lesung zu erledigen. Zur Beratung sind bisher gelangt die Frage über den Gerichtsstand, die Ablehnung von Gerichtspersonen, die Zeugen und Sachverständigen, die Beschlagnahme, die Durchsuchung von Personen, die Untersuchungshaft, die Verleumdung, die öffentliche Klage, das Verfahren, das abgetrigte Verfahren. Hierzu kommen in der bevorstehenden Tagung noch die Fragen über die Hauptverhandlung. Es bleiben dann noch in erster Lesung zu erledigen die Fragen über die Wiederaufnahme, die Privatklage, den Strafbefehl, über Strafverfügungen und Strafbefehle, über die Strafvollstreckung, die Öffentlichkeit, die Heranziehung von Laien als Richter, die Berufung, die Revision. Nach Abschluß der zweiten Lesung soll über die Stellung der Kommission zu diesen Fragen dann auch an die Öffentlichkeit berichtet werden.

Diese zweite Lesung wird voraussichtlich im nächsten Herbst stattfinden, aber, wie nach dem genannten Blatte in unterrichteten Kreisen angenommen wird, einen viel schnelleren Verlauf nehmen als die erste Lesung.

Über die Verhandlungen werden von Beginn an ausführliche Protokolle geführt, die später zur Veröffentlichung gelangen sollen.

Die Zusammensetzung der Kommission ist bekanntlich völlig eine einseitig juristisch-bureaucratische und kommt schon dadurch mit dem Rechtsbewusstsein des Volkes sehr wenig in direkte und indirekte maßgebende Berührung, sie besteht zur Zeit aus elf Richtern, zwei Professoren, drei Staatsanwälten und fünf Rechtsanwältinnen. Den Vorsitz führt der Reichsgerichtsrat Kaufmann, zwei Vertreter des Reichsjustizamts nehmen ständig, der Staatssekretär dieses Amtes zeitweise an den Versammlungen teil.

Das Rechtsbewusstsein des deutschen Volks ist daher für die Beschäfte dieser Strafprozess-Kommission in keiner Weise verantwortlich.

Warum Soldaten desertieren. Am 28. März desertierte der Rittmeister Jozzel vom Breslauer Leibregiment. Sein Unteroffizier, Namens Geisler, stand am Mittwoch vor dem Oberkriegsgericht, weil er den desertierten Soldaten geohrfeigt, mit Rohrstock und Riemen geschlagen und anderweit gemishandelt hat. Es wurden ihm acht Fälle von Mißhandlung und vier Fälle von vorstrafwürdiger Behandlung nachgewiesen, doch obwohl der Gerichtsherr strenge Bestrafung beantragte, setzte das Kriegsgericht die auf drei Wochen Mittelarrest lautende Strafe des Kriegsgerichts auf drei Wochen geübten Arrest beschränkt. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß Jozzel auch von anderen Treuesträgern geduldet worden ist und zwar auf Aufforderung eines inzwischen entlassenen Wachmeisters.

Die Soldatenmißhandlungen und die Kammer der Reichsräte in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:

Die bayerische Reichsratskammer hat von jeher ihre Hauptaufgabe darin erblickt, kräftig zu brennen, wenn Bayern einmal, was ja ohnehin äußerst selten vorkommt, rascher auf der Bahn des Fortschritts voranzukommen will, als es die Verwaltungsbureaucratie gewöhnt ist. Im Volksmunde wird das Oberhaus deshalb allgemein „das Schleifzeug“ genannt. Auch in der gegenwärtigen Landtagsession wird eine ihrer ersten „Thaten“ in der Ausrüstung eines einstimmigen Beschlusses der Abgeordnetenkammer bestehen, der im ganzen Volke die freudigste Zustimmung gefunden hat. In den letzten Tagen verhandelte der Ausschuss der Reichsratskammer über den Antrag des socialdemokratischen Abgeordneten A. D. Müller betreffend die Entfernung der Soldatenmünder aus der Armee. Als Referent hierüber fungierte der Reichsrat General v. Fries, der sich ursprünglich nicht ablehnend gegen den Antrag verhielt. Er führte aus, ein wesentliches Hindernis einer gründlichen Besserung seien die vielen aufstachelnden Artikel der Kriegsgerichte, die keineswegs auf Unzulänglichkeiten der Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches beruhten. Die Bedeutung der Sache werde vielfach von den Militärgerichten unterschätzt und es sei eine Schärfung nicht der Strafbestimmungen, wohl aber ihrer Anwendung nötig. Er beantragte, dem Beschlusse der unteren Kammer zuzustimmen.

Solchem guten Anfang entsprach leider nicht der Fortgang der Verhandlungen, denn die übrigen erlauchten Herren teilten durchaus nicht die vernünftigen Anschauungen des Generals v. Fries. Im traurigen Verein fielen vielmehr Liberale und Ultramontane über den Kriegsmiñister her und machten ihm heftige Vorwürfe, weil er dem socialdemokratischen Antrage nicht genügend Widerstand geleistet habe. Kriegsmiñister v. Aisch, in solcher Weise in die Enge gedrückt, fand nun plötzlich wieder, daß der Antrag Müller eigentlich „wohl nicht recht gangbar“ sei. Damit legt er sich aber in Widerspruch zu einer vor den Abgeordneten abgegebenen Erklärung, worin er sich mit den Intentionen der Antragsteller einverstanden erklärte und die mit den Worten schloß: „In diesem Sinne kam ich also gegen den wohl vom ganzen Hause einstimmig angenommenen Antrag nicht ablehnend verhalten.“ Der Miñister hat nachträglich noch ein ganz neues Argument gegen den Antrag gefunden. Er meinte, die Entfernung aus dem Heere könne unter Umständen den Bestimmungen über die Erfüllung der Militärdienstpflicht entgegenstehen; wenn ein Unteroffizier es erreichen könne, daß er auf diesem leichtesten Wege seiner Militärdienstpflicht vollständig frei und ledig werden könne, so zweifle er nicht, daß in einzelnen Fällen davon Gebrauch gemacht werden würde. Mit diesen Ausführungen hat Herr v. Aisch unbewußt eine äußerst

abfällige Kritik an der Militärjustiz geübt. Denn nach dem unabweislich ausgeprochenen Willen des Antragstellers und der Abgeordnetenkammer soll die Ausstoßung der Soldatenmünder aus dem Heere eine Straffolge sein, der die Bestrafung nach den Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches vorausgehen hat. Werden diese Bestrafungen nun als „leichter Weg“ betrachtet, um sich vom Militärdienst befreit zu können, so wird eben dadurch die in den weitesten Kreisen bestehende Ansicht bestätigt, daß die Kriegsgerichte die feigen Soldatenmünder mit einer Milde behandeln, die nicht im richtigen Verhältnis zu ihren Thaten steht. Bezieht sich doch der Antrag nur auf jene Offiziere und Unteroffiziere, deren Mißthaten an systematischen Mißhandlungen nachgewiesen ist. Man sieht, die Logik des bayerischen Kriegsältesten ist noch immer ungemein schwach.

Von einigen Reichsräten wurden schließlich auch ernstliche Bedenken geltend gemacht, Bedenken, die ursprünglich auch bei den bürgerlichen Parteien der unteren Kammer bestanden, die man dort aber schließlich doch überwunden hat. Diese Reichsräte meinen, der Antrag Müller hat eine Strafe, die im Militärstrafgesetzbuch nicht enthalten sei. Schließlich einigten sich die Erblichen und Lebenslänglichen dahin, dem Plenum folgende motivierte Tagesordnung vorzuschlagen: „In der Erwägung, 1. daß der Kriegsmiñister erklärte, er werde den Soldatenmißhandlungen mit aller Strenge entgegenzutreten und in den dazu geeigneten Fällen die Entfernung der beteiligten Offiziere aus dem aktiven Dienste beantragen, die Kapitulation der Unteroffiziere aber, welche solcher Verfehlungen sich schuldig machen, lösen, 2. daß gegen den Beschluß der Kammer der Abgeordneten sowohl gewichtige rechtliche als formelle Bedenken bestehen, beschließt die Kammer der Reichsräte, über den Beschluß der Kammer der Abgeordneten zur Tagesordnung überzugehen.“

So werden die „Edelsten der Nation“ einen vernünftigen Beschluß der Volksvertretung über den Haufen, denn nach den bisherigen Gepflogenheiten ist nicht daran zu zweifeln, daß die motivierte Tagesordnung auch im Plenum der Reichsräte zur Annahme gelangt. Dann bleibt aber auch der alte Zustand bestehen. Wird doch die Entfernung der an Mißhandlungen beteiligten Offiziere nur „in den dazu geeigneten Fällen“ verlangt. Nun hat aber der Miñister wiederholt, auch im Ausschuss der Reichsräte, betont, die Verabschiedung von Offizieren befürworte er bei der Krone nicht aus eigener Initiative, sondern nur auf Antrag der betreffenden Kommandostellen. Die Truppenkommandeure aber haben sich nicht vor dem Parlament zu verantworten und sie werden die Verabschiedung von Soldatenmündern nach wie vor nur in ganz besonders schweren Fällen beantragen.

Schiffahrtsabgaben — Wahlreform — Steuererhöhung.

Aus Karlsruhe, 9. Dezember, meldet uns ein Privattelegramm:

In badischen Landtag wurde heute die socialdemokratische Interpellation über die Schiffahrtsabgaben von der Regierung dahin beantwortet, daß solche Abgaben verfassungswidrig seien, die Regierung würde nie darauf eingehen.

Ferner wurde die Wahlrechtsreform vorgelegt. Sie bringt die Verhärkung der Ersten Kammer, die Veseitigung der indirekten Wahl bei der Zweiten Kammer und fügt als Verschlechterung das Erfordernis zweijähriger Staatsangehörigkeit hinzu.

Ein weiterer Gesetzentwurf verlangt eine Steuererhöhung von 20 Proz. —

Mißbrauch der Wahlakten.

Kiel, 6. Dezember. (Eig. Ber.) Im Wahlreglement ist bekanntlich genau vorgeschrieben, wie mit den Wahlakten, den Wählerlisten und Protokollen, nach den Urwahlen und Abgeordnetenwahlen zu verfahren ist: sie gehen vom Wahlkommissar an den Regierungspräsidenten, von diesem ans Ministerium des Innern und von da ans Abgeordnetenhause. Doch die Akten bloß zu Zwecken der Wahl benutzt werden dürfen, ist im Reglement nicht ausdrücklich vorgeschrieben, aber selbstverständlich, denn die Akten kommen bloß in die Hände von Wahlfunktionären und an andere amtliche Stellen nur insofern, als diese bestimmte Funktionen bei der Wahl zu erfüllen haben, resp. zur rein mechanischen Weiterbeförderung an übergeordnete Instanzen. Es ist ein Mißbrauch der Wahlakten, wenn sie zu andern,

wie rein wahltechnischen Zwecken gebraucht werden. Solcher Mißbrauch wird aber immer nahe liegen, so lange die staatlichen Verwaltungsbürokraten zugleich Wahlfunktionen auszuüben haben, und die Beamten ihre verschiedenen Funktionen nicht streng auseinander zu halten wissen. Geradezu typisch für eine derartige unehrerliche Benutzung der Wahlakten sind folgende Fälle, die in Schleswig-Holstein vorgekommen sind, und die sich merkwürdigweise sämtlich gegen die Opposition, die Dänenpartei und die Socialdemokratie richten:

1. Der Landrat benutzte die ihm als Wahlkommissar zugänglichen Wahlakten zu Verwaltungszwecken bezw. Maßregelungen. So wurde dem stellvertretenden Gemeindevorsteher, Hofbesitzer Sörensen in Jels, Nordfriesland, der bei der Wahlmännerwahl einem dänischen Wahlmann keine Stimme gegeben, aus diesem Grunde amtlich eröffnet, daß er, wenn er nicht seinen Abschied nehme, seines Amtes entsetzt werden würde. Die gleiche Mitteilung ist an den stellvertretenden Gemeindevorsteher Hofbesitzer Damm in Kaptrupfeld ergangen.

2. Der Landrat als Wahlkommissar macht andren Behörden vom Inhalt der Wahlakten Mitteilung. In Apenrade existiert ein einschreibender Handwerkerverein, der in seinen Statuten als Hauptzweck die Veranlassung gewerblicher Ausstellungen angiebt und der außerdem für die von der Aufsichtsbehörde sich den Zusatz zu seinem Statut hat genehmigen lassen, daß socialdemokratische Agitatoren nicht Mitglieder sein dürfen respektive ausgeschlossen werden sollen. Nach den Urwahlen erhielt nun der Vorstand des Vereins von der Aufsichtsbehörde, dem Amtsgericht, die Aufforderung, sieben namhaft gemachte Mitglieder, die socialdemokratische Wahlmänner gewählt hatten, auszuscheiden, widrigenfalls der Verein aufgelöst werden würde. Das Amtsgericht beruft sich auf seine amtliche Kenntnis von der socialdemokratischen Abstammung der Vereinsmitglieder, kann dieses Wissen also bloß vom Wahlkommissar haben. Bemerkenswert ist auch, daß das Stimmzettel für socialdemokratische Wahlmänner als agitatorische Thätigkeit, die allein vom Vereinsstatut getroffen werden kann, angesehen wird.

3. Der Landrat benutzte die ihm als Wahlkommissar erworbenen Kenntnis der Wählerlisten zu völlig unverantwortlichen Zwecken. Solches wird aus dem Bioner Kreise gemeldet. Der dortige Landrat hat eine Reihe von Arbeitervereinen aufgefordert, ihre Mitgliederlisten einzureichen, um festzustellen, wer bei der Wahlmännerwahl socialdemokratisch gewählt hat. Es scheint auch bereits eine Ausfertigung des Landrats erfolgt zu sein, denn in mehreren industriellen Vororten Kiels, die zum Bioner Landtagswahlkreis gehören, sind aus den Arbeitervereinen vermittelst gleichlautender retrographierten Schemata derartige Mitglieder zum Austritt aufgefordert bzw. ausgeschlossen worden. Da ähnliche Maßregeln überallher aus der Provinz gemeldet werden, so scheinen die Landräte bloß die ausführenden Organe einer centralen Weisung zu sein.

Man sieht, die drei mitgetheilten Beispiele sind förmliche Schulfälle, die geradezu rein begrifflich hätten konstruiert werden können für die überhaupt denkbaren Möglichkeiten, wie von den Wahlakten ein unzulässiger Gebrauch gemacht werden konnte. Leider fehlt die thatsächliche Unterlage zu der Voraussage, daß sich das Abgeordnetenhause mit diesen Dingen beschäftigen wird: die Socialdemokratie ist ja dort nicht vertreten. Aber vielleicht bringen die Dänen, die ja auch betroffen werden, die angeführten Fälle zur Sprache.

Kriegsgerichtlich zum Ersah verurteilt. Dem „Börseblatt für den deutschen Buchhandel“ wird aus Wien geschrieben:

Als die Militärärzter in Horbach den schriftstellenden Lieutenant zu mehrmonatlicher Haft verurteilten und die gedruckten Exemplare seines Romans zur Vernichtung bestimmten, ahnten sie nicht, daß ihr Verdict im Laufe der Begebenheiten einem Teile des österreichischen Buchhandels lebhaftes und rentable Thätigkeit verschaffen werde. Was in Braunschweig unterdrückt wurde, gewann in Wien neues Leben. „Aus einer kleinen Garnison“ hat, wie es scheint, in den kleinen und großen Garnisonstädten Oesterreichs das Interesse von Militär und Civil erregt. Die Wiener Kommissionäre wurden mit Telegrammen und mit telephonischen „empfohlenen“ Aufträgen aus den Provinzstädten besüchtigt. So säkularisch war der Bedarf, daß gleichzeitig in fünf Buchdruckerien und einigen Buchbinderereien gearbeitet wurde. Hält die Nachfrage eine Zeitlang an, so dürfte die Auflageziffer von „Jörn Uhl“ bald erreicht sein. —

Herbert Spencer.

„Schon früh im Leben bildete sich bei mir die Gewohnheit heraus, zur Minderheit zu gehören, häufig zu einer sehr geringen Minderheit, zuweilen sogar zu einer auf einen einzigen Menschen sich beschränkende Minderheit.“ In diesem, der letzten Veröffentlichung des toeben verstorbenen großen englischen Denkers entnommenen Satz liegt neben dem berechtigten Stolz eines unerschrockenen Gegners aller Dörigkeit zugleich ein gutes Stück milder Enttäuschung. Als der Vertreter einer sehr geringen Minderheit sinkt nach einer mehr als vierzigjährigen Wirksamkeit Englands größter Philosoph der Jetztzeit ins Grab. Er hinterläßt viele Schüler, aber schwerlich auch nur einen, der ganz in den Spuren des Meisters wandelte.

Herbert Spencer ist als Socialtheoretiker der bedeutendste Repräsentant jener Schule, die man in England mit dem Namen the philosophical radicals belegt hat — die philosophischen Radikalen, wobei das Wort „philosophisch“ daselbst andrücken soll, was wir in Deutschland oft mit wissenschaftlich bezeichnen, d. h. den Inbegriff der streng methodisch aus gewissen Thatsachen abgeleiteten Theorie. Seine erste schriftstellerische Thätigkeit entfällt in eine Zeit, wo der Liberalismus in England einen neuen geistigen Aufschwung nahm, nachdem er in der Epoche des Kampfes gegen die Sternjulle erheblich verflacht war. Nirgends war die Reaktion, die auf das Jahr 1848 folgte, von kürzerer Dauer als in England. Hier hatte es ja keinen besonderen Staatsretter bedürft, um die revolutionäre Arbeiterbewegung zu Boden zu schlagen. Nicht ein mit außergewöhnlichen Vollmachten ausgestatteter Herrscher von Gottes Gnaden hatte den Chortismus beseitigt; in sich selbst war diese, ursprünglich so gewaltige Bewegung zusammengebrochen, nachdem sie zweimal vergeblich versucht hatte, der bürgerlichen Gesellschaft den Fuß auf den Nacken zu setzen. Eine solche Situation mußte dem bürgerlichen Radikalismus überaus günstig sein; denn was noch von Arbeiterbewegung übrig geblieben war, vermochte nur wenig Anziehungskraft auf die jugendliche bürgerliche Intelligenz auszuüben, während es zugleich auch wenig Anreiz einflößte. Im Gegenteile, immer engere Beziehungen wurden zwischen proletarischen Führern und bürgerlichen Reformern und Reformvereinen geknüpft, ein proletarischer Führer nach dem andern fand Unterkunft in einem der Heerhaufen, die zusammen den Heerhaufen der sich verjüngenden großen liberalen Partei bildeten.

Was diese Verbindung der englischen Arbeiterbewegung zeitweise nahm, das lieferte sie der liberalen Bewegung. Sie gab ihr eine geistige Spannkraft, die wie im deutschen Liberalismus der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts vergebens suchte. Sie befruchtete sie mit Ideen von einer Kühnheit, die seit den Tagen der Encyclopädisten in keiner bürgerlich liberalen Partei Europas übertrumpfen worden sind. Es ist heute in Deutschland Mode geworden, geringfügig auf die englische Wissenschaft herabzusehen. Sie hat nämlich ihre großen Schwächen. Aber vergessen wollen wir darüber nicht, daß fast alle wahrhaft revolutionären wissenschaftlichen Theorien des 19. Jahrhunderts in England ihre Grundlegung erfahren haben. Und was man der Gesellschaftstheorie Herbert Spencers auch vorwerfen kann, das eine wird ihr schwerlich abgesprochen werden können, daß sie in ihren Grundgedanken, in der Art, wie sie das bürgerlich liberale Prinzip bis in seine äußersten Konsequenzen zu entwickeln sucht, wo es in den Anarchismus ausläuft, so radikal, so ganz und gar aus einem Guss ist, wie man es von einer Theorie überhaupt nur verlangen kann. Und mit diesem Radikalismus steht Spencer unmittelbar auf den Schultern eines Mannes, der seinerseits der Arbeiter-

schaft Englands in deren schwersten Tagen ein kraftvoller Anwalt gewesen war, zeigt er sich stark beeinflusst, durch L. Hodgkin, dem geistreichen Verfasser der 1825 herausgekommenen glänzenden „Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals“, der Marx im „Kapital“ so großes Lob gesollt hat und die stets ein denkwürdiges Dokument in der Geschichte des Socialismus bleiben wird.

Als Spencer seine schriftstellerische Laufbahn begann, arbeitete er insbesondere für zwei Wochenchriften, den „Leader“ und den „Economist“. Zum Stabe des ersteren gehörten u. a. George Selous, der Verfasser von „Das Leben Goethes“ und spätere Gatte von George Eliot, die damals als Miss Evans ebenfalls für den „Leader“ Beiträge lieferte, sowie der Republikaner W. J. Panton, dessen Frau als Verfasserin von „Die wahre Geschichte des Josua Davidson“ auch den deutschen Arbeitern nicht unbekannt geblieben ist. Zu den Hauptmitarbeitern des „Economist“ aber gehörte J. Hodgkin, und gerade er wurde, wie sein Biograph, Ein Hales, schreibt, von Spencer, der jahrelang täglich mit ihm verkehrte, viel um Rat gefragt und oft um Bücher aus seiner Bibliothek angegangen. Sowohl der Einfluß der sehr begabten Gruppe, die sich um den „Leader“ scharte, wie der Hodgkins läßt sich in den Lehren Spencers genau verfolgen. Er hat die von jenen verkündeten Ansichten vielfach vertieft, ist aber kaum je über sie hinausgegangen, so daß man auch ihre Schwächen bei ihm wiederfindet. Man glaubt den späteren Philosophen des Agnostizismus und Evolutionismus zu hören, wenn man im Programm des „Leader“ liest, daß „der Freihandel verteidigt, sonst aber die politische Oekonomie als eine Wissenschaft behandelt werden soll, die noch nicht abgeschlossen ist, sondern mit dem Fortschritt der allgemeinen Erkenntnis und dem wachsenden Eifer für die sozialen Bedürfnisse fortgesetzter Weiterentwicklung bedarf“. Und wenn Spencer später hartnäckig den Widerstand gegen die Staatseingriffe so weit trieb, daß er sogar den Schulzwang bekämpfte, so wiederholte er nur den Kampf, den Hodgkin 1847 und 1848 gegen das damals eingebrachte Unterrichtsgezet und dessen Verfechter Macaulay im Namen der Freiheit geführt hatte. Will man Spencer gerecht werden, so muß man ihn aus den Eindrücken heraus urteilen, die er als jugendlicher Kämpfer empfing und in sich zu einer Socialphilosophie verarbeitete, an der er mit selbst in England kaum übertrumpfter Fähigkeit sein ganzes Leben lang festgehalten hat. So viel er in Einzelheiten später hinzugelern, so sehr er einzelne Seiten seiner Philosophie in die Tiefe ausgebaut hat, so war er doch im guten wie im schlechten Sinne im Wesen mit ihr fertig, als er 1800 den ersten Prospect seines riesigen Werkes veröffentlichte. Obwohl von schwächerer Gesundheit, hat er das angekündigte Werk zu Ende führen können. Ob es ein Glück für ihn und seinen Einfluß war, ist eine andre Frage. Die Geschichte der menschlichen Geisteswissenschaften kennt viele Beispiele, wo gerade unvollendete Werke den größten, dauerndsten Einfluß auf die folgenden Geschlechter ausgeübt haben. Der Abschluß eines Systems legt seine Mängel, seine Unvollkommenheiten bloß, über denen eine spätere Zeit gern das vergißt oder unterschätzt, was es in seiner Grundlegung Bahnbrechendes geleistet hatte. Und vielleicht nirgends ist dies so hart und notwendig der Fall, wie gerade bei Spencer, dem Philosophen der Entwicklung, des Werdens.

Das Leben Spencers ist äußerlich ziemlich ereignislos. Er war im Jahre 1820 als der Sohn eines Lehrers der Reithausstraße geboren und von seinem Vater und dessen Bruder erzogen worden, welcher letztere zu jenen lampfäuligen liberalen Geistesgenossen gehörte, die gerade in England besonders häufig zu finden sind. Der Reverend Thomas Spencer, von dem Herbert Spencer manches geerbt zu

haben scheint, gehörte unter andern zu den Mitbegründern der „Liga gegen die Restruierung des Wissens“, die 1852 den ursprünglich fast nur von der Arbeiterpresse praktisch geführten Kampf gegen den Zeitungsstempel von neuem aufnahm und mit unermüdlichem Eifer bis zu seinem erfolgreichen Ende fortführte. Herbert Spencer hatte sich dem Jugenderfaher getrimmet, es aber darin zu nichts gebracht, war dann zur Journalistik übergegangen, von der er sich aber schon 1852 wieder lossagte, um sich völlig seinen wissenschaftlichen Arbeiten hinzugeben. Seine eignen Mittel reichten gerade hin, ihm eine bescheidene Unabhängigkeit zu erlauben, die freilich wiederholt materiell in die Brüche zu gehen drohte, bis erst eine väterliche Erbschaft und dann der Ertrag seiner Werke ihn von ersten Geldsorgen befreite. An Anerbietungen von größeren Geldmitteln hat es ihm übrigens nicht gefehlt; zu denen, die ihm willig ihren finanziellen Beistand anboten, gehörten unter andern John Stuart Mill, der, wie der Naturforscher Huxley, der Physiker Tyndall, der Historiker Grote, den Plan von Spencers Werk im Entwurf geprüft und mit großem Beifall begrüßt hatte.

Als Parteimann ist Spencer nicht mehr hervorgetreten, wenn er auch bei Gelegenheiten zu den größeren Fragen der Zeit in Artikel Stellung nahm. Hier sind insbesondere seine scharfe Gegnerschaft gegen den Socialismus und seine herbe Verurteilung des Boerentrieges und des modernen britischen Imperialismus hervorzuheben. In beiden Punkten zeigt er sich als konsequenter Vertreter des Liberalismus der alten Schule. Weder nach rechts, noch nach links hin vertritt er sich zu einem Kompromiß. Mehr noch als der weidliche Cobden ist dessen Kampfgenosse, der steinmadige Quaker John Bright, der politische Repräsentant des Besten, der Spencer beehrte. Mit John Bright, der gleich ihm dem nördlichen England entstammt, hatte auch Spencer Gladstones Homerule-Bill verworfen.

Als Philosoph bietet Spencer viele Vergleichspunkte mit unserm deutschen Hegel dar. Mit ihm teilt er vor allem den encyclopädischen Geist, die Geschlossenheit und Einseitigkeit des Systems und die Eigenschaft, daß dieses System Wissenschaft des Werdens, des Geschehens sein will. In einem toeben erschienenen philosophischen Werk, dessen Widmung Spencer angenommen hat („Der Sinn des Daseins, Streifzüge eines Optimisten durch die Philosophie der Gegenwart“, Leipzig, J. C. B. Mohr), hat Professor Ludwig Stein-Bern in dem Kapitel „Herbert Spencer und sein Schwannengefang“ die Eigenschaft Spencers als Philosoph des Geschehens zum Gegenstand einer sehr gedankentiefen Gegenüberstellung von Spencer und Spinoza, dem großen Philosophen des Seins, genommen. Nachdem er festgestellt hat, wie sehr beide Denker in ihrer Beharrlichkeit sowie darin einander gleichen, daß sie ihre Systeme lange vor ihrer Ausarbeitung im Kopf abgeschlossen hatten, setzt Stein auseinander, wie Spinoza das letzte Wort der creativen Philosophie ausgesprochen, Spencer aber die oberste Formel für die Lehre Heraclitus gefunden habe.

„Nach Spinoza“, schreibt er, „vermag der menschliche Geist alles reflexiv zu erklären und von der Substanz (Gott-Natur) eine deutliche, sie sinnfällig abbildende, adäquate (entsprechende) Vorstellung zu geben.“ — „Spencer hingegen spaltet von vornherein alle Erkenntnis in zwei Hälften: in die der Gesetze des Erlebens und die des Daseins eines Unerlebens. Von jenem absoluten oder der Substanz, von welcher Spinoza behauptet, sie sei die sicherste Wahrheit, die es für Menschen gäbe, vermag Spencer nur auszusagen, daß sie ist, nicht aber, was sie ist.“ Gleich Dubois-Reymond entscheidete Spencer: wir können nicht wissen. Daher die Bezeichnung der Spencer'schen Philosophie als Agnostizismus.

(Schluß folgt.)

Husland.

Eine russisch-japanische Verständigung?

Eine der „Associated Press“ aus Petersburg zugegangene Depesche berichtet, man glaube dort, daß der Friede zwischen Rußland und Japan gesichert sei. Es sei dies das Ergebnis der Initiative des Kaisers von Rußland in dieser Angelegenheit, der mit dem Grafen Lambsdorff in Jarosloje Skelo eine Beratung über die von Japan gemachten Vorschläge hatte. Die Konferenz habe 1 1/2 Stunden gedauert. Man habe beschlossen, gewisse Modifikationen an den japanischen Vorschlägen hinsichtlich Koreas zu machen, und habe diese Modifikationen dem russischen Gesandten Baron v. Rosen telegraphisch mitgeteilt. Sie würden den Unterhändlern in Tokio offiziell unterbreitet werden. Man glaube zu wissen, daß die Modifikationen solche von minderer Wichtigkeit sind, und daß, wenn Japan sie annimmt, nichts einer vollkommenen Einigung im Wege stehe. Ueber die japanisch-russische Verständigung meldet die „Associated Press“ weiter, daß die Konvention, zu der die Verhandlungen, wenn Japan die erwähnten Modifikationen annehme, führen würden, sich nur auf Korea erstrecken werde. Rußland werde den vorherrschenden Einfluß Japans in diesem Lande und das Recht Japans, das Protektorat über Korea auszuüben, anerkennen, werde aber bestimmte Vorbehalte machen hinsichtlich der Küstenverteidigung und der Marinestationen. Der Zweck dieser Vorbehalte sei die Verhinderung einer Unterbrechung der russischen Verbindungslinie zur See zwischen Wladiwostok und Port Arthur. Andererseits solle Rußland Handelsfreiheit in Korea gesichert und sollten die vorhandenen russischen Konzessionen anerkannt werden. Die Handelsfrage werde Gegenstand einer besonderen Verständigung sein; Japan sei damit einverstanden, die Frage der Räumung dieses Gebietes in der Schwebe zu lassen und erkenne Rußlands Stellung dort an.

Frankreich.

Dyon, 9. Dezember. (W. T. V.) Im Laufe einer von Katholiken am gestrigen Feiertage veranstalteten Kundgebung protestierten etwa 3000 Sozialisten gegen die festliche Beleuchtung; sie zertrümmerten die Fenster der Kirche Notre Dame de la Fourvière sowie die eines Marienlosters. Es kam zu einem Handgemenge, wobei mehrere Personen, darunter eine schwer verletzt wurden.

Italien.

Die Demission der königlichen Erhebungskommission über die Marineverwaltung.

Rom, den 6. Dezember. (Fig. Ver.)

Wie erinnerlich, hatten die ersten Anschuldigungen des „Avanti“ gegen die Marineverwaltung den Anlaß zu einem Initiativantrag im Parlament, eine parlamentarische Erhebungskommission über die Marineverwaltung zu ernennen. Dieser Antrag wurde vom Kabinett als Nichtantragsvotum bezeichnet und in der Kammer abgelehnt. Um den widerwärtigen Eindruck dieses Verhaltens des Ministeriums zu verdecken, ernannte man Anfangs Oktober durch königliches Dekret eine Kommission aus 17 Personen unter dem Vorsitz Balbottes, die ohne Kompetenz und mit nur administrativer Vollmacht über die Marineverwaltung inquirieren sollte.

Diese von der öffentlichen Meinung mit Mißtrauen aufgenommene Kommission, die ein wahres Schmerzenskind Janardellis war, hat nun gestern demissioniert. Von all ihren bisherigen Lebensäußerungen war dies jedenfalls die vernünftigste. Wohlgeleitet war sie durch den am 3. Dezember vom Parlament zur Kenntnis genommenen Vorschlag, der Kommission 5 Abgeordnete und 5 Senatoren beizugeben, um ihr dadurch größere Autorität zu verleihen. Die Kommission wollte sich nicht mit dieser nachträglichen Einfügung des parlamentarischen Elements abfinden und verzichtete.

Bedenkt man, daß jetzt vor den Augen der gesamten Öffentlichkeit mit allen Rechten der gerichtlichen Untersuchung die Marineverwaltung der Durchsicht unterzogen wird, wie das im Prozeß Bettolo geschieht, so muß man erwidern, daß die königliche Erhebungskommission keine Daseinsberechtigung mehr hatte. Jedenfalls wird die Demission angenommen werden. Es heißt zwar, der Vorschlag einer parlamentarischen Erhebungskommission könne im Laufe dieser Parlamentssession nicht noch einmal eingebracht werden, da verfassungsmäßig eine abgelehnte Entwurf nicht in derselben Session noch einmal vorgelegt werden darf. Dagegen soll Giolitti bemerkt haben, dies gälte nur für Gesetzentwürfe, nicht für Vorschläge.

Die offizielle „Italia“ meldet, es würde eine parlamentarische Erhebungskommission eingesetzt werden, um über die Marineverwaltung und über die des Kriegsministeriums zu inquirieren.

Das Finanz-Exposé.

In der Deputiertenkammer gab der Schatz- und Finanzminister Luzzati dem Hause das Finanz-Exposé. In Beginn desselben legt der Minister dar, daß das Rechnungsjahr 1902/03 nach Abzug aller Ausgaben für die Eisenbahnen, Schuldentilgung und die China-Expedition mit einem Ueberschuß von 69 713 000 Lire abgeschlossen hat. Der Ueberschuß für 1903/1904 wird nach Deduktion der gleichen Ausgaben voraussichtlich 6 Millionen Lire betragen, da infolge der guten Inlandconjunction ein Mindereingang an Getreidezöllen von 34 Millionen Lire angenommen wird; doch dürfte sich der Ueberschuß nach der Uebersetzung des Ministers infolge des sehr niedrigen Anlaufes der Einnahmen noch erhöhen. Für das neue Rechnungsjahr 1904/1905 wird der Mißversch mit 7 220 000 Lire veranschlagt, doch wird angenommen, daß diese Schätzung durch die als sicher anzusehende Einnahmevermehrung werde weit übertroffen werden. Neue Ausgaben werden in der laufenden Tagung nicht vorgeschlagen; überhaupt betont der Minister die Notwendigkeit, alle nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben zu vermeiden, um das Budget für die große Rentenkonversion zu rüsten. Bezeichnend für die Finanzdebatte Italiens in den letzten Jahren war, führt der Minister weiter aus, die Vermeidung jeglicher Anleihe-Aufnahme; dies bilde die Erläuterung für die jetzige gute Lage und darin liege auch das Geheimnis für die Zukunft. Zur Frage der Handelsverträge führt er aus: Die von der Regierung eingesezte Kommission ist zu einem von rein technischen Gesichtspunkten ausgehenden Entwurf einer beschränkten Revision des Generaltarifs gelangt, welcher auch veröffentlicht worden ist, da die Regierung nichts geheim halten will. Die Regierung beabsichtigt aber angelegentlich der guten wechselseitigen Wirkung der geltenden Verträge mit den mittel-europäischen Staaten an dem gegenwärtigen Zollregime Italiens keine dessen Wesen berührende Veränderung vorzunehmen und glaubt, daß die Vollmachten, die sie in dieser Angelegenheit besitzt, zur Wahrnehmung der italienischen Interessen ausreichen.

Ein für die italienischen Arbeiterorganisationen wichtiges Urteil fällt dieser Tage das Mailänder Zivilgericht in einer Schadensersatzklage der Firma C. G. E. L. I. gegen 200 Arbeiter. Die Klage hatte folgenden Vorfall: Die Arbeiterschaft der genannten Firma hatte sich organisiert und stellte gegen Ende vorigen Jahres verschiedene Forderungen zur Besserung ihrer Lage. Der Besitzer antwortete auf diese erst in ihren Anfangen stehende Bewegung damit, daß er der gesamten Arbeiterschaft kündigte mit der in Mailand üblichen Frist von einer Woche. Darauf verließen die Arbeiter sofort die Arbeit, ohne die letzte Woche ihre Arbeit zu thun. Der Besitzer klagte nun auf Ersatz des durch diese Arbeitseinstellung ihm erwachsenen Schadens. Das Gewerbeamt erklärte sich — in Anbetracht der Höhe der Summe — für inkompetent und so wurde die Sache vor dem Zivilgericht in Mailand verhandelt. Das Gericht verurteilte die 200 Arbeiter in solidum zur Haftung des Schadensersatzes — dessen Höhe gerichtlich festzusetzen ist — und in die Kosten. Das Urteil beauftragt die gesamte Presse und ist für die Arbeiterschaft sehr folgenreich. Es ist von den Verurteilten angefochten worden.

England.

Lord Roberts' Rücktritt. „Morning Leader“ veröffentlicht eine Information, wonach Lord Roberts am Ende des Finanzjahres seine Demission als Generalissimo der englischen Armee geben werde. Die Demission sei veranlaßt durch die Unzufriedenheit Roberts mit der Haltung des jetzigen Kabinetts zu der vorgeschlagenen Militärreform. Als mutmaßlicher Nachfolger wird der Herzog von Connaught genannt.

Niederlande.

Wie kann man am besten die Socialdemokratie bekämpfen? Durch den Glauben oder durch die Wissenschaft? Dies waren die Preisfragen, denen bei der am Sonnabend beendeten Beratung über das Budget die bürgerlichen Parteien die größte Aufmerksamkeit widmeten. Mit Recht konnte unser Parteigenosse Troelstra gegen den Schluß der Verhandlungen erklären: Wir können mit den Debatten zufrieden sein, mehr als irgend eine andre Partei. Wir befinden uns in einer eigenartigen Situation: wir haben hinter uns einen verlorenen Kampf (den Generalstreik); die Niederlage wurde von unseren Feinden, und das sind alle andern Parteien, ausgebeutet; die Socialdemokraten, sagte man, haben einen empfindlichen Schlag getriegt, und noch gestern sagte Dr. Kuyper geringschätzend: Die Socialdemokratie ist nur eine kleine Partei von einigen Herren und Damen, und dann auch noch Arbeitern. Ist es nicht merkwürdig, daß das niederländische Parlament mindestens die Hälfte dieser Woche der Frage gewidmet hat, wie es am besten diese kleine, sozusagte Partei bekämpfen kann? Bekämpfen: von Verdrängung und Vernichtung ist nicht die Rede. Hierüber sind die Herren nun einig: materiell, mit der starken Hand der Autorität können beide bürgerlichen Parteien uns bezwingen. Aber im geistigen Kampfe werfen sie einander Untauglichkeit der Mittel vor. Die rechte Seite vertraut auf das Ideal ohne Wissenschaft, die linke auf die Wissenschaft ohne Ideale. Wir haben beide Waffen und nehmen von unsrer äußerlichen Niederlage die Erkenntnis mit nach Hause, daß wir ihnen gegenüber über zwei Waffen verfügen, die unüberwindlich sind.

Dänemark.

Das Folske Thing nahm am Mittwoch mit 70 gegen 1 Stimme den Gesetzentwurf an, durch welchen die Reichstagsdiäten für die ersten sechs Monate der Session von 6 auf 10 Kronen täglich erhöht werden, während sie für die übrige Zeit 6 Kronen, wie bisher, betragen sollen. Die Rechte erhielt sich der Abstimmung.

Norwegen.

Das Odelsthing hat am Freitag ein Gesetz zur Walfisch-Friedigung angenommen. Das Gesetz, das, wie gründliche Untersuchungen beweisen, im Interesse der Fischereibevölkerung liegt, wurde auf Betreiben unsrer norwegischen Genossen geschaffen. Uebertretungen des Gesetzes sollen mit Geldstrafen bis zu 5000 Kr. geahndet werden. Das Gesetz soll am 1. Februar 1904 in Kraft treten. Jedoch wurde die Einschränkung getroffen, daß die jetzt mit Walfischfang und -Verwertung beschäftigten Unternehmer ihre Thätigkeit noch ein Jahr fortsetzen können, aber nicht mit mehr Fahrzeugen als im Jahre 1903. Für diese Bestimmung stimmte mit Rücksicht darauf, daß das ganze Gesetz sonst vielleicht vom Lagthing verworfen werden könnte, unter andern auch unser Genosse Dr. Grøtten.

Verwerfung des Frauen-Stimmrechts. Das Storting verwarf einstimmig die Vorlage betreffend Einführung des staatsbürgerlichen Wahlrechts für Frauen. Der Präsident verlas vor der Abstimmung ein Schreiben des Frauen-Wahlrechts-Vereins, in dem die Hoffnung auf Annahme der Vorlage ausgesprochen wird.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkongress des Reichstags hat am Mittwoch zwei Sitzungen gehalten. Die erste Sitzung fand unter Vorsitz des Abgeordneten Graf v. Stolberg statt. Es wurde ohne Widerspruch beschlossen, bei der Wahl der Abteilungsvorsitzenden und deren Stellvertreter es bei der bisherigen Besetzung zu belassen. Hiernach werden für die 1. Abteilung die Abgg. Nordhoff und Traeger, 2. Abteilung die Abgg. Kuer und Dr. Antelen, 3. Abteilung die Abgg. Schmidt-Ellersfeld und Singer, 4. Abteilung die Abgg. Graf Rany und Bebel, 5. Abteilung die Abgg. Graf v. Hompech und v. Standt, 6. Abteilung die Abgg. Wlanfenborn und v. Czarlinski, 7. Abteilung die Abgg. Freiherr Dr. v. Hertling und Sieg zu Vorsitzenden und deren Stellvertreter gewählt. Die Bestimmung über den Vorsitz der ständigen und der später zu wählenden Kommissionen soll in der nächsten Sitzung, die am Freitag stattfindet, beschlossen werden. Die zweite Sitzung des Seniorenkongresses beschloß unter Vorsitz des Präsidenten, vor den Weihnachtsferien nur die erste Lesung des Etats und die drei Beratungen der Verlängerung des Handelsvertrags-Previsatoriums mit England zu erledigen. Der Vorschlag des Präsidenten, die Etatsberatung am Freitag zu unterbrechen, die drei Beratungen des Handelsprevisatoriums zu erledigen und dann die Etatsberatung fortzusetzen, fand die Billigung des Seniorenkongresses. Ebenso wurden die Vorschläge des Präsidenten betr. die Weihnachtsferien angenommen. Hiernach werden unter der Voraussetzung, daß am 18. d. M. die erste Lesung des Etats zu Ende geführt wird, an diesem Tage die Weihnachtsferien beginnen und bis Dienstag, den 12. Januar, dauern. Nimmt die Etatsberatung nicht so viel Zeit in Anspruch, so beginnen die Weihnachtsferien früher.

Die socialdemokratische Reichstagsfraktion saßte in ihrer Sitzung am Mittwoch Beschluß über die Beschickung der ständigen Kommissionen. In die Budgetkommission werden entsandt Bebel, Ledebour, Reiser, Singer, Sidelum. In die Geschäftsordnungscommission: Förster, Reiser, Singer. In die Wahlprüfungscommission: Fischer-Vorlin, Geber, Goldstein. In die Rechnungscommission: David, Reichhans, Schippel. In die Petitionskommission: Fischer-Sachsen, Herzfeld, Peus, Schwarz, Thiele, Zuger.

Es wurden ferner die Einbringung einer Anzahl von Initiativanträgen, zu den schon früher mitgeteilten, beschlossen, folgende Materien betreffend: Sicherung des Koalitionsrechts, Einführung des Normalarbeitsgesetzes, Reichs-Prüfung, Reichs-Vergleich, Bauarbeiterlohn. Zur Ausarbeitung eines Entwurfes zum Tönu der Heimarbeiter wurde eine sechsgliedrige Kommission gewählt.

Die Schriftführerwahlen haben ergeben, daß die Kandidaten der bürgerlichen Parteien 229-278 Stimmen bekommen haben, während von den socialdemokratischen Kandidaten Schippel 103, Fischer-Vorlin nur 99 Stimmen erhielten.

Partei-Nachrichten.

Ueber die Socialdemokratie und die politischen Zustände in Deutschland hat Genosse Vollmar auf Aufforderung des Herausgebers in der Londoner Monatschrift „National Review“ einen längeren Artikel veröffentlicht, der von einigen bürgerlichen Blättern wieder zum Anlaß genommen wird. Vollmar gegen Bebel auszusprechen. Der Artikel bietet jedoch in Wirklichkeit nicht den geringsten Anlaß zu solchem Spiel. Für englische Leser geschrieben, giebt er in Anknüpfung an die letzten Reichstagswahlen in schätzbaren Strichen ein Bild von der Stärke der Parteien, der Position der Socialdemokratie und der gesamten innerpolitischen Zustände Deutschlands und deutet die Stellungnahme der Socialdemokratie zu diesen Zuständen an.

In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es über den Artikel, daß der Socialdemokratie ein revolutionärer Charakter durchaus abgestritten werde und daß ihr nur die Aufgabe der Begränzung künstlicher Hindernisse, die der wirtschaftlichen Entwicklung in den Weg gelegt werden, zugeschrieben werde. Dann wird zum Beweise

dieser Behauptung ein aus dem Zusammenhange gerissener Satz unrichtig citiert. In Wirklichkeit legt Vollmar nur dar, daß die Socialdemokratie nicht an eine Politik der Gewaltthätigkeit denkt, während viele unfer Gegner uns gern dahin bringen möchten. Und er legt weiter dar, daß die Socialdemokratie nicht Ziele verfolgt, die der Entwicklung zuwiderlaufen, daß sie aber auch zunächst politische Aufgaben zu erfüllen habe, die in andern Ländern schon von bürgerlichen Parteien erfüllt worden sind. Wir citieren hier den Abschnitt, aus dem die „Deutsche Tageszeitung“ einen Satz unrichtig citiert hat. Der Leser wird daraus am besten erkennen, was Vollmar sagt:

„Man weiß, daß die Socialdemokratie aller Länder — wie ihr Name sagt — in erster Reihe sociale und wirtschaftliche Ziele verfolgt. Sie geht von folgenden Gesichtspunkten aus: Die wirtschaftliche Entwicklung, die Ausgestaltung des Verzeichnisses zur Maschine und die Verdrängung der Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe trennt den Arbeiter in schnell zunehmendem Maße von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn so in einen bestlosten Proletarier; die Produktionsmittel aber werden der Kleinbesitzer einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten, denen damit wesentlich auch alle Vorteile zufallen, welche das riesenhafte Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft bewirkt. Auf diese Weise beherrscht das Kapital alle Lebensquellen und zwingt den arbeitenden Klassen und den ganzen Völkern ein Joch auf, das immer unerträglich wird. Der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten kommt mit der wachsenden Bildung und Einsicht in den Zusammenhang der Dinge immer mehr zum Bewußtsein der Massen, und die Gesellschaft wird so in allen industriell entwickelten Ländern in zwei feindliche Heerlager getrennt, die einander immer erbitterter bekriegen. Dieser Klassenkampf bildet die Grundursache des Entstehens und fortgesetzten Anwachsens der Socialdemokratie; ihn zu einem einheitlichen zu gestalten und ihm sein natürliches Ziel zu weisen, ist ihre hauptsächlichste Aufgabe. Der Großbetrieb kann aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle höchster Wohlfahrt und harmonischer Vervollkommnung werden, wenn die Produktionsmittel dem privaten Besitz des Kapitals entzogen und in die Hände der Gesellschaft übergeführt werden. Die gesellschaftliche Umwandlung bedeutet aber die Befreiung nicht nur des Proletariats, sondern der ganzen Menschheit, die unter den heutigen alles fordernden und die kulturellen Fortschritte lähmenden Klassenengegenseitungen leidet.“

Die Durchführung dieser Forderung bedeutet naturgemäß eine Revolutionierung der ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse. Und sonach die Vertreter des heutigen Produktionsystems mit seinen Klassenverhältnissen glauben deshalb oder geben vor zu glauben, daß die Socialdemokraten alle bestehende Ordnung gewaltsam „umstürzen“ wollen. Aber niemand kann von einer solch brutalen und thörichteren Auffassung weiter entfernt sein, als die Socialdemokratie. Soweit an ihr liegt, will sie vielmehr die augenblicklichen Formen der Gesellschaft auf dem einzig natürlichen und vernünftigen Wege umwandeln, auf welchem eine solche Ordnung überhaupt umgestaltet werden kann, nämlich von innen heraus, durch ein allmähliches, organisches Uebergehen und Hineinwachsen in die kommende Ordnung. Die Socialdemokratie ist weder eine Sekte, welche ihren Zukunftsentwurf nach vorher bestimmten Plänen bauen möchte, noch auch eine Schule, die sich annahmt, den notwendigen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zu unterbrechen und in der Richtung ihrer Lehmeinungen zwingen zu können. Um was es sich für die Socialdemokratie handelt, das ist, das sociale Unrecht auf den von der wirtschaftlichen Entwicklung selbst vorgezeichneten Wegen und Stappen zu vermindern und schließlich zu beseitigen. Auch die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel ist darum keine Schablone, die auf alle Verhältnisse gleichertweise und gleichzeitig Anwendung finden kann. Die unmittelbare Vergeßlichkeit, die juristische Vergeßlichkeit hat dort einzutreten, wo die Produktion die Merkmale des Individuellen schon völlig abgestreift und einen socialen Charakter angenommen hat.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ citiert mir den letzten Satz in folgender Form:

„Selbst die Socialisierung der Produktionsmittel ist für sie keine feste Regel, die allgemein — zu derselben Zeit und in der gleichen Weise und unter allen Umständen — angewandt werden kann. Solche direkte Socialisierung kann nur dann angewandt werden, wenn die Produktion bereits selbst ihren individualistischen Charakter abgestreift und einen socialistischen angenommen hat.“

Im Zusammenhange, in Beziehung auf das Vorhergegangene und in richtiger Form ist der Satz ganz selbstverständlich.

Der Artikel ist als Prosäure deutsch erschienen bei Vir u. Co. in München zum Preise von 20 Pf. Wir citierten nach dieser deutschen Ausgabe, die sich jeder leicht verschaffen kann, der das Ganze lesen möchte.

Gemeindevahlen. In Bening wurden die vier socialdemokratischen Kandidaten gewählt und damit erlangten unsere Parteigenossen die Mehrheit im Kollegium. Bening ist die erste städtische Stadt mit einer socialdemokratischen Stadtverordneten-Mehrheit.

In dem badischen Orte Hagsfeld haben unsere Genossen die Mehrheit im Bürgerausschuß. Nimmich haben sie auch nach der jüngsten Ergänzungswahl die Mehrheit im Kirchengemeinderat erlangt. Was werden sie damit anfangen?

Pölkzliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung der kgl. Regierung zu Liegnitz standen am Dienstag der Arbeitersekretär von Landeshut, Genosse Krähig, und der verantwortliche Redakteur der „Landeshuter Volks-Zeitung“, Genosse Mehrlein, vor der Breslauer Strafkammer. Sie sollen in einem Artikel, der den Rentenanspruch des Holzfallers Siebert besprach, die Regierung beleidigt haben. Siegere ist 33 Jahre im Dienst der kgl. Forstverwaltung und hat die Verdienstmessale für treue Dienste erhalten; bei seinem Verlassen um eine Rente wandte er sich hilfesuchend an Krähig. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß ein Bescheid, der dem Siegere zugehen sollte, irrtümlich zu den Akten geheftet war, wo er acht Wochen verblieb. Ferner ist bei der Abschrift des ärztlichen Gutachtens aus Versehen der einzige Satz, der zu Gunsten des Mägers spricht, weggeblieben. Das Gericht kam aber zu einem verurteilenden Erkenntnis, die Ausdrücke „Schandeanwand“, „berühmte Regierung“, „es war wohl kein Unfallsversicherungsgesetz zur Hand“, seien für die Regierung, die bei allen Menschen doch ein hohes Ansehen genieße, schwer beleidigend Natur. Genosse Mehrlein wurde zu sechs Wochen Gefängnis, Arbeitersekretär Krähig als Einsender des Artikels zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

So ist also auch die Sänede in die lange Reihe der Tiere eingetret, mit denen verglichen zu werden der europäische Normalmensch als Beleidigung empfindet.

Aus Industrie und Handel.

Adolf v. Hansemann 7. Gestern früh ist in seinem 78. Lebensjahre der Geheimre Kommerzienrat Adolf v. Hansemann gestorben, der Leiter der Diskontogesellschaft und Senior ihrer Geschäftsinhaber. 1826 als Sohn des späteren Finanzministers David Hansemann in Aachen geboren, trat er 1857 in die von diesem gegründete Diskontogesellschaft als zweiter Geschäftsinhaber ein und wußte, nachdem ihn im Jahre 1864 der Tod seines Vaters an die Spitze dieses Instituts gestellt hatte, daselbst alsbald unter den damaligen günstigen politischen und wirtschaftlichen Umständen auf solche Höhe zu bringen. Ein „Staatsmann“ und Parlamentarier, wie sein Vater, war der „junge Herr Hansemann“ nicht, aber er fand, da er, wo es Einfluß zu erringen galt, sehr splendid sein konnte, in den Herren Camphausen und Wapque gewandte parlamentarische Vertreter und Helfer. Zwischen seinem Institute und der Firma Weichroder entwickelte sich bald, da beide in gleicher Weise profikable Gründungen zu entziehen verstanden, eine rege Freundschaft, und als es 1871 galt, die finanziellen Bedingungen des Friedensschlusses mit Frankreich festzusetzen, wurde er zusammen mit Gerson Weichroder von Bismarck

nach dem kaiserlichen Hauptquartier berufen. Als Belohnung seines hervorragenden Verdienstes in dieser Angelegenheit — worin dieses Verdienst bestand, ist nicht ganz klar — wurde er 1872 geadelt. Während der Gründerjahre, die dem Kriege folgten, stand die Disconto-Gesellschaft unter Hansemanns Leitung in der vordersten Reihe der Gründerbanken; wandte sich dann aber zu Anfang der 80er Jahre, als die Verhältnisse die bisherige Gründertätigkeit weniger rentabel erscheinen ließen, vornehmlich dem Anleihe- und Konversionsgeschäft zu. Zugleich stellte Hansemann sein Institut in den Dienst der Kolonialpolitik; gründete die Neu-Guinea-Gesellschaft und suchte in Indien und Südamerika Finanzgeschäfte einzuleiten. Die Deutsch-Asiatische Bank verdankt ihre Entstehung seinem Wirken, und nachdem das Deutsche Reich sich im März 1898 Kiautschou gepachtet hatte, war vor allem er es, der die Gründung der Schantung-Eisenbahngesellschaft und der Schantung-Vergbau-Gesellschaft betrieb.

Der Handelstag und die Arbeitszeit in Comptoiren. In den Sitzungen, die während der beiden letzten Tage der Ausschuss des Deutschen Handelstages hier abgehalten hat, beschäftigte er sich auch mit der Frage einer Regelung der Arbeitszeit in den kaufmännischen Comptoiren. Der Berichterstatter, Herr Robinow-Hamburg, gab dazu im Namen des Ausschusses folgende Erklärung ab: „Der Ausschuss des Deutschen Handelstages stellt entschieden in Abrede, daß ein Grund für die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit von Gehilfen und Lehrlingen in solchen Comptoiren des Handels- und kaufmännischen Betriebes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, vorliegt. Die Anlegung einer gesetzlichen Schablone widerspricht dem innersten Wesen der Industrie und des Großhandelsbetriebes und wird daher praktisch in vielen Fällen undurchführbar sein. Sie würde auch in idiosyncratischer und sozialer Beziehung verwerflich wirken, weil sie geeignet ist, die Aufzucht der kaufmännischen Angestellten von der Bedeutung ihrer eignen Arbeit herabzudrücken und das gute Verhältnis zwischen Prinzipalen und Angestellten zu stören. Der Ausschuss des Deutschen Handelstages kann daher im Interesse der Industrie und des Handelsbetriebes, sowie der in ihnen tätigen Prinzipale und Angestellten, nur dringend befehlen, von dem Versuche einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit in den obengenannten Betrieben Abstand zu nehmen.“

Eine vernünftigerer Stellungnahme hat vom Handelstag sicherlich niemand erwartet, der den in dieser Korporation herrschenden Geist kennt; aber eine etwas geistreichere Begründung hätte sich der Ausschuss immerhin leisten können. Die Befürchtung, daß die kaufmännischen Angestellten, wenn ihre Arbeitszeit beschränkt würde, dadurch ihre Arbeit geringer einschätzen und sich in ihrem guten Verhältnis zu ihren Prinzipalen beeinträchtigt fühlen könnten, ist dermaßen kurios, daß kein denkender Mensch sie ernst nimmt. Die Vorbringung solcher Nebelwälder beweist nur, daß es an wirklichen Gründen fehlt und die ganze Stellungnahme der Herren nur dem Motiv entspringt, in der Ausnutzung der Arbeitskräfte ihrer Angestellten nicht beschränkt zu werden, sondern frei nach Belieben schalten zu können. Deshalb lehnt man ohne das Ergebnis der Erörterungen der Frage im Weite für Arbeiterstatistik und die Vorschläge der Regierung abzuwarten, also ohne zu wissen, was schließlich gefordert werden wird, schon im voraus jegliche Regelung ab, mag sie ausfallen, wie sie will.

Ferner wurde ein Antrag abgelehnt, dafür einzutreten, daß der Handlungsgehilfe, der bei Dienstunfähigkeit infolge unverschuldeter Unglücks seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt bis zu sechs Wochen behält, sich den Betrag anrechnen lassen müsse, der ihm für die Zeit der Dienstunfähigkeit aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zukommt. Auf die Bemerkung, daß die beantragte Regelung namentlich mit Rücksicht darauf wünschenswert sei, daß vom 1. Januar 1904 ab alle Handlungsgehilfen und Lehrlinge mit einem jährlichen Arbeitsverdienst bis 2000 M. der gesetzlichen Verpflichtung zur Krankenversicherung unterliegen werden, erwiderte der Berichterstatter (Michel-Mann), daß der gleichzeitigen Zahlung von Gehalt und Krankengeld vorgebeugt werden könne, indem der Prinzipal vertragmäßig den Anspruch auf Gehalt bei Dienstunfähigkeit ausschließe. —

Ueber die Geschäftslage des Kaliumsalzes machte in der vorgestern hier abgehaltenen Generalversammlung der Vorsitzende G r ä h n e r verschiedene Ausführungen, die in Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung der Kali-Industrie ein gewisses Interesse beanspruchten dürften. Nach der „Wagenerischen Zeitung“ sagte er: „Der Abfall an die chemische Industrie litt auch noch im Jahre 1903 unter der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage und übersteigt den des Vorjahres nur um ein ganz geringes Quantum, wobei zu berücksichtigen ist, daß im Jahre 1902 der Gesamtumsatz für industrielle Zwecke nur 618 177 Doppel-Centner reines Kali gegen 723 503 im Jahre 1901 betrug. Dieser Rückgang von 105 326 Doppel-Centnern wird sich am Ende des laufenden Geschäftsjahres auf wenig unter 100 000 Doppel-Centner reines Kali verringern, so daß auf diesem Gebiete auch im laufenden Jahre ein beträchtlicher Ausfall gegenüber den Jahren 1900 und 1901 eintreten wird. Eine Besserung dieser Verhältnisse ist erst dann zu erwarten, wenn die das Kali weiter verarbeitenden Industrien ihrerseits die Krisis überwunden haben werden. Sehr kritisch hat sich dagegen der landwirtschaftliche Abfall entwickelt, so daß nicht nur der im Jahre 1902 eingetretene Rückgang im Gesamtumsatz ausgeglichen, sondern ein nicht unerhebliches Mehr erzielt wurde. Das laufende Geschäftsjahr wird voraussichtlich mit einem Mehr von über 7 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre und von 2 1/2 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1901 abschließen.“

Die Generalversammlung der sibirischen Schmelzwerke nahm heute einstimmig die Anträge der Verwaltung an auf Übernahme des Starstromgeschäfts der Wiener Niederlassung der Firma Siemens u. Halske, ferner auf Erhöhung des Aktienkapitals auf 18 Millionen Kronen, sowie auf Änderung der Firma in „Sibirische Siemens-Schmelzwerke“ und entsprechende Abänderung der Statuten.

Theekultur in Indien. Nicht nur in England und Westaustralien, sondern selbst in Rußland, das früher fast ausschließlich chinesischen Thee verbrauchte, gewinnt der Konsum der ausgiebigeren Theesorten Indiens und Ceylons an Verbreitung. Die Theeproduktion Indiens erlangt demnach eine immer größere Bedeutung im Weltmarkt. Die in Indien am Schlusse des Jahres 1902 von Theepflanzungen eingenommene Fläche belief sich auf 525 252 Acres, wovon nahezu zwei Drittel auf die Täler des Brahmaputra und Sumra entfielen. Das in diesen beiden Tälern der Theekultur gewidmete Land nahm eine Fläche von 330 640 Acres ein; rechnet man hierzu das unter Theekultur stehende Land in Bengalen, welches für 1902 auf 135 158 Acres angegeben wird, so entfallen von der gesamten mit Theesträuchern in Indien bestellten Fläche auf die beiden Provinzen Assam, welches die genannten beiden Täler umfaßt, und Bengalen etwa neun Zehntel, während der Rest sich auf das übrige nördliche und südliche Indien verteilt.

In den letzten fünf Jahren hat das Theeareal um 55 000 Acres zugenommen, in den letzten zwei Jahren jedoch nur um 2000 Acres. Die niedrigen Theepreise, welche durch die Ueberfüllung des Marktes mit diesem Artikel verursacht wurden, haben dazu geführt, daß man den Ausbau auf weniger ertragreichen Ländereien aufgegeben und sich dafür mehr auf die Gewinnung einer besseren Qualität verlegt hat. Für die gegenwärtige intensivere Kultur spricht der Umstand, daß der Ertrag seit 1885 um 107,7 Proz. zugenommen hat, während sich das Areal nur um 85 Proz. vergrößert hat.

Für das Jahr 1902 wird die gesamte Thee-Ernte Indiens auf 190 Millionen Pfund berechnet, eine Menge, die im Vergleich mit der Ernte des Jahres 1892 eine Steigerung um 58 Proz. ergibt. Die Durchschnittserträge pro Acre vollgereifer Theebäume sind in den beiden Provinzen Assam und Bengalen verschieden; sie sind in den Niederungen der Flußgebiete höher als in den höheren

Lagen. In Assam wurden im Brahmaputra-thale 333 Pfund, im Surmahale dagegen 478 Pfund, in Bengalen in Darjeeling 278 Pfund und in Duras 488 Pfund pro Acre geerntet.

Das in den Theepflanzungen Indiens angelegte Kapital der Aktiengesellschaften wird auf 53 Millionen Pfund Dollar geschätzt. Von diesem eingezahlten Kapital gehören etwa 88 Proz. solchen Gesellschaften, die ihr Hauptquartier in London haben. Der Acre Theeland wäre demnach mit 100 Dollar belastet. Die Anzahl der in der Theekultur Indiens beschäftigten Personen wird für 1902 auf 600 830 dauernd und 90 980 vorübergehend beschäftigte Arbeiter angegeben.

Sociales.

Das patriarchalische Arbeitsverhältnis.

Auf dem Gute Quednau bei Königsberg, bekannt durch die Bewirtschaftung durch Professor Bachhaus, jetzt aber in anderen Händen, müssen die Insulten einen Vertrag unterschreiben, der das Musterbild eines patriarchalischen Arbeitsvertrages ist. Unter anderem heißt es darin:

„Beide Teile versprechen, sich redlich zu bemühen, beiderseits ein rechtes, christliches Verhältnis zwischen Brotherrn und Arbeiter zu pflegen. Ersterer sorgt nach Kräften dafür, daß jener gute und reichliche Nahrung und Kleidung und in Bedrängnissen Rat und Hilfe habe; der Arbeiter giebt sich aus frommem, treuem Herzen Mühe, durch Lust und Liebe und unwillkürliche Pflichttreue das Wohl des Gutes und der Herrschaft zu fördern.“

Dieses rührende Bild christlicher Liebe hat aber eine sehr — praktische Kehrseite. Ein Injunkt, dem solchergestalt Rat und Hilfe in Bedrängnissen versprochen worden war, wurde krank; er mußte auf einige Wochen ins Krankenhaus. Vorige Woche meldete er sich wieder gesund zur Arbeit. — Es giebt keine Arbeit mehr! „Der Injunkt . . . kann sich sofort einen anderen Dienst suchen und die Wohnung räumen“, so schrieb ihm der Verwalter auf einen Zettel. Lohn und Deputat gab's am 1. Dezember nicht mehr. Der Mann mit neun Kindern sieht nach eben überstandener Krankheit rat- und hilflos da.

Das ist der Sinn des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses: So lange der Arbeiter schuften kann, ist er der rechtlose Sklave seines Herrn und giebt sich mit frommem, treuem Herzen Mühe, das Wohl seines Herrn unwillkürlich zu fördern; kann ihn der fromme, christliche Herr nicht mehr brauchen, so wirft er ihn auf die Straße, genau so wie der unchristliche Industriekapitalist. Das formale Recht, ja selbst die kapitalistische Moral ist auf seiner Seite. Wer kann dem Unternehmer zumuten, einen Arbeiter zu beschäftigen, für den er keine Arbeit hat! Dann soll man aber dem Arbeiter auch im Arbeitsverhältnis nicht eine Stellung anweisen, die in längst verschwundenen Wirtschaftsbeziehungen wurzelt, heut aber jede Grundlage verloren hat. Das patriarchalische Arbeitsverhältnis in der kapitalistischen Wirtschaftsweise bedeutet nur, daß alle Vorteile des Kapitalismus dem Unternehmer zu gute kommen, alle Nachteile aber dem Arbeiter zur Last fallen. Das gilt für das gesamte Rechtsverhältnis des landwirtschaftlichen Arbeiters in Preußen und am Ende auch für die Herrenansprüche der Unternehmer im weiteren Sinne. Die Freiheit, die der kapitalistische Unternehmer nach seinem Recht und seiner Moral für sich in Anspruch nimmt, lediglich sein Interesse wahrzunehmen, setzt notwendigerweise voraus, daß auch dem Arbeiter die volle Freiheit gewährt und das Recht garantiert wird, lediglich seine Interessen wahrzunehmen mit allen Mitteln, die sich aus seiner wirtschaftlichen Position ergeben. Was für den Unternehmer das Kapital ist, das ist für die Arbeiter ihre Zahl und deren Vereinigung zu einem Organismus. Kapitalismus und Organisationsrecht — Schutz gehören zusammen.

Der Arbeitsvertrag des Gutes Quednau und seine Handhabung durch den Unternehmer ist geradezu ein Schulfall für die Bedeutung des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses, nach dem sich auch unsere industriellen Unternehmer immer noch sehnen unter der Deuse des Herr-im-Hause-seins.

Zur Warnung für Prügelpädagogen.

Der Professor Karl Deditius, Oberlehrer an der Realschule in Barmen, pflegte seine Schüler mit Ohrfeigen und Faustschlägen unter das Kinn zu kratzen. Diese humane Prozedur führte der Herr Professor — und Reserve-Lieutenant — mondmal noch in der Weise aus, daß der mißhandelte Schüler mit dem Kopfe an die Wand oder an einen Schrank stieß. In dieser Weise behandelte er am 8. Januar 1901 den zwölf Jahre alten Schüler Buscher, weil er an der Wandtafel eine Rechenaufgabe falsch geschrieben hatte. Darauf erkrankte der bis dahin gesunde und kräftige Junge am andern Tage so, daß er sofort in ärztliche Behandlung genommen werden mußte. Es entwickelte sich Gehirnentzündung, die zum völligen Sichtsinn führte und schließlich im Mai den Tod des Kindes herbeiführte.

Deditius wurde nunmehr wegen Mißhandlung unter Anklage gestellt und vor die Strafkammer gebracht. Die ärztlichen Sachverständigen hatten anfangs den Zusammenhang zwischen der Mißhandlung und dem Tode im Zweifel gelassen. Die Verhandlung vor der Strafkammer gab jedoch der Sache eine andre Wendung. Das Gericht erklärte nach siebenstündiger Verhandlung, daß vorläufige Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vorliege. Deshalb erklärte sich das Gericht für unzulässig und verwies den Fall vor das Schöffengericht. Wenn das Schöffengericht zu demselben Urteil über die Schuldfrage kommt, so ist die Mindeststrafe drei Jahre Zuchthaus oder Gefängnis; nur bei Annahme milderer Umstände kann bis auf drei Monate Gefängnis herabgegangen werden.

Körperverletzung durch sexuelle Anstößung. Das Landgericht München I verurteilte den Dienstknecht Johann Gleimer, der in Unterberg mit zwei Dienstmädchen geschlechtlich verkehrte, obwohl er an Gonorrhoe erkrankt war, so daß eines der Mädchen angesteckt wurde und das Krankenhaus aufsuchen mußte, wegen eines Vergehens der fahrlässigen Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis. Der Strafantrag war von dem Vater des erkrankten Mädchens gestellt.

Eine Arbeitslosen-Zählung haben die Gewerkschaften Braunschweigs vorgenommen. Nach vorläufiger Durchsicht der Zählkarten wurden 1351 Arbeitslose festgestellt.

Versammlungen.

Das Gewerkschaftskomitee für Berlin und Umgegend hielt am 26. November bei Ratz seine Delegiertenversammlung ab. Dieser gab den Jahresbericht, welcher bei einer Einnahme von 1 10372 M. und Ausgabe von 923,74 M. mit einem Bestande von 179,53 M. abschloß. Unter Kartellangelegenheiten gab der Vertreter der Zingischer und Stürzer den Bericht über die Bewegung; nach demselben haben sie mit 53 Mitgliedern 10 Wochen lang im Kampfe gestanden und die Unterdrückung der kämpfenden Kollegen aus eigenen Mitteln bestritten. Ausgegeben haben sie hierfür die Summe von 1 993,40 M. Jetzt sei es aber notwendig, daß die noch ausstehenden 8 Mann unterstützt werden und da ihre Klasse geleert sei, so appellierten sie an das Gewerkschaftskomitee, ihnen mit Mitteln zur Hand zu sein. R e h l e (Mauzer) erklärte, daß seine Organisation sofort Mittel zur Verfügung stelle. H i n r i c h s e n forderte alle Vertreter auf, ihre

Gewerkschaften zu veranlassen, dem Kartellausfluß sofort Mittel zur Unterdrückung der streikenden Zingischer und Stürzer zu überweisen. Im weiteren war das Verhalten einzelner Vorstandsmitglieder der Hausdienerorganisation Gegenstand einer längeren Debatte. Die Vorgeschichte dessen ist: In der vorhergehenden Kartellversammlung war dieser Vereinigung der Vortritt gemacht worden, daß sie durch einige Vorstandsmitglieder bei einem Vergnügen des „Vereins Berliner Hausdiener“ (blauer Verein) in der Pflanzgarten, einem für die Arbeiterschaft gesperrten Lokale, vertreten war und auch einer derselben eine Ansprache gehalten hätte. Jene Kartellversammlung verurteilte das Verhalten dieser Organisationsleiter und beauftragte den Kartellausfluß, eine nähere Untersuchung vorzunehmen. Ueber das Ergebnis berichtete Reuter (Wäbelpollerer). Nach dessen Ausführungen haben die betreffenden Vorstandsmitglieder das Fest nicht als solche, sondern als Privatpersonen besucht. Die Hauptschuld treffe den Bevollmächtigten für Berlin, Hilbert, derselbe hat die der Organisation zugegangenen Willes an die Betreffenden weiter gegeben und nicht im geringsten verhindert, daß das Fest besucht werde. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Delegierten erklären sich mit der Haltung des Ausschusses in der Hausdienerangelegenheit einverstanden und verurteilen die Haltung Hilberts und der betreffenden beteiligten Genossen in dieser Sache auf das Allerentschiedenste.“ Hierauf erklärte Hilbert, daß er sich gegen die Resolution und die Abstimmung derselben wendet und seine Rechtfertigung weiter verfolgen wird. Schließlich teilte H i n r i c h s e n mit, daß er wegen Veränderung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse den Posten des Obmannes des Kartellausflusses niederlegen müsse. R e h l e und R u g e sind der Meinung, daß H i n r i c h s e n mit Rücksicht auf die Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes so lange noch den Posten innebehalten müsse, bis diese Angelegenheit durch sich selbst oder durch eine Erklärung des Parteivorstandes erledigt wird; dann müsse aber zur Wahl des Gesamtausschusses eine außerordentliche Delegiertenversammlung mit dem Vorstände einberufen werden. H i n r i c h s e n erklärte sich hierzu bereit und die Delegiertenversammlung giebt diesen ihre Zustimmung. — Die H o l z - und Bretterträger sind durch Eintritt in der Hafenarbeiterverband aus dem Gewerkschaftskartell ausgeschieden. — Zum Schluss forderte H i n r i c h s e n alle Gewerkschaften auf, die Grimmschauer Textilarbeiter in ihrem gerechten Kampfe durch Ueberwindung von Wehmitteln zu unterstützen. — Es fehlten die Vertreter der Bauarbeiter, Bleigläser, Sijjenmacher, Maler und Zimmerer

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Centrumsführer wegen Unterschlagung verhaftet.

Nachen, den 9. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In Haaren wurde auf dem Heimweg aus der Kirche ein bedeutender rheinischer Centrumsführer wegen Unterschlagung von Kirchen- und Vereinsgeldern verhaftet. Durch Freundsinnen wurden 45 000 M. erbeut.

Die badische Wahlrechtsreform.

Karlsruhe, 9. Dezember. (B. L. B.) Nach den in der Zweiten Kammer eingegangenen Entwürfen soll die Erste Kammer zusammengesetzt sein aus den Vertretern der drei Hochschulen, aus sechs von den betreffenden Körperschaften gewählten Vertretern und den von dem Großherzog ernannten Mitgliedern, deren Zahl von acht auf zehn erhöht wird. Die Landtagsperiode soll vier Jahre betragen. Die Zweite Kammer soll künftig aus 70 in direkter, geheimer und allgemeiner Wahl gewählten Mitgliedern bestehen. Das Großherzogtum soll in 70 Wahlkreise geteilt werden unter Jugendbelegung einer Einwohnerzahl von 30 000.

Das Gesetz soll 1904 in Kraft treten. Ferner verhandelte die Kammer über die Interpellation der Sozialisten und National-Liberalen.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 9. Dezember. (B. L. B.) In Beantwortung einer Interpellation des italienischen Klubs betreffend das Verbot freier italienischer Vorlesungen in Innsbruck weist der Ministerpräsident darauf hin, daß in der Öffentlichkeit die Bildung einer freien italienischen Universität unter Heranziehung italienischer Professoren angekündigt worden sei. Die Verantwortlichen dieses Projektes hätten sich über alle gesetzlichen Normen hinweggesetzt. Der Ministerpräsident versichert, daß die Regierung ihr Bestreben betreffend Errichtung einer italienischen Universität an dem geeigneten Orte erfüllen werde.

In Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Dr. Pfaffinger wegen der nur teilweisen Verwendung des für das Jahr 1902 bewilligten Kredits und der weiteren Begebung der Investitionsrente konstatiert der Ministerpräsident, daß durch Begebung von 250 Millionen Kronen Investitionsrente nicht nur für die Durchführung des Bau- und Investitionsprogramms für 1901 und 1902, sondern auch für die Refundierung von 80 Millionen Kronen an die Kassenbestände im vollsten Maße Sorge getroffen worden sei. Er wäre mit Rücksicht auf alle in Betracht zu ziehenden Verhältnisse wohl kaum zu rechtfertigen gewesen, wenn bereits bis zum Jahre 1902 487 Mill. Kronen gegeben worden wären.

In Beantwortung einer Interpretation wegen der Studentendemonstrationen an der Wiener Universität am 28. November schildert Ministerpräsident v. A r b e r die Vorgänge auf der Parlamentarierkampfe und vor der Universität und erklärt, die Sache, welcher mit Gewalt begegnet worden sei, habe einschreiten müssen, mehrere Personen seien verhaftet, drei Wachmänner verlegt worden. So begreiflich es sei, daß die Frage der Errichtung von neuen Universitäten die Jugend lebhaft interessiere, und so erklärlich es sei, daß das nationale Moment bei der warmblütigen Jugend ganz besonders in Betracht komme, so sei es doch Pflicht, stets die gesetzliche Ordnung zu wahren und zu verhindern, daß der parlamentarische Boden von nicht Zugehörigen zu irgend welchen Zwecken benutzt würde. Die Sicherheitsbehörde schützte auch die Freiheit der Volksvertreter, indem sie die Parlamentarierkampfe für Demonstrationen jeder Art möglich mache. Der Rest der Sitzung wird durch die fast dreistündige Rede des Abgeordneten Hortz ausgefüllt, welcher die Dringlichkeit seines Antrages auf Abänderung der Verfassung begründet.

Die Humbertpapiere.

Paris, 9. Dezember. (B. L. B.) Die parlamentarische Untersuchungskommission der Humbertangelegenheit verurteilte heute einen Mann namens Gros, der erklärte, in Perpignan seien Papiere der Humberts verborgen. Da die Kommission keine rechtlichen Mittel besitzt, um nach diesen Papieren forschen zu lassen, wandte sie sich in dieser Angelegenheit an die Regierung.

Deputiertenkammer.

Rom, 9. Dezember. (B. L. B.) Das von dem Schatz- und Finanzminister Luzzatti gegebene Exposé wurde von den sehr zahlreich anwesenden Mitgliedern des Hauses mit häufigen Zeichen der Zustimmung und des Beifalles aufgenommen. Am Schlusse seiner Rede wurde Luzzatti von den Ministern sowie Deputierten der Regierungsparteien, wie der Opposition beglückwünscht.

Tokio, 9. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Ein starkes russisches Geschwader von acht Schiffen, darunter zwei Schlachtschiffe, befindet sich bei Tschemulpo, wie man vermutet, um dem russischerseits erhobenen Widerspruch gegen die geplante Defension von Hongkong größeren Nachdruck zu verleihen. Es verlautet, die Russen hätten gedroht, 3000 Mann zu landen, die nach Seoul marschieren sollten, wenn Korea ihre Warnungen mißachtete.

Reichstag.

8. Sitzung. Mittwoch, den 9. Dezember 1903, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, Reichs-Schatzsekretär Freiherr v. Stengel, Graf Posadowski, v. Tirpitz, Müller, Frhr. v. Rheinbaben, v. Einem.

Zunächst wird das Reklamé der am Freitag vollzogenen Schriftführerwahl verlesen. Danach sind gewählt die Abgeordneten Himburg (L.), Pauli (Sp.), Krebs (C.), v. Thünefeldt (C.), Rimpau (nat.), Dr. Hermes (fr. Sp.), Diell (fr. Sp.), Graf Milczynski (Pol.).

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Meine Herren! Es ist heute das erste Mal, daß ich die Ehre habe, in meiner neuen Stelle als Staatssekretär des Reichsschatz-amts die Generaldebatte zum Etat in herkömmlicher Weise durch die übliche Rede einzuleiten. Ich persönlich bedauere es, daß es mir nicht vergönnt ist, mit einem Etat zu debattieren, der einen erfreulichen Einblick gewährt. (Heiterkeit.)

Bevor ich indes auf den Etatentwurf für 1904 des näheren eingehe, möchte ich in der hergebrachten Weise zunächst einen Rückblick auf die rechnerischen Ergebnisse des Jahres 1903 werfen und daran anknüpfend möchte ich eine Schätzung der mutmaßlichen Rechnungsergebnisse des laufenden Jahres geben.

Der Etat für 1903, welcher bereits abgeschlossen vorliegt, ist in Ihrer aller Hände. Ich kam mich daher auf die Hervorhebung der wichtigsten Punkte beschränken. Mein Herr Amtsvorgänger hatte in seiner Rede vom 9. Januar dieses Jahres den Fehlbetrag der eigenen Wirtschaft des Reiches auf das Jahr 1902 auf 30 Millionen, vielleicht auch etwas höher veranschlagt zu dürfen geglaubt. Die Wirklichkeit hat ihm vollständig darin recht gegeben. Der Fehlbetrag beträgt genau 30 723 000 M. Dieser Fehlbetrag hat seinen Grund weit mehr in dem Zurückbleiben der Einnahmen als in Mehrausgaben. Der Mehrausgaben der Ausgaben beschränkte sich auf rund 8 1/2 Millionen Mark, wovon der größte Teil auf die Heeresverwaltung und auf die Verzinsung der Reichsschuld kommt. Bei dem Reichsheer machen sich namentlich höhere Ausgaben für Naturalverpflegung bemerkbar. Der Ausfall bei den Einnahmen belief sich im Jahre 1902 brutto auf nicht weniger als 37 1/2 Millionen. Netto indes nur auf 22 000 000 M. Es kommt hier in Betracht ein beträchtlicher Ausfall bei der Zuckerversteuerung. Dieser Ausfall hat bei der Zuckerversteuerung seinen Grund in unvorhergesehenen großen Ausgaben bei den Beamten und bei dem Vantweien seine naturgemäße Ursache in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Rechnen Sie die Mindereinnahmen von 22 Millionen zusammen mit den bereits von mir erwähnten Mehrausgaben von 8 1/2 Millionen, so erhalten Sie den erwähnten Fehlbetrag von 30 1/2 Millionen Mark.

Ich gehe nun über zur Schätzung der mutmaßlichen Ergebnisse für das laufende Rechnungsjahr 1903. Die Betrachtung meines Herrn Amtsvorgängers vom 19. März d. J. konnte sich auf die bekannten Ergebnisse von neun Monaten stützen. Meine jetzigen Schätzungen beruhen nur auf die ersten sieben Monate des Jahres. Ich möchte deswegen nur die folgenden Zahlen mit allem Vorbehalt geben und im voraus Verwahrung einlegen gegen etwaige spätere Vorwürfe zu schwarz oder zu rotig gemalt zu haben. Ich kann keinerlei Garantien für die Richtigkeit meiner Schätzungen übernehmen. In der eigenen Wirtschaft des Reiches dürften sich neuerdings Fehlbeträge von über 20 Millionen ergeben. Wenn dieser Fehlbetrag hinter dem von 1902 etwas zurückbleibt, so ist er immerhin noch groß genug und erster Erwägung wert. Er ist hervorgerufen mehr durch Ausfälle bei den Einnahmen als durch Mehrausgaben.

Die Mehrausgaben dürften den Betrag von 9 Millionen kaum übersteigen. Sie sind hauptsächlich veranlaßt durch die Invalidenversicherung im Betrage von 1 1/2 Millionen, durch erhöhte Verzinsung der Reichsschuld infolge der früheren Ausgabe der Anleihe im Betrage von 1 1/2 Millionen usw. Dagegen ergibt sich bei den Einnahmen für 1903 ein Fehlbetrag von rund 30—32 Millionen Mark.

Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen von 18 bis 20 Millionen gegenüber. Die Ausfälle rühren hauptsächlich von der Zuckerversteuerung im Betrage von mehr als 14 Millionen, der Reichsbottichsteuer von mehr als 10 Millionen her. Die Ausfälle bei der Reichsbottichsteuer finden ihre natürliche Erklärung in der bedeutenden Produktionseinschränkung in diesem Betriebsjahre. Von den erwarteten Mehreinnahmen entfallen u. a. 2 1/2 Millionen auf die Salzsteuer, 3 1/2 und 6 Millionen auf die Viehrückversicherungsbeiträge bei der Post und den Reichs-Eisenbahnen, 2 1/2 Millionen auf andere Verwaltungseinnahmen. Der Unterschied zwischen den Mehreinnahmen und den Mehrausgaben beträgt also, wie ich schon sagte, ungefähr 21 Millionen. Bei den Einnahmen wird eine Mehreinnahme von über 30 Millionen erwartet. Demgegenüber ergibt die Tabaksteuer einen Ausfall von 9 Millionen, die Stempelabgaben von 7 1/2 Millionen und ferner noch 2 1/2 Millionen bei den andern Steuern, die für die Ueberweisung in Betracht kommen. Dieser Ueberfuß wird den einzelnen Bundesstaaten nicht zu gute kommen, sondern zur Verminderung der Zuschußanleihe von 1903 verwendet werden.

Wir kommen nun zu dem Etat von 1904. Hier kann ich mit gutem Gewissen versichern, daß alle Ausgaben mit äußerster Sparsamkeit angelegt worden sind. Es kann nicht genug anerkannt werden, daß auf Seiten des Bundesrats und der Regierungen, soweit es irgend anging, alle Bedürfnisse bei allen Verwaltungszweigen eingeschränkt worden sind.

Aber in jedem Haushalt und insbesondere im Haushalt des Reiches mit seinen verfassungsmäßigen und sonstigen rechtlich festgelegten Ausgaben sind doch gewisse Grenzen gezogen, unter die nicht herabgegangen werden kann, ohne daß das Ganze Schaden erleidet. Demnach wird der Etat leider wie im vorigen Jahre nicht ohne wiederholte Veranziehung der Bundesstaaten zu den Matrilinearbeiträgen und nicht ohne neue Zuschußanleihe abschließen.

Die Veranziehung der Bundesstaaten ist bis zur äußersten Leistungsfähigkeit derselben gekommen. Die Anleihe beträgt 50 Millionen Mark. Wenn diese Summe die Höhe der vorjährigen Anleihe von etwa 72 Millionen Mark nicht erreicht, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß die Reichsschuld kleiner geworden ist. Diese beiden Etats von 1903 und 1904 sind überhaupt nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar. Für 1903 stellte sich der aus dem vergangenen Jahre zu übernehmende Fehlbetrag um annähernd 18 Millionen höher als 1904. Weiter kommt in Betracht, daß während 1903 der Fehlbetrag dem Ordinarium zur Last gelegt wurde, er in diesem Etat auf das Extra-Ordinarium übernommen ist. Endlich kommt in Betracht, daß in dem vorliegenden Etat der Reichs-Invalidenfonds in Uebereinstimmung mit der vom Reichstag am 6. März 1900 angenommenen Resolution mit Ausgaben für Veteranenbeihilfen im Betrage von 11 1/2 Millionen Mark belastet ist.

Auch in diesem Jahre begegnen wir wieder der Erscheinung, daß die Einnahmen sich nicht in dem Maße fortentwickeln, als die Ausgaben steigen. Wenn man die Unterbilanz des vorigen Jahres auf die gleiche Weise berechnet wie die diesjährige, so beträgt sie 23 Millionen, die im neuen Etat 59 Millionen.

In diesem Sommer ist eine neue Bilanz des Reichs-Invalidenfonds aufgestellt worden und es hat sich dabei ergeben, daß er etwa bis zum Jahre 1908 für die vom Reichstag bewilligten Veteranenbeihilfen ausreicht. Im vorliegenden Etat ist die Summe von 11 1/2 Millionen für Veteranenbeihilfen ausgeworfen, dieser

Betrag ist reichlich gegriffen und wird wohl für alle Fälle genügen. Eine allgemeine Ueberbesserung der Beamtengehälter konnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Frage kommen. Einzelne Beamtenkategorien wollten wir nicht herausgreifen, eine Ausnahme ist nur gemacht bei den geringst besoldeten Unterbeamten, deren Gehalt von 700 auf 800 M. erhöht worden ist. Allein bei der Postverwaltung hat das eine Mehrausgabe von 11 1/2 Millionen Mark zur Folge. Bei diesem wichtigsten Verwaltungszweig hat infolge der vielfachen Reformen der Ueberfuß erst jetzt wieder die Höhe erreicht, die er vor den Reformen hatte. — Von den Mehreinnahmen der Reichs-Eisenbahnen kommt so gut wie nichts in die Reichskasse, weil die Betriebsmittel wesentlich vermehrt sind.

Die Ausgabensteigerung bei der Marine beträgt nur 13 Millionen. Die Belastung, die hierdurch dem Etat erwächst, hält sich innerhalb der Grenzen des flottengesetzes. Für das Reichsheer kommt im ganzen nur eine Mehrausgabe von 3 1/2 Millionen Mark in Betracht. Bei einem Etat von über 600 Millionen ist das kein wesentlicher Betrag. Diese Mehrausgabe ist hervorgerufen durch die Erhöhung der Gehälter der Oberstleutenants, die bereits im vorigen Jahre vorge schlagen wurde und durch eine Mehrausgabe von 1 1/2 Millionen Mark für Vervierung der Unteroffiziere.

Die Verhältnisse der Neuregelung der Militärpensionen ließen sich noch nicht absehen, da die Vorlagen noch nicht abgeschlossen sind. Der Betrag der Anleihe beträgt demnach 214 Millionen. Das ist sehr ernst, wenn auch die Anknüpfung unserer Finanzen zum großen Teil durch den Druck veranlaßt ist, unter dem unser wirtschaftliches Leben steht. Wir haben auf Grund des neuen Zolltarifs größere Einnahmen zu erwarten. Immerhin sind diese Verhältnisse Ihrer ersten Beachtung wert. Ich möchte deshalb diesen Teil meiner Rede mit dem Wunsch schließen, daß es den verbündeten Regierungen und dem hohen Hause nicht so bald wieder notwendig werden möchte, einen Etat zu entwerfen, der zum Balanzieren nur mit Ausnahmismitteln gebracht werden kann, die wir für höchst bedenklich halten müssen.

Der Gesetzentwurf, zu dessen Besprechung ich nunmehr übergehe, zur besseren Ordnung unserer Finanzverhältnisse ist diktiert durch diese Sorge um unsern Etat. Diesem Gesetzentwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben, auf die ich im allgemeinen verweise. Bei den lebhaften Erörterungen, die dieser Gesetzentwurf bisher gefunden hat, kann ich mir um so weniger versagen, verschiedene Gesichtspunkte, die allerdings in der Begründung schon enthalten, aber doch übersehen sind, ausdrücklich anzuführen. Die Vorlage giebt an sich noch keine ausreichende Bilanzierung im Reichs-Etat, aber sie bedeutet einen ersten Schritt, und wenn nach dem neuen Zolltarif-Gesetz die Einnahmen wieder reichlicher fließen werden, können wir zu einer gründlichen Besserung der Reichsfinanzen gelangen.

Wir stehen ohne Zweifel immer noch inmitten der wirtschaftlichen Depression; aber dies ist nicht die einzige Ursache unserer mangelhaften Etatslage. Nach meiner Ueberzeugung beruht diese zum nicht geringen Teil auf den mangelhaften gesetzlichen Einrichtungen. (Sehr richtig! richtig.) Heilsame Verbesserungen auf finanziellen Gebieten erfordern gewöhnlich nur vorgenommen zu werden, wenn die Not brennend geworden ist. Sind die Verhältnisse günstig, ist man allzu leicht geneigt, sich dem Gefühl der Sicherheit hinzugeben. Wenden wir in solcher Zeit wie gegenwärtig Palliativmittel an, so kann auch die Besserung nicht von Dauer sein. Deshalb unteruchen wir, welche grundlegenden Mängel in unsern Staatsverfassungen sind. Zur Besserung darin ist es niemals zu früh. Der ursprüngliche Zweck der Frankensteinischen Klausel war ein Doppelzweck. Es sollte den Bundesstaaten eine billige Entschädigung für das ihnen vom Reich entzogene Recht der indirekten Besteuerung gegeben werden und das Eintreten des Reichs-lages sollte gesichert werden. Bei den zunehmenden Bedürfnissen und der zunehmenden Verschuldung ist der erstere Zweck nicht erreicht worden. Schließlich haben die Bundesstaaten mit Zuschüssen ihrerseits und mit wachsendem Risiko rechnen müssen. Für den konstitutionellen Zweck wurden schon 40 Mill. M. seinerzeit für ausreichend erachtet. Heute wird über 1/2 Milliarde ohne ersichtlichen Zweck zwischen Reichs- und Bundesstaaten hin- und hergeschoben. Dabei muß doch dafür gesorgt werden, daß dabei etwaige Ueberflüsse an die Reichskasse zurückgeführt werden. Das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten wird dadurch so verwickelt, der Reichs-Haushaltsetat so verunkelt, daß ein solcher Zustand nicht gesund genannt werden kann. Wer das Durcheinander der Tabellen am Schlusse des Jahres vorgelegten Gesetzentwurfs durchsieht, dieses Durcheinander von Ueberflüssen und Fehlbeträgen, wird sich unwillkürlich fragen müssen: wie war es möglich, daß die Bessernde Hand hier nicht schon längst eingegriffen hat? Im Jahre 1880, als die Frankensteinische Klausel in Kraft trat, betragen die ordentlichen Reichseinnahmen 356 Millionen Mark, darin die Ueberweisung 38 Millionen Mark. Heute betragen die ordentlichen Reichseinnahmen im ganzen eine Milliarde und vierzig Millionen und davon geht weit mehr als die Hälfte erst an die Bundesstaaten, muß von dort in Form der Matrilinearbeiträge zurückgeholt werden und kann erst dann zur Erfüllung der Bedürfnisse des Reiches dienen. Und das alles nur, um dem Reichstag ein konstitutionelles Recht zu wahren (Lebhafter Widerspruch links), wo die Frankensteinische Klausel 88 Millionen für ausreichend hielt. (Beifall rechts.) Nach dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs wird dieses Verhältnis noch schlimmer werden. Und gerade deshalb jetzt die vorgeschlagene Aenderung des auf die Dauer doch unhaltbaren Zustandes; sie will die Klausel nicht beseitigen, sondern nur beschränken. Gewiß und ohne Zweifel wird die Ueberflüsse deutlicher werden und die Gefahr der fortschreitenden Verunkelung abgemindert.

Markeit und Durchsichtigkeit des Haushalts ist jederzeit das Fundament einer geordneten Wirtschaft gewesen und wird es auch bleiben. Und man zweifle nicht, daß mit der fortschreitenden Verunkelung auch das Interesse und die Freude an Aufstellung und Prüfung des Etats abnimmt. Unter vollster Wahrung des Budgetrechts des Reichstages schlägt die Regierung Ihnen eine Aenderung vor, da sehr ich keinen Grund, einer solchen Aenderung seitens des Reichstages zu widersprechen. Gerade für ihn ist es das dringendste Interesse, das Verständnis des Reichshaushalts-Etats und seiner Finanzierung und des Verhältnisses von Reichs- zu Bundesfinanzen nicht unnötig zu erschweren und schließlich hat das deutsche Volk, das ja doch die Steuern aufzubringen hat, ein berechtigtes Interesse, daß ihm diese Dinge nicht ein Buch mit sieben Siegeln bleiben und das Verständnis des Etats nicht auf einige wenige Spezialisten beschränkt bleibe. Die ganze Reform ist nicht neu. Sie ist schon wiederholt Gegenstand der Beratungen der verbündeten Regierungen gewesen und mein früherer Amtsvorgänger, Graf v. Posadowski, hat ähnliche Gedanken in diesem Hause schon am 21. Februar 1897 ausgesprochen. Der Gedanke ist damals nicht weiter verfolgt worden; inzwischen ist er ausgereift und ich glaube nicht, daß es für die Konserverierung der Frankensteinischen Klausel eine bessere Grundlage giebt als diese.

Noch zwei Worte auf Grund persönlicher Empfindung. Wenn ich die vorgeschlagene Aenderung der Frankensteinischen Klausel aufwärmste empfehle, so bin ich überzeugt, daß ihr Schöpfer daselbe thun würde. Gerade die Pflicht kommt mehr zu ihrem Recht, wenn man dieser Klausel neues Leben einhaucht, als wenn man sie, unbekümmert um ihr weiteres Schicksal, versteinern läßt. (Widerpruch links.) Das Lebensfähige an der Frankensteinischen Klausel wird durch den neu vorgeschlagenen Art. 70 unter den Schutz der Reichsverfassung gestellt. Die zweite Aenderung ist die Verwendung des Ueberflusses der Vorjahre in der Wirtschaft des Reiches. Es würde mich zu weit führen, hier des näheren einzugehen auf die Vorgeschichte und die Zweifel, die sich gegen die Ausführung und Anwendung dieser Bestimmung ergeben haben. Ich darf hierüber auf die Denkschrift

verweisen. Eine geordnete Finanzwirtschaft des Reiches begegnet so wie so großen Schwierigkeiten dadurch, daß das Gros der Reichseinnahmen sehr schwach ist, und dieser Uebelstand kann nicht beseitigt werden, weil er in der Natur der Reichsverfassung begründet ist. Die Hauptaufgabe rationaler Finanzpolitik muß es nun sein, die unvermeidlichen Schwankungen im Etat wenigstens abzumildern, jedenfalls alles zu vermeiden, was geeignet sein könnte, diese unvermeidlichen Schwankungen zu verschärfen, insbesondere nicht auf vorübergehende Einnahmen dauernde Ausgaben zu gründen. Damit kann kein Etat, sei er groß oder klein, auf die Dauer bestehen, und deshalb sollen die Ueberflüsse den Zwecken des ordentlichen Etats dienen und zur Verminderung der Zuschußanleihe. Daß es dem Reich an solchen Zwecken nicht mangelt, für die ein solcher Ueberfuß verwendet werden könnte, können Sie aus den letzten beiden Etatsansätzen sehen. Dann ist es auch weniger bedenklich, mit dem Defizit aus einem Ordinarium in das Ordinarium des nächsten Jahres überzugehen. Noch ein Wort über die Matrilinearbeiträge. Grundsätzlich bleibt das Recht der Erhebung von Matrilinearbeiträgen nach der Vorlage bestehen. Im übrigen geht die Vorlage davon aus, daß die Belastung der Einzelstaaten mit ungedeckten Matrilinearbeiträgen nicht zur Regel werde, sondern auf Ausnahmefälle beschränkt bleibe. Das entspricht ohne Zweifel auch dem Grundgedanken der Verfassung, welche die Matrilinearbeiträge nur als äußerstes Mittel ins Auge faßt. Es entspricht auch der gebotenen Rücksicht auf die Einzelstaaten, die um so mehr am Platze ist, als die Matrilinearbeiträge in einer etwas rohen Form ohne jede Rücksicht auf die Wohlhabenheit der einzelnen Staaten erhoben werden. Man hat vorgeschlagen, die Matrilinearbeiträge sozusagen zu veredeln durch ihre Aufzählung je nach der Wohlhabenheit des betreffenden Staates. Wie aber soll der Grad der Wohlhabenheit der einzelnen Staaten überhaupt ermittelt werden? Und wenn man das könnte, was soll mit den Ueberweisungen geschehen, soll hier der gleiche oder vielleicht der umgekehrte Maßstab Platz greifen. Man könnte sich vielleicht zur Begründung einer solchen Veredlung auf den Vorgang der Schweiz berufen, wo eine Abstufung nach Kantonen stattfindet. Aber in der Schweiz weiß man von Ueberweisungen nichts und was die Hauptsache ist, die Bundesbeiträge werden, soweit mir erinnerlich ist, seit langen Jahren tatsächlich nicht erhoben. Es wird also wohl nicht gehen, als die Matrilinearbeiträge in ihrer rohen Form fortbestehen zu lassen und vor allem durch eine thörichte häusliche Wirtschaft im Reiches dahin zu wirken, daß die Einzelstaaten durch dieselben möglichst wenig belastet werden. Eine dauernde Abwälzung der Reichslasten auf die Bundesstaaten würden diese nicht vertragen, das Reich müßte dann nach neuen eigenen Einnahmen suchen. Eine große Zahl der Bundesstaaten ist schon jetzt an der äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt, und dabei wachsen die Ausgaben der Staaten für Kulturzwecke — Unterricht, Erziehung, Bauwesen, soziale Ausgaben — ständig. Es liegt auch im Interesse des Reiches, den Einzelstaaten die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben thöricht zu erleichtern; das Erhalten des großen Organismus des Reiches ist wesentlich durch das Gedeihen seiner Glieder bedingt. — Zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten über die Vorlage im einzelnen wird sich in der Kommission wohl noch reichlich Gelegenheit bieten, hoffentlich gelingt es aber, auf dem Boden des Entwerfers zu einer Verständigung zu gelangen. Damit würde wenigstens einstweilen ein Fundament geschaffen, auf dem sich in der Folge weitere Verbesserungen im Reichshaushalt aufbauen ließen. — Die Vorlage hat ja sogleich nach ihrem Erscheinen lebhafteste Erörterungen insbesondere in der Presse der verschiedenen Parteigruppierungen veranlaßt. Dabei habe ich aber mit Bedauern wahrnehmen müssen, daß man von einigen Seiten der Vorlage Tendenzen untergelegt hat, die ihr vollständig fern liegen. Man hat gesagt, daß durch Beseitigung der Matrilinearbeiträge das Interesse der Einzelstaaten an der Finanzwirtschaft des Reiches vermindert werde und dabei werden doch die Matrilinearbeiträge grundsätzlich beibehalten. Man hat weiter geltend gemacht, daß die Vorlage einer Verminderung der Reichsschuld entgegenarbeite, während das Gegenteil, wie ich Ihnen dargelegt habe, der Fall ist. Ich hoffe, daß es gelingt, über die Vorlage zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des Reichstages zu einer Verständigung zu gelangen. Gelingt dies, so würde damit ein Werk vollbracht sein, das nach meiner Ueberzeugung dem Reich und seinen Gliedern zu dauerndem Segen gereichen kann. (Bravo!)

Hg. Dr. Schäfer (C.):

In der Sitzung einer neuen Legislaturperiode des deutschen Reichstages vertritt es sich ganz von selber, daß der Blick sich richtet auf das Reich und seine Organe, daß die Frage sich aufwirft: was war bisher, was wird fürderhin sein? Unter den ganz besonderen Umständen, unter denen die Eröffnung der ersten Session unserer Tagung vor sich gegangen ist, hebt sich naturgemäß der Blick empor zu des Reiches Spitze und darum gelte auch das erste Wort seiner Majestät dem deutschen Kaiser. Seine Stellung im Kreise der Bundesfürsten ist eine so hervorragende, uns allen ist er so nahe getreten, daß wir alle an seinem Geschick den unigsten Anteil nehmen. Dank dem kaiserlichen Befehle, dem deutschen Volke nichts vorzuenthalten, waren wir unterrichtet über sein Leiden und diese Bestürzung zog durch die deutschen Gauen. Mit dem deutschen Volke aber vereinigte sich auch das ganze Ausland in wärmlicher Teilnahme für die Verion des Kaisers. Wir haben gesehen, was der Kaiser ist für die Völker, was er bedeutet für uns. Freudigen Herzens aber haben wir auch von autoritativer Stelle aus von seiner Heilung vernommen, und wir stehen zum Himmel, daß auch die letzte Nachwirkung des Leidens bald verschwinde. (Bravo!)

Wenden wir nun den Blick zu unsern (eigenen) Verhältnissen, so erscheinen diese nicht gerade in rosigen Licht. Vor Jahresfrist hat der Reichskanzler einmal davon gesprochen, wir bräuchten keinen roten Kopf zu bekommen, wenn etwa die eine oder andre Ratte eine Extratour sich gestalte. Wir will meinen, als ob diese Extratouren jetzt bald die Regel werden und sich für uns immer mehr das Gefühl einer gewissen Hoffnung ergebe. Wären die verbündeten Regierungen darauf Bedacht nehmen, daß wir nicht zu Wauerblüchern werden und auf das gewisshafte jenseitige Beziehungen pflegen, die angeht, so sind die aufsteigenden Wolken uns den besten Rückhalt bieten.

Was den vorliegenden Etat anlangt, so bedauern wir es mit dem Herrn Reichs-Schatzsekretär, daß er nicht mit einem erfreulicheren Etat debattieren konnte. Wir bedauern vor allem, daß wieder eine Zuschußanleihe von 50 Millionen notwendig wird. Sowie aber man zugestehen, daß der Etat übertriebene Forderungen nicht bringt. Er ist in der That vorfichtig aufgestellt. Der Herr Reichs-Schatzsekretär hat dafür den verschiedenen Ressorts den Dank ausgesprochen; wenn hier seine Hand mit dem Notstift weiter thätig sein wird, so werden wir das nur zu begrüßen haben. Es ist auch zuzugeben, daß die Sparpolitik gewisse Grenzen haben kann; trotzdem aber wird so manche Position des Etats kaum bestehen können. Wenn auch gegen die Vermehrung der Unteroffiziere und ihre Vervierung, wie sie im Etat vorgeschlagen wird, unersättlich Einpruch kaum erhoben werden wird angesichts der Anforderungen, die der straffe Dienst an sie stellt, so müssen wir uns demgegenüber doch wundern, daß man trotz der Ablehnung im vorigen Jahre die Erhöhung der Gehälter für 180 Oberstleutenants, die nicht Regimentskommandeure sind, wieder beantragt hat. Neue Gründe für diese Forderung sind nicht genannt; die Gegenstände bleiben unverändert fortbestehen, werden im Gegenteil noch verstärkt dadurch, daß wir vor einer Verlängerung des Cinquennats stehen. Die Erhöhung dieser Gehälter steht auch im Gegensatz zu

der Erklärung, daß es sich nicht empfiehlt, bestimmte Beamtenkategorien bei Erhöhung der Gehälter herauszugreifen. Trotzdem werden wir gegen die Erhöhung der geringst bezahlten Unterbeamten nichts einzuwenden haben. Ebenso sind wir mit der Erhöhung der Beihilfen für die Veteranen einverstanden. Diejenigen, die für's Vaterland geblutet haben, müssen vom Vaterland vor dem Verhungern geschützt werden. Es sind da Mittel und Wege zu suchen, und ich für meine Person scheue mich nicht, auf den Boden der Wehrsteuer zu treten, der ja bereits in einem Antrage aus dem Hause betreten worden ist. Auch die Entlastung des Invalidenfonds ist uns recht. Wogegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit wenden, das sind die sogenannten Eszmarke-Zulagen, über die ich nachher noch ausführlicher sprechen werde. (Bravo! im Centrum.)

An der sonst so vorzüglichen Aufstellung des Etats hat sich natürlich des Reichs-Marine-Amt nicht beteiligt. (Kriegsminister v. Finem, der neben Herrn v. Tirpitz sitzt, lacht laut auf. Große Heiterkeit.) Für die Marine scheint es überhaupt keine schlechte Finanzlage zu geben. (Erneute Heiterkeit.) Die Beträge für die Schiffsbauten sind wieder gestiegen, obwohl das Material, Panzerplatten wie Munition, billiger geworden sind. **Kaufschou lotet uns jetzt schon 70 Millionen Mark und von Ersparnissen wir noch nicht viel gehört.** Die einmaligen Ausgaben müssen hier beschränkt werden. Eine noch bedeutendere Entwicklung haben die Dinge im ostasiatischen Etat genommen. Schon im Vorjahre ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Ausgaben bald aufhören möchten, daß die Truppen zurückbezogen werden. Am verneint ich keineswegs, daß sich gerade in Ostasien etwas zusammenzieht, was es rasch erscheinen läßt, dort drüben nicht ganz unblühend zu sein. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß **uns jeder Mann in Ostasien pro Jahr ca. 6000 M. kostet.** (Sehr richtig! im Centrum.) Das auswärtige Amt hat uns im Vorjahre schon eine Entlastung versprochen, statt dessen hat eine Vermehrung der Ausgaben Platz gegriffen. Wir haben den dringenden Wunsch, daß diese Aktion, die die Hauptschuld an unsrer Finanzmisere trägt, recht bald ihren Zweck erfüllt haben möge und die Ausgaben beschränkt werden. Die Reichsschulden haben sich in den letzten fünf Jahren in erschreckender Weise vermehrt. Es besteht eine fünfjährige Steigerung gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum. Die Weltpolitik kostet uns schon 650 Millionen, und da erscheint es angezeigt, Einsparung zu halten und nicht fortgesetzt mit Soldatensoldaten voranzufahren zu wollen. (Sehr richtig! im Centrum.) Daß es so nicht mehr weiter gehen kann, ist ganz klar. Die Zinsausgaben werden von uns keinesfalls in solcher Höhe bewilligt werden, in der sie angefordert ist, und dem Reichszentralrat möchte ich nahelegen, daß er dafür sorgen möchte, daß der Etat zum letztenmal zu diesem Ausschüttungsmittel greift. Das führt mich zur Frage der Reichs-Finanzreform. Ich bin nicht der Meinung, daß die Vorlage des neuen Reichs-Schatzsekretärs ein Wunder ist, andererseits hat sie mich nicht freudig überrascht, wie das beim Hg. Baader nach einem von ihm veröffentlichten Artikel der Fall zu sein scheint. Wir verstehen durchaus nicht die gute Absicht des Entwurfs der Schuldentilgung. Aber damit hat es noch gute Wege, denn wir haben keine Ueberflüsse. Wir müssen da auf den Posttarif warten, von dem man weder etwas hört noch sieht. Weicht sich aber die Finanzlage, so lassen sich die Schulden tilgen auch ohne Finanzreform (Heiterkeit). Ist es dem Reichs-Schatzsekretär mit dem Prinzip der Schuldentilgung wirklich ernst, so mag er dies Prinzip durch Beschränkung der Ausgaben fördern helfen. Die andere Tendenz der Vorlage, die faktische Beseitigung der Patrimonialbeiträge, die Aufhebung der clausula Francenstein gefüllt uns weniger. Die jegliche Reform gleicht der vom Jahre 1894/95 wie ein Ei dem andern, nur in der Größe ist ein Unterschied. Es ist zuzugeben, daß die Einführung der clausula Francenstein zu gewissen Komplikationen geführt hat, die Staatsausstellung ist etwas undurchsichtig geworden. Wenn aber der neue Staatssekretär vom Volk gesprochen hat, dem der Etat nicht verunmündet werden dürfe, so weiß ich ganz genau, daß das Volk ein ganz anderes Interesse hat an den Steuern als an einem durchsichtigen Etat. (Heiterkeit und sehr richtig!) Das strikte Festhalten an den 40 Millionen erscheint als ein vollständiges Verkennen der clausula Francenstein. Nicht der Laune eines Augenblicks verdammt sie ihr Entstehen; nicht für den Moment war sie bestimmt. Nein, sie wurde geschaffen in kluger Voraussicht der Entwicklung der Dinge, in der Erkenntnis, daß die Zolleinnahmen der wichtigste Faktor im Reichsfinanzwesen sein würden. Die clausula Francenstein ist eine konstitutionelle Garantie, sie ist die Sicherung für das Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstages. Sie erstreckt sich jetzt auf 600 Millionen Mark. War sie früher notwendig bei 40 Millionen, so ist sie jetzt erst recht notwendig. (Lebhafte Zustimmung im Centrum.) Formell wird sie, das können wir dem Schatzsekretär zugeben, nicht beseitigt. Wohl aber materiell. Klischee und Eitelkeit bleibt, aber der Wein wird ausgetrunken bis auf einen Anstandsbiß! (Heiterkeit.)

Die Herren Finanzminister der Einzelstaaten mögen die Finanzreform ja wünschen, das ist aber ein Grund mehr für uns, ihr nicht unbedenken zuzustimmen. Denn diese Reform beseitigt den letzten Rest von Verantwortlichkeit der Bundesstaaten für die Finanzwirtschaft des Reiches. Wir haben gar kein Interesse daran, sie von dieser Verantwortlichkeit zu befreien. Das Solidaritätsgefühl zwischen den Einzelstaaten und dem Reiche muß erhalten, ja gestärkt werden, denn es ist das Gefühl weiter Kreise, daß die ungünstige Finanzlage des Reiches mit verschuldet worden ist durch die allzu große Nachgiebigkeit der einzelstaatlichen Finanzminister bei der Bewilligung der Ausgaben.

Die Vorlage ist eine lex imperfecta. Der Schatzsekretär vertritt sich zwar dagegen, daß die Finanzreform einen Zwang zu neuen Steuern darstelle. Aber er hat sich damit an die falsche Adresse gewandt. Die richtige Adresse ist der Herr Finanzminister von Sachsen. (Sehr gut! im Centrum.) Seine Mitteilungen über den zweiten Akt der Konferenz der Finanzminister waren ein offenes Bekenntnis, daß der Vorlage allerdings nicht zum Vorteil gerichtet hat. (Heiterkeit.) Er hat gesagt, daß eine Finanzreform nicht denkbar sei ohne den Entschluß, neue Einnahmequellen für das Reich zu eröffnen (Hört! hört!), die nur auf dem Gebiet der indirekten Abgaben liegen können. Er hofft, daß bereits 1904 zum letztenmal die Patrimonialbeiträge in dieser Weise den Einzelstaaten belasten werden.

Nun hat es für die Einzelstaaten aber doch auch schon fette Jahre gegeben, wo sie einen ganz schönen Ueberflusse an den Ueberweisungen eingehemft haben. Ich wundere mich, daß die Finanzminister der Einzelstaaten so glatt auf diese Vorlage eingegangen sind. Die fetten Jahre können doch wiederkommen! Oder sollen wir daran denken, daß im Hintergrunde gewisse Pläne schlummern, in deren Vorwissen man sofort auf alles verzichtet? (Hört! hört!) Das wäre aber noch gefährlicher und müßte uns noch miträucher machen.

Wir haben aus diesen Gründen die schwersten Bedenken gegen die Vorlage. Nichtsdestoweniger beantragen wir ihre Ueberweisung an die Budgetkommission, damit sie dort ihrer Wichtigkeit entsprechend eingehend beraten und eventuell das Gute, das sie enthält, und das ich gar nicht leugne, aus ihr herausgeschält wird oder sonst Vor schläge zur Gesundung der Reichsfinanzen gemacht werden.

Und damit wende ich mich einigen andern Punkten zu. Herr Biemann hat einmal gesagt: „Den preussischen Lieutenant können sie uns nicht nachmachen!“ Dieses Wort wird jetzt erheblich eingeschränkt werden müssen nach den Verhandlungen vor dem Kriegsgericht in Rey über Bisses Roman „Aus einer kleinen Garnison“. Die Verhandlungen haben den Roman im großen und ganzen als Wirklichkeit erwiesen. Wir haben da zwei Offiziere, die vollständig verwechselte sich gegenseitig Wechsel anstellen. Wir haben einen andern Offizier, der bei der von ihm verwalteten Garnisonkasse eine Anleihe macht, und als er sich weigert, zwei Kameraden eine gleiche Anleihe zu gewähren, von diesen denunziert wird. Wir haben einen Major, der vom Civil nicht eingeladen wird. Wir haben die Frau Rittmeister! (Heiterkeit.) Wir haben den Kommandeur, der im Powlenansehen seines Gleichen lacht. (Heiterkeit.) Wir haben einen Rittmeister, der zu einem Gerichte verurteilt wird, weil er die Frau eines Kameraden verführt und zu 6 Monaten

Verurteilung, weil er im Duell den beleidigten Gatten niederschlug; wir haben das ehebrecherische Verhältnis eines Offiziers, das Stadtgespräch ist; wir haben den Verlehrs von Dinnen in Offizierswohnungen! Und das alles in einer Garnison!

Und immer wieder klingt der Grundton durch, nicht wegen Verleumdung, sondern wegen Beleidigung ist Lieutenant Bisse verurteilt worden. Sein Verteidiger hat auf den Wahrheitsbeweis verzichtet, da ihm die Aufklärung über das Milieu durch die Zeugenausagen genügt. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ belehnen: „Das Unmögliche ist zur That geworden, und wenn nicht alles, so ist doch bewiesen, daß im preussischen Offizierscorps Zustände eintreten konnten, wie sie die satirische Phantasie kaum ausmalen konnte.“ Was in Jorbad? Ja bin der letzte, der hier ohne weiteres verallgemeinert. Der Stand, dem ich anzugehören die Ehre habe, hat ja am meisten unter solchen Verallgemeinerungen zu leiden. Eine gewisse Presse macht sich ein Geschäft daraus, Stände über den Alerus zu erfinden (Lachen bei den Sozialdemokraten), ja zu erfinden (lebhaftes Lachen links) und nicht zu widerrufen, wenn die Unwahrheit nachgewiesen ist. (Beifall im Centrum.) Ich erinnere aber an die geradezu cynische Aeußerung eines Oberleutnants im Jorbad'schen Prozeß, daß er selbstverständlich, wie jeder Lieutenant, mit Mädchen verkehrt habe; erinnere ferner an den Prozeß gegen die „Harmlosen“; dies und manches andre zeigt, wie haltlos die Behauptung ist, daß solche Dinge nur in kleinen Garnisonen vorkommen. Wohl aber werden sich in den großen Städten solche Vorkommnisse leichter der Öffentlichkeit entziehen. Der Redner bezieht sich dann auf die Ausführungen des Oberst a. D. Gölde und sagt: Ich weiß nicht, ob seit dem Sternberg-Prozeß so viele Verleumdungen in einer eng umgrenzten Gesellschaft festgestellt worden sind. Es handelt sich um die Verurteilung eines ganzen Offizierscorps. Ein Schatten ist auf das deutsche Heer geworfen. Sollte Ähnliches nicht auch in großen Städten vorkommen? Sollte nicht die Zeit gekommen sein, die innere Reform in den Vordergrund zu ziehen? Niemand vermag vor diesen traurigen Thatbeständen die Augen zu schließen. Es zeigen sich Symptome einer inneren Krankheit und das gefährlichste wäre, hier vertuschen zu wollen, oder heißen zu wollen mit Schönheitspfälstern. Es ist gewiß anzuerkennen, daß gerade auch dieser Prozeß in voller Öffentlichkeit geführt worden ist. Gerade wenn man hier beschönigen wollte, würde man der Krankheit neue Nahrung zuführen. Ich habe das Vertrauen zu dem neuen Herrn Kriegsminister, daß er mit Energie eingreifen wird. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, praktischer und organisatorischer Natur, aber das ist nicht das Ganze. Es erscheint wohl notwendig, mit eisernen Befehlsmitteln Elementen hinzuzuführen. Auch das genügt nicht. Ich verkenne gewiß nicht die besonders schwierige Stellung des Offizierscorps im Hinblick auf seinen Zweck, aber gerade bei den einzelnen stellt sich gar leicht ein gewisser Größenwahn, ein geringschätzbares mitteilbares Herabsehen auf andre ein, und man hat nicht mit Unrecht von wachsender Egoistität gesprochen. Auch beim Offizierscorps kann von einer ganz besonderen Ehre nicht die Rede sein. Auch der Gelehrte und der Künstler, der Bauer und der Arbeiter in der Bluse stehen gerade so hoch, und mit solchen Exemplaren wie in Jorbad wäre der Vergleich eine Beleidigung für sie. Redner geht dann auf die Vorschläge des Generalmajors von Goltz und des Freiherrn von Thälman ein.

Aber darauf wird hingewiesen werden, daß an diesen vielfachen Vorkäufen von so kompetenter Seite etwas dran sein muß. Seit Monaten sind diese Dinge in Jorbad vorgekommen und man darf wohl mit Recht die Frage erwägen: Wie war so etwas möglich in einer Grenzgarison, möglich unter einem als stark bekannten Truppenführer. Eine große Beunruhigung geht durch unser Volk. Bei den fortgesetzten Verdicten über Verhandlungen wegen Soldatenmishandlungen ist es durchaus erklärlich; denn es handelt sich nicht um ein Prätorianerheer, sondern um des Volkes eigenes Blut, sein Vieh, seine Söhne. Bei den großen Opfern, die das Volk bringen muß, verlangt es, daß seine Söhne im Waffenrock anständig und human behandelt werden, nicht das Objekt von Verbalinjuren, Thätlichkeiten und oft in raffinierter Weise ausgelegelter Mißhandlungen seien. Denn darum handelt es sich, nicht um Ueberstellungen, nicht um die brutale That einer einzelnen Verbrennung. Ob die Fälle von Soldatenmishandlungen mehr geworden sind, gegen früher, wage ich nicht zu bejahen. Es wäre aber angezeigt, daß diese Frage, die in der Gegenwart ein ganz besonderes Interesse gewonnen hat, von der Heeresverwaltung statistisch untersucht und dem Reichstage vorgelegt würde. Jedemfalls haben wir durch die Öffentlichkeit des Verfahrens gewonnen, indem die Fälle authentisch zu unsrer Kenntnis kommen, wie es auch als Segen der Öffentlichkeit betrachtet werden muß, daß nichts beschönigt werden kann. Denn nur dadurch ist es möglich zur Verlesung zu kommen, und darum bespreche ich auch hier diese Angelegenheit. Es soll zugleich ein Ansporn für die Militärverwaltung sein, in ihrem Bemühen um Beseitigung so brutaler Qualereien nicht zu erlahmen. Hier muß jeder ehrliche deutsche Mann Abhilfe fordern im Interesse der Armees selbst. In der offenen Besprechung derartiger Sachen wird dem Vaterlande ein Dienst erwiesen, wenn man nicht annehmen will, daß diese Mißhandlungen die notwendige Folge unseres Heereswesens und das System völlig zu verwerfen sei. Ich will die einzelnen Fälle hier nicht ausführlich aufzählen, denn dann müßte ich mir früheren Kollegen Anreiz als Dauerredner übertreffen, nur einige Fälle aus der letzten Zeit. Ich beziehe mich auf ein Verzeichnis des „Thürmer“ im 6. Jahrgang. Redner berichtet zunächst ausführlich den bekannten Fall Breidenbach und führt desweiteren eine große Anzahl von Fällen schwerer Soldatenmishandlungen an, die in der letzten Zeit durch die Presse gegangen sind. Früher wurde uns der Rat gegeben, Beschwerden von Soldaten über Mißhandlungen ihrer vorgesetzten Behörde zu übergeben. Der Berichterstatter kehrt aber, der eine solche ihm übergebene Beschwerde der Militärbehörde zur Prüfung übergab, wurde verhaftet, weil er den Namen des Beschwerdeführers nicht nennen wollte. Auf Grund aller dieser Vorkommnisse hat die „Boschische Zeitung“ eine Reihe von Vorschlägen zur Ausrottung der Soldatenmishandlungen gemacht und denselben Zweck verfolgte ein sozialdemokratischer Antrag in der Bayerischen Kammer, daß die höheren Vorgesetzten für die Ausführungen der mittleren und unteren Vorgesetzten haftbar gemacht werden sollen. Alle diese Vorschläge empfehle ich den verbündeten Regierungen zur Kenntnisnahme. Es liegt im Interesse der Armees und im Interesse des Volkes, daß diese furchtbaren Mißhandlungen endlich beseitigt werden.

Auch in der neuen Legislaturperiode liegt uns die Fortführung alter Aufgaben ob. Die Klagen der verschiedenen Stände sind nicht verstummt. Mit ängstlicher Erwartung sieht unsre Landwirtschaft dem Abschluß von Handelsverträgen entgegen auf Grund des von uns in heißen Ringen erklämpften Posttarifs. Von den Verhandlungen verlautet sehr wenig. Mögen die verbündeten Regierungen alles aufbieten, damit unser Volk bald aus dem Gange und Lagen herauskomme. Inzwischen dürfen aber auch kleinere Mittel nicht verschmäht werden, um unsrer Landwirtschaftskammer, unsern Bauern das Dasein erträglich zu gestalten. Hierzu rechte ich vor allem die Abstellung der Nachtheile, die sich für die Bauern aus der Handhabe des Herabbeschaufes, besonders in Bezug auf die ihnen erwachsenden Kosten ergeben, ferner auch die Verminderung der Einkunftssteuern durch angemessene Erhöhung der Verpflegungssätze; auch sollte bei Einberufung der Reservisten möglichst Rücksicht auf dringende landwirtschaftliche Arbeiten, besonders die Gerente, genommen werden. Das Handwerk verlangt nach wie vor die Regelung der Frage des Befähigungsnachweises. Dringend ist weiterhin die Sicherung der Fortbildung der Bauhandwerker gegen gewissenlose Veräußerungen. Redner fordert ferner Fürsorge für die Angelegten der Rechtsanwaltschaft und Bekämpfung der Privatbeamten, die Erziehung von Arbeitklammern, Bekämpfung der Rechtsfähigkeit an Veräußerungen, Sicherung des Wahlrechts, Beseitigung aller engherzigen Verordnungen durch verschiedene Vereins- und Versammlungsrechte, neunstündigen Arbeitstag

für verheiratete Frauen. Im Hinblick auf das Wort der Thronrede, daß die soziale Bewegung auf dem in früheren Stundgebungen vorgezeichneten Wege fortgeführt werden soll, richte ich einen warmen Appell an die verbündeten Regierungen, nicht auf die Ladung derjenigen zu hören, die Sie so gern auf das Glattsteis von Annonimgelegenheiten führen möchten, insbesondere angeführt der drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen.

So betrieblend das ist, haben wir doch aus den Erfahrungen des ersten Sozialistengesetzes gelernt, daß ein Ausnahmegesetz dagegen nichts hilft, und unser höchster Grundgedanke die Gerechtigkeit. Die Thronrede spricht den Wunsch aus, der Reichstag möge durch seine Verhandlungen den friedlichen Ausgleich der Gegensätze fördern. Schöne Wünsche, aber, ich frage nur das Eine: Wie behandelt uns denn der Bundesrat? Wir beschließen zwei- und dreimal dasselbe, und der Bundesrat tritt nicht aus seiner Ruhe heraus. Was ist aus unserm Verdict über die Tagegelder geworden? Im alten Reichstage wollte man nicht daran gehen. Der neue Reichstag ist da, aber „über allen Gipfeln ist Ruh“, und dennoch hat auch der neue Reichstag bewiesen, daß man durch Verweigerung der Tagegelder das nicht erreicht, was man erreichen will. Wir bedarren auf unserm Antrag. Ebenso lange ruhen im Schoße des Bundesrats eine ganze Reihe von Vorlagen. Auch in den Wählerkreisen wird man über diese Behandlung des Reichstages empört, und ich weiß nicht, ob es noch lange dauern wird, bis der Reichstag Vorlagen der verbündeten Regierungen gegenüber sich auf den gleichen Standpunkt zurückziehen wird? (Lebhafte Bravo im Centrum.) Fern scheint mir diese Zeit nicht mehr zu sein. Der Herr Minister des Innern hat in einer Rede in Hannover die Welfen den Sozialdemokraten gleichgestellt, Männer, die ihrem früheren Königshause die Treue halten. Wam und wie haben diese deutsch-hannoverschen Männer Preußen den Krieg erklärt, wie der Herr Minister behauptet hat?

Gezeigt hat der Herr Minister mir, daß er es nicht versteht, wenn man mit Liebe und wehmütiger Erinnerung an seinen alten Herrscherhause hängt für alle Zeit. Die Eszmarkezulage lehnen wir ab. Ich erinnere an die Frage der polnischen Adressen; da wurde gesagt, das gehöre nicht in den Reichstag, und jetzt bringen uns die verbündeten Regierungen Polen mitten in den Reichstag hinein. In den Erörterungen zu diesem Gesetzentwurf ist ausdrücklich ausgesprochen, daß es sich nicht um Feuerungszulagen, sondern ganz allgemein um Zulagen auf Grund des Wohlverhaltens handelt. Wir setzen in diesen Positionen die Sanktionierung und Unterstützung der preussischen Polenpolitik, und diese halten wir für durchaus verwerflich. Würden wir eine Augenblickspolizei treiben, so hätten wir jetzt Gelegenheit zur Revanche; aber wir setzen fest auf unsern Principien und setzen deshalb dieser Eszmarkezulage genau so gegenüber wie unsre Freunde, das Centrum im preussischen Landtage. Nach unserer Auffassung sind die Polen vollberechtigte Unterthanen des preussischen Staates, haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Anspruch auf Beibehaltung ihrer volkstümlichen Sitten und Gebräuche, insbesondere der Muttersprache. Die Zulagen sollen widersprüchlich sein. Wie muß das wirken auf den Charakter der Beamten, immer daran denken zu müssen, daß die Zulage weggenommen werden kann!

Selbst der nationalliberale Abgeordnete Hohrecht hat diese Zulagen im preussischen Abgeordnetenhaus verurteilt, weil sie gerade den zweifelhaften Charakter, den Strebern zu gute kommt. Auch den Denunziationen wird dadurch Thor und Thür geöffnet. Es handelt sich einfach um eine Korruptionszulage. Ein Schreiben des Regierungspräsidenten von Bromberg an den Bürgermeister von Inowrazlaw vom 28. März d. J. verpflichtet schon jetzt die Beamten in diesen Gegenden, für die deutschen Kandidaten zu stimmen. Dieses Attentat richtet sich selbst. Im Sinne einer Ausgleichung der Gegensätze, von der die Thronrede spricht, wäre es erforderlich, die Reichslande aus ihrer herbedormenden Stellung zu befreien. Sie sollten dieselbe Stellung haben wie die andern deutschen Bundesstaaten. Besonders müßte aufgeräumt werden mit dem Wust napoleonischer Verordnungen, die immer erst hervorgehakt werden, wenn etwas gegen den Strich der Regierung geht. Uffah-Rohringen ist deutsch. Dafür, daß es auch deutsch bleibe, stehen wir alle ein. Darum soll es auch deutsch regiert werden. (Lebhafte Bravo!) Gegen die Verklammerung der religiösen Freiheit, gegen die Unterdrückung der religiösen Minoritäten, insbesondere in Braunschweig richtet sich unser Toleranzantrag. In der gleichen Richtung bewegt sich der Antrag auf Aufhebung des Ausnahmeverfahrens gegen die Jesuiten. Von dem Privileg der Katholikenverfolgung müßten die Bundesstaaten befreit werden. Unter allgemeiner Heiterkeit erinnert der Redner an den schneidigen Staatsanwalt Dr. Müller. Der Herr Staatsanwalt ist weit über die Grenzen seiner Befugnisse hinausgegangen mit seinen Drohungen und Belehrungen; aber wir Katholiken haben noch einen besonderen Grund. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten; ja, gewiß! Am Schluß richtete der Staatsanwalt an die Geschworenen den Appell, nicht auf Leute zu hören, die Weineid auf Weineid häufen zu können glauben und nachher bei ihren Geistlichen beichten. Man dürfe erwarten, daß ein Staatsanwalt in Berlin wenigstens nicht ganz so unweissend sei über die Gebräuche der katholischen Kirche. Für das Benehmen des Herrn Dr. Müller gebe es nur einen Ausdruck, der aber nicht parlamentarisch sei. Herr Dr. Müller lenne vielleicht die Pflicht, begangenes Unrecht, auch in Worten, wieder gut zu machen. Es ist auch keine sehr erfreuliche Erscheinung, wenn das Personal einer ganzen Redaktion und Drucker bis herab zum Scherlechner auf Grund des Zeugniszwangs-Verfahrens verhaftet wird, so daß eine Zeitung gar nicht erscheinen kann. Bei Gelegenheit der bevorstehenden Revision des Strafverfahrens muß dieser Punkt vor allem geregelt werden. Und wenn beim Militärgericht Vergehen von Soldaten in schärfster Weise, dagegen in milderer Weise Vergehen von Vorgesetzten beurteilt werden — trägt das dazu bei, dem Manne aus dem Volke den Glauben beizubringen an die Gleichheit vor dem Gesetz? Wenn in Breslau streikende Arbeiter wegen unvorsichtiger Aeußerungen gegenüber Arbeitswilligen zu drei Monaten, ja 1 1/2 Jahren Gefängnis, ein Automobilist aber, der einen Straßenpassanten zu Tode fährt, zu einer Woche Gefängnis verurteilt wird, so muß das das Gefühl der Ungleichheit vor dem Gesetz nur verstärken.

Es ist nicht viel Erfreuliches, was sich bei einer solchen Umschau darbietet, und dazu kommt, daß man den Feind nicht dort sucht, wo er wirklich zu finden ist. Das richtige Ansetzen der Sozialdemokratie zeigt, so viel man auch von Wühläusern redet, daß unsre wirtschaftlichen Verhältnisse noch sehr traurige sind; die Statistik beweist, daß die Kriminalität in den letzten Jahren gestiegen ist. Auch von selten, von denen man es sonst nicht gewohnt ist, wird jetzt vielfach hingewiesen auf die Auswüchse einer Pseudolust und Pseudolitteratur, deren Aufgabe nur darin besteht, den Sinnenreiz zu liefern. Unfre akademische Jugend stellt 25 Proz. zu den geschlechtlichen Erkrankungen. All das sind Symptome einer tiefen Fäulnis, die hervorgeht aus der materialistischen Weltanschauung, die ganze Stände des Volkes ergriffen hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie auch darüber lachen, darum wird es nicht unwahr! (Hört! Hört! Heiterkeit.) Sie verstehen ja davon nichts! (Hört! Hört!) Dann werde ich mir von Ihnen ein Kolleg darüber anhören, Vorseidenheit ist eine Bier, Herr Collega! An den verbündeten Regierungen und an uns liegt es, den Finger auf die Wunde zu legen und zur Heilung mitzuwirken. Eine Hauptaufgabe ist der Schatz der christlichen Ethik. Langsam wird es besser werden und es wird sich besänftigen, daß auch im 20. Jahrhundert der ewige Jungbrunnen des Christentums Deutschland aufs neue zu beschenken im stande ist. (Bravo! im Centrum.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Und abermals Organisation gegen Organisation!

Wie in allen Gewerben mit starker gewerkschaftlicher Arbeiterorganisation, so sieht auch, freilich erst seit wenigen Monaten, den im Töpfergewerbe beschäftigten Arbeiter eine Unternehmerorganisation gegenüber, welche sich die Bekämpfung der organisierten Arbeiter und ihrer Bestrebungen zur Hauptaufgabe macht. Als die Arbeiter einer Ofenfabrik in Lauf bei Nürnberg im Frühjahr dieses Jahres streikten, um einen Lohnabzug abzuwehren, schlossen sich die süddeutschen Ofenfabrikanten zu einem Verbande zusammen, der einen Aufruf an die mittel- und norddeutschen Fabrikanten richtete, und diese zum Anschluß an die süddeutschen Fabrikanten aufforderte, um gemeinschaftlich gegen „unberechtigtes“ Lohnforderungen und Ansprüche der Arbeitnehmer einzuschreiten. Die Werbung der süddeutschen Fabrikanten fand bei ihren norddeutschen Kollegen Gehör, und bald entstand dann auch der Deutsche Ofenfabrikanten-Verband, dessen Leiter der Fabrikant Leichter in Weichen ist. Dieser Verband umfaßt den größten Teil derjenigen Fabrikanten, welche das zu Machelöfen erforderliche Material herstellen. Nicht beteiligt sind an dieser Unternehmerorganisation die zahlreichen Meister, welche sich mit der Ofenherstellung befassen. Diese gehören meistens den Zünften an, und fördern in diesen den Widerstand gegen „unberechtigtes“ Lohnforderungen und Bestrebungen der Arbeiter.

Daß der Deutsche Ofenfabrikanten-Verband eine Kampforganisation gegen die Arbeiter ist, ja, daß er die Bekämpfung der gewerkschaftlichen Bestrebungen als seine Hauptaufgabe betrachtet, geht klar und unzweideutig aus seinem Statut hervor. Da wird unter anderem als Zweck des Verbandes angegeben: „Die thätige Bekämpfung aller Bestrebungen, welche das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern geeignet sind.“ Da der Unternehmer bekanntlich jede energische Vertretung der Arbeiterinteressen als eine „Störung des guten Einvernehmens“ erachtet, so bedeutet der angeführte Passus nichts anderes, als Bekämpfung der gewerkschaftlichen Bestrebungen, Unterdrückung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter.

Mit welcher rücksichtsloser Härte die Ofenfabrikanten ihren Zweck erreichen wollen, das sagt der § 11 ihres Statuts: „Wird über die Fabrik eines Mitgliedes die Sperre verhängt, so sind die übrigen Mitglieder des Verbandes verpflichtet, keinen der ausständigen Arbeiter innerhalb eines Jahres vom Beginn des Streiks oder der Sperre an gerechnet, einzustellen.“

Als weitere Zwangsmittel gegen streikende Arbeiter bestimmt derselbe Paragraph, daß, wenn der Versuch, die Ursachen des Streiks zu beseitigen, erfolglos war, nach 14 Tagen die allgemeine Aussperrung in allen Fabriken des Bezirks, dem die vom Streik betroffene Fabrik angehört, nach 4 Wochen aber die allgemeine Aussperrung in ganz Deutschland erfolgen kann. Bei jedem Streik sind dem Vorstände die Namen der Streikenden mitzuteilen, der sie den Mitgliedern übermitteln. Wer einen auf der schwarzen Liste stehenden Arbeiter beschäftigt, hat eine Konventionalstrafe von 1000 M. zu zahlen.

Also: Ausschungerung der Streikenden, allgemeine Aussperrung und Verurteilung der Arbeiter durch schwarze Listen. Das sind die Mittel, mit denen der Ofenfabrikanten-Verband die Bestrebungen der Arbeiter bekämpft, und durch hohe Geldstrafen werden die Fabrikanten gezwungen, diesen Kampf gegen die Arbeiter mitzumachen. Wenn Arbeiter derartige Mittel anwenden wollten, dann würden sie nach der herrschenden Rechtsprechung wegen Erpressung, Nötigung, Verurteilung usw. zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Deutsche Ofenfabrikanten-Verband, befehle vom Geiste der Kühnemann, Felisa und Konsorten, hatte es sehr eilig, um sein Programm in die Tat umzusetzen. Wenige Monate erst ist diese Unternehmerorganisation am Leben, und schon haben wir die von ihr ins Werk gesetzte allgemeine Aussperrung, von der kein vorübergehender Mensch sagen kann, daß sie der Abwehr „unberechtigter Forderungen“ der Arbeiter dient. Sie hat, wie wir schon gestern gesehen, keinen andern Zweck als den: die Arbeiterorganisation dem Rückgeleiste der Unternehmer zu opfern. Man vergegenwärtige sich, daß am 26. November wegen des Besten Streiks eingehende Verhandlungen zwischen den Vertretern der Streikenden und den Unternehmern stattfanden, an denen auch der Vorstand des Ofenfabrikantenverbandes teilnahm. Die Streikenden ermäßigten bei dieser Gelegenheit ihre Forderungen soweit, daß sie nur noch eine Erhöhung der niedrigsten Tarifpositionen um 3 Proc. sowie für Hilfsarbeiter eine wöchentliche Lohnerhöhung von 50 Pf. und für Arbeiter eine solche von 80 Pf. verlangten. Die an den Verhandlungen beteiligten Vertreter der Unternehmer waren damit einverstanden. Man glaubte schon, die Einigung sei vollzogen und in Weiterer werde die Arbeit wieder aufgenommen. Aber die Verammlung der Besten Fabrikanten lehnte die von ihnen eignen Vertretern anerkannten Einigungsbedingungen ab und verzögerte dadurch das eben erst angebahnte „gute Einvernehmen“.

Wenn es dem Ofenfabrikanten-Verband wirklich darum zu thun wäre, alle das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fördernde Bestrebungen zu bekämpfen, dann hätte er die Besten Fabrikanten veranlassen müssen, die Bedingungen anzuerkennen, auf welche sich der Vorstand des Ofenfabrikantenverbandes am 26. November mit den Vertretern der Streikenden geeinigt hatte. Wenigstens hätte er die widerhaarigen Besten Fabrikanten in ihrem Kampfe, der nunmehr jedes Grundes entbehrt, nicht unterstützen dürfen. Aber das Gegenteil geschah. Der Ofenfabrikanten-Verband setzte seine ganze Macht zu Gunsten seiner widerspenstigen Besten Mitglieder ein; er verlangte von allen Arbeitern den Austritt aus ihrer Organisation, und als das nicht in der von den Unternehmern gewünschten Weise geschah, warf er 1500 Arbeiter rücksichtslos auf die Straße. Der Ofenfabrikanten-Verband hat dadurch gezeigt, daß er durch Anwendung brutaler Gewaltmittel die Organisation der Arbeiter, den Centralverband der Töpfer, zerstören will.

Die große Bedeutung dieses Kampfes liegt daher weniger in der Zahl der Beteiligten, als in der Tendenz desselben; auch er ist ein Gefecht in dem großen Klassenkampfe.

Berlin und Umgegend.

Die gesamten Metallarbeiter der vormals Kernerschen Metallwaren-Fabrik zu Cossen haben die Arbeit niedergelegt. In Betracht kommen 65 Mann, Formner, Dreher, Schloffer usw. Der Grund der Arbeitsniederlegung ist, daß die Fabrikleitung dem Streben der Arbeiter nach besseren Verdiensten dadurch entgegenzuwirken suchte, daß man die Arbeiter vor die Wahl stellte, entweder aus dem Metallarbeiter-Verband auszutreten oder die Fabrik zu verlassen. Als das nicht zog, warf man Leute ohne irgend welchen andern Grund auf die Straße, darunter Familienväter, die sechs Jahre zur Zufriedenheit der Firma gearbeitet haben. Diese letztere Heldenthat, 14 Tage vor Weihnachten war es, die das Maß zum Überlaufen brachte, und fordern die Arbeiter neben der Einstellung des zuletzt Entlassenen das Recht der Streikaktion und die Abstellung der Klammern Klammern. — Zugig ist strengstens fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Warnung für Stodarbeiter. Von der Stodarbeiter-Gewerkschaft in England ist bei dem Vorstände des Deutschen Holzarbeiter-Ver-

bandes in Stuttgart die Nachricht eingelaufen, daß gegenwärtig verhandelt wird, deutsche Stodarbeiter nach London zu locken. Da in London und Manchester ein großer Streik ausgebrochen ist, so seien hiermit die deutschen Kollegen davor gewarnt, sich als Streikbrecher nach England zu verwerfen zu lassen. Die Adresse der englischen Organisation lautet: The Amalgamated Society of Stickmakers and Mounters, 15 Poole Street, Hoxton, London N.

Vom Crimmitschauer Kriegsschauplatz

Ist zur Zeit Neues nicht zu melden. Die Fabrikanten sind eifrig bemüht, Arbeitswillige heranzuziehen. Der Erfolg ihrer Bemühungen entspricht aber nicht den Erwartungen. In ihrer blinden Tapferkeit haben sie die Aussperrung so lange hingezogen, daß fast auch in den letzten Winkel der zivilisierten Welt die Kunde von ihrem Gewalttätigen gedrungen ist. Alle anständigen Arbeiter meiden deshalb Crimmitschau und mit den Elementen, welche die Herren aufgabelt, können sie wenig Staat machen. Jetzt sind auch die Handlungsreisenden, welche den Crimmitschauer Fabrikanten Wolle, Farben und andre Artikel verkaufen, in den Dienst ihrer sonstigen Abnehmer getreten. Sie benutzen ihre Kluge und spielen Streikbrecher-Agenten in Crimmitschau. Wenn sich jedoch wirklich ein paar Arbeitswilliger finden, so sprechen sie gerade die Wahre ab, die von den Behörden ihrer Meinung nach zu Gunsten des Unternehmertums getroffen wurden. Ganz charakteristisch sind in dieser Beziehung mehrere Schriftstücke, die ein Arbeitswilliger in seine Heimat schickte und die dem Streikkomitee zur Verfügung gestellt wurden.

Der Brief lautet:

Crimmitschau, den 2. Dezember 1903.
Liebe Mutter!

Endlich sind wir hier in Crimmitschau angekommen, aber wie in einem Briefe kann man das gar nicht schreiben, das läßt sich nur mündlich machen. Gendarmen haben uns von der Bahn abgeholt und bis in die Fabrik geschafft. Erstens sind wir um 7 Uhr in Chemnitz angekommen und gleich per Schnellzug wieder von dort weggefahren, in Jockau wieder eingestiegen und dann nach Crimmitschau. Wie wir hier sind angekommen, nahmen uns vier Mann gleich Gendarmen in Empfang und von da in die Fabrik fests begleitet von hundert Reugierten, Männer, Frauen und Mädchen und alle wollten Sie uns abhalten, sind jedoch glücklich hier angelangt, wir konnten aber auch nicht ausreihen, weil wir in der Röhre waren und die Gendarmen um uns herum. Um es jedoch kurz zu machen, wir sind schließlich verabreitet worden. Erstens erhalten wir nur 14 Pf. Stundenlohn und zweitens sollen wir 14 tägige Kündigung einhalten, sollte jemand zu uns kommen, die mit hier her kommen wollen, so rate Sie nur tüchtig ab, ich rate keinen hier her zu machen, aus der Fabrik kann man nicht heraus, ist demnach stets unter Polizei-Aufsicht. Rate nur hauptsächlich Kurt Schommerl und Jochen Schmidt ab. Ein Brief von da andre folgt Sonntag nach wenn wir nicht schon alle vier Mann in Freiberg sind. Ich will nun schließen (folgt Namensunterschrift und Adresse der Firma).

Adresse richtig schreiben und nur Brief.

Die Karte hat folgenden Wortlaut:

Neulich a. d. Fleiße, d. 5. 12. 1903.

Dir zur Nachricht, das wir Mittwoch früh 9 Uhr hier sind angekommen und am Bahnhof von 15-20 Schülern bis in die Fabrik eskortiert worden sind. Ich rate Dir jedoch ab nach hier zu kommen, weil es bloß 14 Pf. Stundenlohn und dann 14 tägige Kündigung haben. Wir 4 Mann arbeiten bloß noch Kündigung ab und kommen dann wieder nach Freiberg, Bitte schreibe mir jedoch Brief.

Es grüßt . . . (folgt Namensunterschrift und ebenfalls Adresse der Firma).

In Crimmitschau werden also die Arbeitswilligen tatsächlich „schemlich verabreitet“; aber nicht von den Streikenden, sondern von den Unternehmern. Erst werden ihnen Löhne von 20 Mark und mehr und lebenslängliche Stellung angeboten und wenn sie nach Crimmitschau kommen, gibt man ihnen 14 Pfennig Stundenlohn bei 14 tägiger Kündigung! Die Fabrikanten behandeln die Streikbrecher genau so, wie sie die ehrliebe Arbeiterkaste behandeln, die sie immer mit der Einführung des Zehnstundentages hintreibt, bis den Arbeitern der Geduldsfaden reißt.

Das Bekanntwerden der Verlegenheit, in der sich die Fabrikanten befinden, hat die ungebeugten Kämpfer in Crimmitschau gestählt. Sie wissen jetzt, daß der Feind nur noch eine schwache Position zu verteidigen hat.

Mögen die deutschen Arbeiter die Munitionslieferung verdoppeln!

Für die streikenden und ausgescherten Weber in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Lichtler Braule, Eisenbahnstraße 5,75. Abt. Schilleri C. B. Götz, Redenan 26,50. Tischlerei Frankel, Ranninstr. 8,75. Tischlerei Sawahl 11,05. R. Wegner 9,15. Steinbrucker Selmar Bauer 10,30. Goldschmidt Leo Berg 12. Buchdrucker Nothfeld u. Müller 5,80. Tischlerei Koller 8. Bildhauer Lehmann 5. Tischlerei Stern, Seeliger u. Co. 2. Rate 11,80. Tischlerei Bornmann, Admiralstraße 10,20. Metallarbeiter Solon u. Co. 15,45. Bronzearbeiter Zitel u. Verlich 4. Mühlenscheit 2. Oetner u. Co. 22,20. Tischlerei Heißelberg, Curstraße 17,50. Graphische Anstalt R. Rabich u. Co. 12,05. Lorenzstraße Interne 4. Bobersaal D. Köhler 17,70. Abt. d. Firma Solgold u. Sohn 25. Abt. d. Vedersarenfabrik A. Schmalde 6,50. Kollegen der Schirmfabrik 9. Tischlerei C. Roa 6,45. Arbeiter und drei Beamte der Selas 9. Möbel- Tischlerei Bollmann 5,75. Firma Rindfleisch 2. Tischlerei Wegner, Belle- Alliance 33,00. Abt. d. Metallwarenfabrik A. Gries, Kreuzbergstraße 18,45. Abt. v. Goh u. Co. 11,45. Verl. Galsano-Walff, Lindenstraße 21,70. Beizer v. Boart 4. Langhüterverein „Goldarbeiter“, 2. Rate 10. Abt. von Barmann u. Co. 15. Firma Rindfleisch, Jumps u. Co. Abt. Buchbinderei, 2. Rate 20,60. Personal der Buchdruckeri Riesenstahl, Jumps u. Co. 12,55. Klempner d. Bademannfabrik Gomab u. Grubler 5. Louis Michaels 8. Vollerer Rotomagnetenfabrik Tempelhof 13,75. Maschinenbauer 3,95. Arbeiter der Firma J. C. Wolf, Saal IV., 1. Rate 15,30. Möbelfabrik u. Dunst 3. Rate 22,10. Abt. u. Arbeiterinnen Buchbinderei Rüsse u. Baumhach 2. Rate 50,00. Bildhauer Professor Lambert 17. Abt. Nr. 1224 12,50. Bau Nedmann-Wer Naurer, Jammers u. einige Arbeiter, die den 1. Dezember 31,50. Abt. u. Arbeiterinnen „Bordwin“, Abt. Buchbinderei 10. Die Schneide 2,50. Dücker J. F. H. Schulz 11,50. Die Koten aus der Kotherr. 7. Nusslo- Agenten Hager u. Co. Leipzigstr. 23,25. Sattler der Werkstatt R. H. Rohrerstr. 4,50. H. G. 5,50. Tischlerei R. Hahn-Brannentier 31,50. Stimmlich Gerlach 3,25. Sammlung bei R. Lang 3. Buchdruckeri Schütte, Jungstr. 5. Tischlerei Jelinek d. Krute 4. Tischlerei Paulonost u. Bernhardt 5. Stommgasse v. Berghaus 12. 5 Arbeiter Oppenstein u. Co. Heinersdorf 4. Gelangwerin „Friedrichstraße“ 10. Schaffel „Schmarjendorf“ 5. Bau Panfom, Kommunitationsweg 12,10. Tischlerei Reicher, Schönhauser Allee 10,60. Buchdruckeri Ruder, Nieder-Schönhausen 7,50. Tischlerei d. Firma Kette 7. Gottlieb- brüder 9. Geburtsstättiger Wollenmarkt 3,40. Nachschicht 3,50. Maurer, Nachholome, Ausstellung d. Schmar 21,00. Baron 16,70. Lindner 2. Statgeld 0,70. zusammen 2,70. Maurer und Arbeiter von Herzog 9. Wüster 8. Demig u. Brüder 2. Viele Reiter- inspektion, Zusammenkunft, Wrangelstr. 8,05. Herbstzweigen Verband der Löhler d. Spitalstr. 69. Bismarck bei Augustin 2. Abt. d. Union C. G. Reabst, Abt. Böhler 70. 3 Rahmenmacher, 1 Glaser d. H. Dargay 5,30. Buchdruckeri Borsdors, Hildard, Rotationsdr. 10. Verl. Rotomagnetenfabrik, G. u. d. H., Tempelhof 31,70. Bau Charlotten-We 1,55. Tischler d. H. Schöppe 6,10. Holzarbeiter 17,80. Org. Arb. Waren- Berlin, Leipzigstr. 5. Klavaturfabrik Schmolz u. Co. 22,05. Piano- macherfabrik J. Krüger, ev. Saal 15. Möbelpolierer Genossen Ostende 8,50. Klavaturfabrik Reumann 5. Klavaturfabrik Holz 3. Rate 13,95. Baumhalsen- macher R. G. Tappeler 1,50. Möbelfabrik Gauer, Grünauerstraße 7,75. Abt. v. G. Thurnius, Wilsdorfstraße 8,75. Glasbläser 13,95. Drechsler 9. Müller, Königsbergerstraße 10,85. König, Eisenmiederstraße 7. Buchdruckeri Eitenfeld 5,60. Brüppen-Sube, Cappellaee 8. Barthelemy- Krawe 5,50. Benede u. Co. 51,60. Tischlerei Necht, Andreastraße 2. Rate 14,25. Hilfsarbeiterinnen Dastenstein u. Vogler 2,80. Arbeiter von Roß 5. Adolphsen S. u. H. 25,15. E. u. H. Saal 161, 19,50. Buchdruckeri Schiller 5. Buchdruckeri in Gasse Schmalz 14,05. Herrensabend Probel 4. Bau- bau Sammlerstraße 7,10. Streik d. Wolf 1,40. Abt. v. Lundershausen

- 3,10. Kofferleger u. Helfer B. Simeidenbach 8,65. Tischlerei v. Jarius 1. Handler 5,75. Arbeiter u. Maschinenarbeiter Gebr. Rabe 17,55. Arbeiter v. Thiel u. Co. 20,10. Tischlerfabrik Rosenburg 12. Dampf-Tischlerei v. Traubers 14,70. Kegelklub „Rath Derg“ 11. Kofferleger u. Helfer von Rahm u. Reich 13,75. Mechanische Werkstatt Dr. H. Reier 37,80. Verl. der Christfabrik von Weber 12,20. Buchdrucker R. Ried 5,50. Pianofabrik Wiedner u. Co. 11. Maschinenfabrik Jammers u. Köhler, Bau Stadinerstr. 8,50. Buchdrucker u. Buchbinderei v. Jumps 17. Buchdruckeri Rätz 23,50. Tischlerei Karl Müller, Wilsdorfstraße 17,70. D. Schmitz, Rüdersdorferstraße 16,50. Tischlerei Jarede u. Hampel 13,70. Tischlerei Eduard Jansen 11,50. Abt. d. Schmitz bei Glaube 11. Tapezierwerkstatt Brandel 4,50. Glaser- hüt 12,20. Brandenerkennung der Bauinspektoren 10. Vermählung Bar u. Klein 12,40. Vollerer Darganstraße 8. Kumerl u. Ruhn 11,30. Arbeiter der Firma Schroder, Wilmersdorf 12,50. 15 Verbands- genossen der Firma Bernert, Charlottenburg 10,50. Arbeiter-Gelangwerin „Walbesrauchen“, Nollstraße 9,25. Tischlerei Linger 6. Tischlerei Gregoriet 3. Tischlermeister C. Gursch 55,35. 8. Bezirk Char- lottenburg 7,05. Tapezierer 2. Gerlach 5,70. Tischlerei Friedemann 10,75. Tischlerei C. Rau 6,20. Heineke 2. Beamte der Mechanische 10,50. Tischlerei Anstalt C. B. Götz, Redenan, Abt. Böhler 24,15. Verl. d. Buchdruckeri Reumann u. Sohn 10. Bau- Tischlerei Otto Müller, Grünauerstraße 10,50. Möbelfabrik Strochung mit Altendubler 17,05. Schaffel bei Wiffow 3. Metallfabrik v. Lohse, Glaserstraße 4,80. Strauch u. Gen. 2. Bergelder A. Bismarckstr. 22,55. Metallarbeiter von Schum u. Harode 7,80. Töpfer von Bau Pieske, Derrmannstraße 9,05. Ledige Tischlermeister 8. Verhöhl 21,50. Tischlermeister Koch, Eisenbahnstraße 9,60. Klempner von Altmann, Lützenstraße 5. Tischler und Polierer von Reles u. Co. 5,50. Buchdruckeri Jakob u. Co. 7,25. Tischlerei v. Höhne u. Strömer, Wilsdorf- straße 16,20. Tischlerei Grün u. Ledwig, Oranienstr. 2. Rate 29,20. Kollathaler v. Borg, Kaiserstr. 6,55. Ingenieur 10. Tischlerei v. Richter, Ried, Reinerpl. 13,90. G. Nagler 5. Hochschüler des Gen. Dautsch 22,50. Tischlerei v. Röhle, Eisenbahnstr. 7,50. Bezirkstöpfer Schulz bei Gerlach u. Kranz 28. Abt. d. Firma Biedermann u. Garmilow, 2. Rate 23,55. Vergens, elende Schulstagsleiter 2,30. Tafelstempel, Firma H. Dachs 13. 7. Vollerer, S. W. u. J. Jumper 5. Geise und Genossen, Schmarjendorf, 2. Rate 7,40. Tischlermeister v. Böhlich, Eisenstr. 18,25. Eisenfabrik Adm. Löwe 107,30. Buchdruckeri Schöppe 7,50. Kollathaler Rechner durch B. G. 16,30. Arbeiter der Firma Rätz u. Comp. 17,50. Von einem Arbeitslosen 1. C. G. und F. H. 3. Drei Tapezierer 2,05. Einige Kalktrager der Firma Krantz, Bau Blumenstraße 2. Gelangwerin „Morgenstern“, Erfurt, 300. Personal der Maschinenfabrik Rotomagneten- fabrik, Boddig, 4. Rate 47,25. Tischler und Polierer der Tischlerei Reus, Reus- Hochstraße, 32. H. G. 8. Abt. H. 2. 31,50. Arbeiter der Firma H. Druffenmüller 30,00. 4. Rate d. Chemier- Abt., Firma Reichenbach, Riffort u. Co., Schöneberg, Hauptstraße, 23,15. Buchdruckeri von Böhler, Rieder, Reinerpl. 10,70. Personal d. Firma Otto Grund d. R. Dautsch 13,55. Cigarettenarb. v. A. Schumann, Kammer, 12,95. Cigarettenarb. v. Garmen-Salza 6,90. Cigarettenarb. v. Barenandes 7,50. Cigarettenarb. v. Jarius 7,25. Cigarettenarb. v. Anstalt, 2. Rate 39,90. Cigarettenarb. v. Calistro 5,65. Cigarettenarb. v. Gerlach 9,05. Cigarettenarb. v. R. Rothmann, Problem, 2. Rate 10,75. Cigarettenarb. v. Jostell 12. Nippenstraße 3. H. H. 2. Versteckter Elbert nebst Bierverleger Trautwein- straße 8. Tischlerei Jahn u. Höhne, Wilsdorfstraße 10,10. Regina- Reiterstrassen 13. Tischlerei v. Ködel, Lützenstraße 15,50. Nebenanen- fabrik Duhner-Bunke 11,20. Buchdruckeri Wilschma 11. Wilschma u. Co. 33,35. Barthelemy d. Firma Badmeier 15. Metallwarenfabrik u. H. Jemlin 12,50. Bau Holstein, Secht 19,90. Tischlerei Karolik, 3. Rate 10,10. Abt. v. Roldenbauer u. Co. d. Reibler, 2. Rate 17. Tischlerei Schärer 10. Firma Jammers 13,50. Metallwaren- Polierer, Tischler v. F. Jahn, 3. Rate 18,25. Tischlerei Selter u. Wolf, Kronstraße 22. Buchdruckeri August nach 6,55. Tischlerei P. v. Lübbe, Glaserstraße, 2. Rate 30,80. Barthelemy- Buchdruckeri Baum 6,50. Möbelfabrik Köhler 28,50. Bau Holsteinstraße d. Berger 13,25. Möbelfabrik Berndt, 2. Rate 34,25. Möbelfabrik Körner, 2. Rate 12,30. Möbelfabrik Rätz, Ranninstr. 2. Rate 17. Bau- Klempner Müller, Grünauerstraße 10,60. Ledige elende Sanger und Wirt 2,50. Sattlerwerkstatt Goldmann 6,50. Tischlerei Bortusch, 2. Rate 4,90. Kofferfabrik Lange, Weier u. Co., 2. Rate 5,50. Malerwerkstatt Rodnow 3,50. Reudeln Langer 1,50. J. 4,50. Buchdruckeri Bollmann, Schönhauser Allee 7,90. Ranninstr. Ranninstr. Kaufstraße 12. Maschinenarb. C. Kofke u. Co., 2. Rate 12,15. Tischlerei von Schödt, Heber- straße und Buchler C. Bödel 5,50. Treppengländer-Fabrik Schmidt u. Co., 2. Rate 17,60. H. G. 8. Adrestraße, Abt. Schumann 1. 26,60. Tischlerei Wegner, Wilmersdorf 37,50. Tischlerei Corloss 9,50. H. G. 8. Adrestraße, Saal 60,50. Prägeri A. u. H. 5,50. Tischlerei Brömer, Nollstraße, 11,30. Abt. d. Metallwarenfabrik Solms 10,50. Tischlerei A. Richter, Rüdersdorferstraße 30. Rabe, Alexandrinstraße 11,20. Buchdruckeri Schiller 10,20. Tischlerei von Jandson 5. Tischlerei von Ziegen 4. Arbeiter der Schuhfabrik Wimmer 11. H. G. 8. Saal 23 26,65. Bau Camphausen-Ges. Freilicht 3,50. Pianofabrik 2. Schmidt, Königsbergerstraße 9,65. Arbeiter der Firma A. Romow 13. Tischlerei Sauerwein, 3. Rate 10. Tischlerei Rühl, Redenan 7,45. Tischlerei Sienes, Brunnstraße 4. Tischlerei Reigrah, Königsberger- straße 6,70. Buchdruckeri Arbeiter Aug. König, Teltowerstraße 8,50. Tapezierwerkstatt der Firma C. G. Schumann, 3. Rate 16,90. Chef und Geleure der Firma H. G. 6. Schraubendreher Lüben u. Weis, Saal 20 19,70. Drahtweber S. Perm u. Gebr. Widmer 15. Tischlerei Gohom 26,65. Fabrik drauz. Instrumente Dewitt u. Herz 46,75. Klempner und Dreher der Gabelfabrik Mariendorf 63,05. Kamillon aus der Anton- straße durch H. Renzel 15. Metallarbeiter der Firma Simons 16,70. C. Hausfeld, Ren-Beckerstr. Kronprinzenstraße 12,35. Rehel 12. Abt. d. H. G. Glödenberg, Friedrichsplatz 2,05. Fabrikalonne H. Starke 7,90. Tischlerei von C. Oken, Brunnenstraße 7. Berliner Holzwärmer 15,65. Emil Böhl, Wilsdorfstraße 20,05. Centralverband der Rauter Deutschlands, Heigergasse Germerdorf 15,05. Schloffer u. Dreher v. Schmalenhan 11. Lichtleit 1,20. In Verammlung 5,25. Abt. d. Bau u. Hildbach, Hahlf. Hamslee 26,56. Möbelfabrik Otto u. Co. 8,50. Tischlerei Schumann, Groß- wilsdorfstr. 2. Rate 10. Tischlerei H. Ruffin, 2. Rate 24,10. Rabe bei Gebr. C. Rau, Wilsdorfstraße 3,05. Buchdruckeri von Gung u. Wolf 21,70. Gelangwerin „Reich an“, Bellemeier 3. Fortdankstellung der Fabrik, Land- und Holzarbeiter Leyel 4,40. Dreher C. F. Götz, Redenan, mit Wassermaschine einiger Kollegen 33,50. G. Bortenberger, Schneider 3. Leder- warenfabrik Artheliege u. Reimold 1,70. Tapezierer, Berlin W. 62 3. Fuchs Sauer, Berlin N. 38. Buchdruckeri 2,05. Streik beim Tischler, Schönberg 1. Goldschmiedfabrik Eitelde, 2. Rate 11,70. Bergelder von Reil Stolpe 7,80. Goldschmiedfabrik Ruffenberg, Bellemeier 9,00. J. 16,80. Reebald, Schaffelstraße 13. H. u. C. Karle, Wilmersdorfstraße 4,55. Verband der Glasarbeiter, Hauptstraße 399. Polarstein, Roodit 3. H. H. Buchdruckeri 2. Verband der Schneider, Berlin 150. Franz Müller 1,50. Eisenmiederfabrik Seiffert, Or. Ranninstr.straße 5,50. Bergelder v. G. Osterleben d. Spill 3. Köstler- Ufer 41 5,50. Glas- malerei-Arbeiter Altdorf 6. Raler, Reuban- Straße, Charlottenburg 5. Buchdruckeri Franke, Wilsdorfstraße 11. Glende Schneiderhase, Schönhauser Allee 7. Möbelfabrik Paul Schömmel 10. H. H. 1. Geburtsstättiger, Brunnstraße 2,90. Weher u. Co. 1. Rate 14,15. 1. Rate 9,80. Summa 24,25. Schulstättiger von Wosche 6,87. Jungblatt- Verbreitung d. Konsumgenossenschaft 2,95. Buchdruckeri v. Riebeck u. Lohsen 12,75. Sozialdem. Wahlverein, Bezirk Hummelberg 30. Verjakt 4,35. Tischlerei Wangel 11,15. Möbelfabrik Reim u. Gerlach 21. Reuban- Ranninstr. 6,70. H. Wagner 15,60. H. Ritz, Reubanstr. 5. Kumerl, Ranninstr. d. Thomas, Gerlachstr. 15,50. Abt. d. Firma Demislaw, Buchholz u. Co. 11,45. Vier rote Schloßkopfbreder 2. Unterhaltungslands d. Glasarbeiter in Strauß 50. H. G. 3. Buchdruckeri Gebr. Jeml 4,50. Summa 5104,80. Verzeichnis quittiert 40 972,52. Gesamtsumme 46 077,41. Weitere Beiträge werden in unsem Bureau in der Zeit von 9-1 und 6-8 Uhr entgegengenommen. Geber, welche mit der Post eingekant werden, sind an H. Köhler, Engel-Ufer 15, zu senden.

Eingegangene Druckschriften.

- Leo Deutsch. Sechzehn Jahre in Sibirien. Stuttgart 1903. Verlag von J. D. Diez Nachf. Preis 3 M., geb. 3,50 M.
- Das Bismarck-Geheimnis. Preis 80 Pf. Walter Fiedler, Leipzig 1901.
- Adolf Wagner. Die finanzielle Mitbestimmung der Gemeinden an kulturellen Staatsleistungen und die Entlohnung der Gemeinde-Einnahmen. Preis 1,50 M. Verlag Gustav Fischer, Jena 1903.

Witterungsübersicht vom 9. Dezember 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temper. in C. u. F. H.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temper. in C. u. F. H.
Elmshorn	758	SW	3	heiter	-1	Saparanda	763	SW	3	bedeckt	0
Hamburg	753	SW	3	bedeckt	1	Petersburg	769	SW	3	bedeckt	0
Berlin	769	SW	3	heiter	0	Corf	740	SW	3	heiter	0
Konstanz	757	SW	3	wollig	5	Usterben	—	—	—	—	—
München	761	SW	3	wollig	2	Bari	758	SW	3	Regen	5
Wien	762	SW	2	Regen	2						

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 10. Dezember 1903. Vielwolliget heiter, nachts Frost, am Tage ziemlich mild bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. **BERLIN O.** Frankfurter Allee 89.

Pelz-Stolas.

Seal Kanin, 6 Schweife, 2 Meter lang	10,50 M.
Skunksin, 6 Schweife, 2,20 Meter lang	27,00 M.
Nutria, 10 Schweife, 2,90 Meter lang	17,50 M.
Seal, imitiert, 6 Schweife, 2,50 Meter lang	18,00 M.
Nerz, imitiert, 4 Schweife, 2,20 Meter lang	16,50 M.
Astrachan, 6 Schweife, 2,30 Meter lang	16,50 M.

Colliers.

Nerz-Murmel	1,50 M.
Nutria	1,85 M.
Seal, imit.	1,75, 2,25 M.
Nerz-Murmel	4,50 M.
Seal, imit.	4,50 M.
Nutria	6,50 M.
Nerz-Murmel	6,00 M.
Nutria	10,50 M.
Seal Kanin	9,00 M.
Thibet weiss	10,50 M.
Thibet weiss	19,50 M.

Kinder-Garnituren.

Lammfell Muff und Kragen	3,50 2,85 M.
Thibetin Muff und Kragen	4,50 M.
Natur-Pahmi Muff und Kragen	5,00 M.
Eisvogel Muff und Kragen	4,00 5,00 M.
Echt Thibet Muff und Kragen	9,00 M.
Krimmer Muff und Kragen	1,75 M.

Pelzmützen.

Kanin für Herren und Knaben	1,25 M.
Murmel	1,75 M.
Seehund	2,75 M.
Rasé	2,00 M.
Nutria	4,00 M.

Taschen-Muffen

in allen Fellarten.

Muffen.

Schwarz Kanin	0,85 1,50 M.
Nerz-Murmel	2,50 3,50 M.
Nutria	3,25 4,50 M.
Seal Bisam	7,50 9,00 M.
Nutria auf Daunen	6,00 M.
Persianer	20,00 27,00 M.
Skunks	18,00 30,00 M.

Herren- und Knaben-Kragen.

Kanin für Knaben	1,75 M.
Murmel	3,00 M.
Rasé	2,50 M.
Nutria	4,00 M.
Kanin für Herren	2,50 M.
Murmel	4,00 M.
Seal, imit.	3,50 M.
Nutria	7,50 M.

Gratis-Weihnachtsgabe: Ein Prachtkalender für 1904. Ein elegant ausgestattetes Nickel-Tablett.

Vom 15. d. Mts. ab ist das Geschäft bis 10 Uhr abends, an den Sonntagen von 8—10 und 12—8 Uhr geöffnet.

Winterpaletots

jetzt enorm billig.

Saccos, Blusen u. Jakets, glatt u. m. besticktem Kragen 8, 10, 15 Mk. bis zu den apartesten Modellen in Eskimo, Zibeline, Astrachan und in allen neuen Noppe-Fantasiestoffen.
Plüsch-Capes, Plüsch-Paletots 30 Mk., 40 Mk.
 Schwarze bestickte Capes 12, 15, 20 Mk. für ältere Damen in Eskimo, Astrachan, in feinem Ripps.
Golf-Capes 7,50, 9, 12 Mk.
 Theater-Mäntel m. eleg. Pelzbes. 15 Mk., 20 Mk.
 Lange Golf-Paletots 12, 15 Mk.
 Blusen- u. Blusen-Paletots in Astrachan, Maulwurf, Plüsch, Eskimo u. a. Fantasiestoffen 15 Mk., 20 Mk.

Costümröcke

prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und Fantasiestoffen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk. in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
 Amerikan. fussfreie Strassenröcke jetzt 5,75, 9, 10 Mk.
 Jacken und Blusen-Costüme in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen 15, 20 Mk.
 Fussfreie amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.
 Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch nach Mass in 24 Stunden 18, 20, 25 Mk.
 Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
 Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen 5, 9 Mk.
 Eleg. Ballkleider u. Organdy-Kleider 20 Mk.
 Blusen in den neuest. Fantasiestreifen 1,50 Mk., 2,50 Mk.
 Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-Muster, elegante Façons 5,50, 7,50, 10 Mk.
 Morgenröcke, Matinéés und Jupons 2,50 Mk. 4,50 Mk. 6 Mk.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
 Massanfertigung.

Gelegenheitskauf!!

Pa. Spiekgans (Rollbrust) hochfein im Geschmack a Pfd. 1,20, sämtliche Waare-Artikel täglich frisch in großer Auswahl!

Hermann Leissner,
 Berlin C., Klosterstrasse 95.

Plüsch-Portieren,



bestehend aus zwei Shawls und einem Lambrequin gestickt, alle Farben, a Garnitur 25,—, 18,—, 12 Mk.

Velvet-Portieren, gestickt, in reicher Auswahl, sehr preiswert.

Tuch-Portieren, gestickt, a Garnitur 15,—, 13,—, 10 Mk.

Wollene Portieren, gestickt, a Garnitur 12,50, 10,—, 8 Mk.

Gewebe Portieren a Stück 6,—, 4,—, 3,—, 2,— 1,25 Mk.

Vorjährige Muster und Restbestände für die Hälfte des Preises.

Teppich-Haus 36042

B. Hurwitz,

Rotes Schloss, vis-a-vis dem Nationaldenkmal, Telephon 1, 8311.

In voriger Nacht hat man

die Preise nochmals herabgesetzt, wir verkaufen:
 Getragene Herren-Hosen zu 1,50 bis 3,50 Mark
 Getragene Herren-Anzüge zu 5, 6 bis 8 Mark
 Getragene Herren-Paletots zu 4, 5 bis 9 Mark
 Winter-Loden-Joppen zu 3,50 bis 5,50 Mark
 (Von feinsten Herrschaften, Reisenden und Kavalieren.)

„Blitz“, Reinigungs-Anstalt, Chausseestr. 80.
 NB. Von Herrschaften, die Garderobe verkaufen wollen, erbitte Postkarte. 3320L.*

Dr. Schönemann | **Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41.
 Spezialarzt für Haut-, Horn- und Drüsenleiden, Seydelstr. 9. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 141/10*
 12—1/3, 1/6—1/4, Sont. 9-11 | 10—2, 5—7, Sonntags 10—12 2-4

Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69, Laden.

Billige Klassiker-Ausgaben:

Börne, in Leinen, 3 Bände 6,— 2R	Kleist, in Leinen, 1 Band 1,75 M.
in Halbleder, 3 9,50	Körner, in Leinen, 1 Band 1,00
Bürger, in Leinen, 1 Band 1,75	in Halbleder, 1 2,40
in Halbleder, 1 2,75	Lenau, in Leinen, 1 Band 1,75
Brinckmann, in Leinen, 1 Bd. 2,—	in Halbleder, 1 2,70
in Halbled., 1 3,—	Lessing, in Leinen, 3 Bände 5,—
Chamisso, in Leinen, 1 Band 1,75	in Halbled., 3 7,50
in Halbled., 1 2,70	Ludwig, in Halbleder, 2 Bd. 6,—
Eichendorff, in Leinen, 2 Bd. 3,50	in Halbled., 1 3,—
ausgewählte Werke	in Halbled., 1 3,—
in Leinen, 1 Band 1,25	Reuter, billige Vollausgabe, in Leinen, 4 Bände 10,—
Freiligrath, in Leinen, 3 Bd. 15,—	in Leinen, 8 12,—
Gaudy, in Leinen, 1 Band 1,50	Rückert, in Leinen, 3 Bände 6,—
Goethe, in Leinen, 4 Bände 6,—	Schiller, in Leinen, 4 Bände 6,—
in Halbled., 6 15,—	in Halbled., 4 9,50
Grillparzer's Weistendramen	Shakespeare, in Leinen, 4 Bd. 6,—
in Leinen, 1 Band 1,75	in Halbled., 4 Bd. 9,50
Gaudy, in Leinen, 2 Bände 3,50	Stifter, in Leinen, 4 Bände 6,—
Heibel, in Leinen, 4 Bände 6,—	Storm, in Leinen, 4 Bände 24,—
Holbe, in Leinen, 4 Bände 6,—	Uhland, in Leinen, 1 Band 1,75
in Halbleder, 4 9,50	in Halbleder, 1 2,70
Hoffmann, in Leinen, 4 Bd. 8,—	

Billigste Photographische Handlung.

Handcamera zu 6 Aufnahmen, 6 x 9, mit Zeit- und Momentverschluss, 4,00 R. Vornelegant für 6 Aufnahmen, 9 x 12, mit 2 Spiegelverschlüssen, 9,00 R. Unterrichts! Handcamera „Germania“ für 12 Aufnahmen, 9 x 12, mit regulierbarem Zeit- und Momentverschluss und Bälblich, 20,00 R. Derselbe etwas einfacher 15,00 M. Nussbaum-Stativ-Apparat, 9 x 12, komplett, mit Objektiv-Stativ und doppelter Staffette, 10,00 R. Größe 13 x 18, mit doppeltem Bodan-Auszug u. Zahntrieb, komplett 35,00 R. inkl. Kplonat mit Neblende. Diplomne 2,00 R. Unterrichts gratis!

Hauptgeschäft: Junkerstr. 1. Grass & Wolff, Berlin. Potsdamerstr. 9.

Achtung.

Sie offerieren **Musikautomat** mit 12 Noten dazu 58/191*

Wert Mk. 300,00 für Mk. 100,00 bei Mk. 60,00

Anzahlung und RL. 40,00 Abzahlung.
Georg Brandt & Co., G. m. b. H., Berlin, Prinzessinnenstr. 19.

Witzglückte Mohrenwäsche.

Zum Thema „Der Liberalismus und die preussische Landtagswahl“.

Genosse Bernstein erfuhr uns um Aufnahme nachstehenden Artikels, der infolge Raummangels einige Tage zurückgestellt werden mußte:

Das freisinnige „Berliner Tageblatt“ kommt aus Anlaß eines Artikels, den der Unterzeichnete in den „Socialistischen Monatsheften“ veröffentlicht hat, auf die preussische Landtagswahl zurück und sucht die bei diesen Wahlen von seiner Partei beobachtete Taktik, die es ursprünglich verurteilt hatte, nachträglich zu verteidigen.

Es giebt keine noch so schlechte Sache in der Welt, für die sich nicht irgend welche Gründe aufreiben ließen. Aber man kann nicht aus der Qualität der Gründe, die für eine Sache von ihren Advokaten ins Feld geführt werden, mit erheblicher Sicherheit auf die Qualität der Sache selbst schließen. Je schlechter die Sache, um so faden- dünner ihre Verteidigung.

So auch hier. Eine schäntlichere Beurteilung konnte die Wahl- taktik der Freisinnigen gar nicht erfahren, als wie sie der Ver- leidigungsartikel des „Tageblatts“ wider Willen anspricht. Denn giebt es einen schärferen Beweis für die Schlechtigkeit einer Sache wie den, daß ihre Anwälte sich, um nur etwas zu ihren Gunsten vorzubringen, immer wieder zur Preisgabe der Wahrheit ge- nötigt sehen?

Der Verteidigungsartikel des „Berliner Tageblatts“ gipfelt in der Behauptung, die Socialdemokratie habe bei der Landtagswahl Forderungen aufgestellt, die in ihrer Anmaßlichkeit und namentlich in der Form, in der sie gegenüber dem Liberalismus begründet wurden, liberalen Männern, die auf die Fahne ihrer Partei hielten, unannehmbar sein mußten.

Da das Wahlprogramm, mit dem die Socialdemokratie in den Landtagswahlkampf trat, von der liberalen Presse, darunter nicht zuletzt das „Berliner Tageblatt“, als aus lauter Liberalen For- derungen zusammengesetzt bezeichnet worden ist, — kann sich diese Behauptung nur auf Forderungen hinsichtlich der Wahl-Unter- stützung beziehen. Und da steht sie mit den Thatsachen in schroffem Widerspruch.

Es ist nicht überflüssig, diese, auch sonst in der Freisinnpresse kolportierte Legende in ihr Nichts aufzulösen.

Was hat die Socialdemokratie von den Freisinnigen bei den Ur- wahlen verlangt? Das äußerste, was in dieser Hinsicht verlangt wurde, war, daß, wo socialistische und konservativen Wahl- mannskandidaten in Stichwahl kamen, die Freisinnigen für die ersteren stimmen sollten, wofür dann umgekehrt die Socialisten bei Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Konservativen die Freisinnigen zu unterstützen bereit waren. Also lediglich demokratische Gegenseitigkeit. Es wäre interessant zu erfahren, ob man freisinnigerseits auch in diesem Verlangen „Anmaßlichkeit“ erblickt.

Weshalb haben aber unsere Genossen sogar von dieser Forderung der Gegenseitigkeit Abstand genommen und sich damit begnügt, von den freisinnigen Kandidaten lediglich die Abgabe der Erklärung zu verlangen, daß sie in der Lage und bereit seien, bei der Ab- geordnetenwahl im Fall einer Stichwahl zwischen Socialdemokraten und Konservativen oder bei sonst erfolgter Verständigung für den Kandidaten der Socialdemokratie zu stimmen. Liegt darin etwa die „Anmaßlichkeit“? Oder geht nicht die durch das Abstimmungs- System und die offene Stimmgabe geschaffene Situation diese Forderung, die zudem allorts üblich ist, wo ähnliche Verhältnisse

entstehen, an sich selbst an? In diesen Orten, wo sie in die Freisinnigen, bedeutete die Forderung der Gegenseitigkeit bei den Urwahlen thatsächlich eine unverhältnismäßig größere Leistung der Socialdemokratie an die Freisinnigen, als von dieser an die Social- demokratie. Sie stellte diesen eine Volkstrakt zur Verfügung, welcher sie nichts Gleichwertiges an die Seite setzen konnten.

Die Forderung ist nun aber hinsichtlich der Abgeordnetenwahlen? Was hat da die Socialdemokratie von den Freisinnigen verlangt?

Nun, hier hat sie sich soweit jeder Forderung enthalten, die auch nur entfernt nach „Anmaßlichkeit“ auszuweisen könnte, daß sie vor den Urwahlen überhaupt nicht mit Mandatsforderungen an die Frei- sinnigen herantreten ist. Auf den verschiedenen Besprechungen der Partei, die der Landtagswahl galt, ist vielmehr stets der Gedanke einmüthig zum Ausdruck gekommen, daß Forderungen in Bezug auf Abgeordnetenmandate vernünftigerweise nicht erhoben werden könnten, nachdem die Urwahlen geendet hätten, welche Zahl von Wahl- männern die Partei aufzubringen im Stande sei. Von vornherein haben wir damit kundgegeben, daß wir unsre Forderung von unserer positiven Leistungsfähigkeit bei der Abgeordnetenwahl abhängig machen würden. Die Redaktion des „Berliner Tageblatts“ wird ersucht, sich darüber zu äußern, ob sie darin die von ihr behauptete Anmaßlichkeit erblickt?

Und als nun die Urwahlen vorüber waren, was hat da die Socialdemokratie faktisch an Mandaten verlangt? Will das „Tage- blatt“ behaupten, daß es „anmaßlich“ war, im Wahlkreise Teltow- Veeshow-Charlottenburg die Abtretung eines Mandats zu verlangen? Oder hatten die Dresdener Socialdemokraten auf Grund der Zahl ihrer Wahlmänner nicht ein Recht, für etwaige Unterstützung der Freisinnigen ein bis drei Mandate der Stadt Dresden zu ver- langen? Wo, wo in aller Welt, steht da die schreckliche An- maßlichkeit?

Aber das „Tageblatt“ klagt auch über den Ton, in dem die Socialdemokratischen Forderungen gestellt worden seien. In dem mit so großem Recht. Im Kampf selbst mag haben manch ver- legenheit. Aber wo unsere Genossen mit Innungen an die Freisinnigen herantreten sind, da haben sie auch im Ton das Rechte zu treffen gewußt. Der ebenso würdige wie höfliche Brief des Socialdemo- liberalen Wahlkomitees für Teltow- Veeshow- Char- lottenburg an die Liberalen Wahlkomitees dieses Kreises und die daraus ergangene Antwort, die genau das Gegenteil von dem wahr ist, was das „Tageblatt“ behauptet. Und nicht besser steht es mit der letzten „Forderung des „Tageblatts“: „Hätte die Socialdemokratie von Anfang an, hätte sie nicht bis zu den Urwahlen und noch dar- über hinaus erklärt, sie bezöge sich auf das ihr von liberaler Seite wahrlich eindringlich genug angetragene Wahl- bündnis — zweifelsohne wäre sie nun in den Besitz einiger Mandate gekommen.“ Wir sind bereit, den schwärzesten afrikanischen Regier- „Tageblatt“ auch nur den Schatten eines Beweises für diese Be- hauptung liefert, die eine der tollsten Umkehrungen des wahren Sachverhaltes bildet, der uns überhaupt vorgekommen. Daß die Socialdemokratie bereit war, zu jedem anständigen Wahlabkommen die Hand zu bieten, war den Führern des Freisinn lange, lange vor Ausschreibung der Landtagswahl bekannt. Im „Vorwärts“ ist es den Herren zahlmäßig vorgerechnet worden, wie viele Mandate durch ein solches Abkommen den Konservativen abgenommen werden könnten. Aber wer nichts von sich hören ließ, das waren die Führer des Freisinn — Herr Barth und seine Freunde ausgenommen, deren Schicksal bei der Wahl die drastischste Widerlegung dieser Tageblatt-Phantasie ist.

Rein, die Mohrenwäsche an der Freisinnigkeit ist vergebene Mühe, verheertes „Tageblatt“. Den Regier krieg auch die ärmste Seife nicht weiß. Und nicht nur vergebliche Mühe ist's. Hier gilt auch des Strafgesetzbuchs bekannte Formel: Der Versuch ist strafbar. Den Freisinn herausreden wollen, heißt eine politische Verteidigung, die den bürgerlich-radikalen Liberalismus in Preußen auf eine Tiefe heruntergedrückt hat, wie sie in keinem zweiten modernen Staats- wesen bei den entsprechenden Parteien anzutreffen ist. Hier ist nur

eines am Platz: Anklage, scharfe, unerbitliche Anklage. Und zwar gerade bei denen, die noch an eine Mission des Freisinn in Preußen glauben, ihn zu einer solchen anzurufen suchen.

Das „Tageblatt“ irrt sich, wenn es annimmt, daß in der Social- demokratie große Verdrüss über den Entgang der paar Mandate herrscht, auf die sie nach Lage der Dinge bestenfalls hoffen konnte. So nötig es gewesen wäre und ist, daß in der preussischen Kammer die Stimme der Arbeiterklasse Preußens gehört wird, so ist doch keiner unter uns so naiv, davon, daß ein paar Socialdemokraten im Landtag sitzen, an sich irgend welche nennenswerte Änderungen in den Zuständen zu erwarten. Für uns hat es sich in diesem Kampf um mehr gehandelt, als um die Erlangung einiger Mandate. Es ist das ganze System, dessen Ausfluß und Stütze das Dreiklassen- Wahlsystem ist, gegen das der Landtags- Wahlsystem socialdemokratischerseits geführt worden ist. Die Mandatsfrage stand für uns durchaus in zweiter Reihe, der Hauptkampf galt dem Sturm auf das elende Klassenwahl-System, das unsere Arbeiter sich nicht mehr gefallen lassen wollen und sich nicht länger gefallen lassen dürfen, wenn sie von dem Bewußtsein der Bedeutung und der Mission ihrer Klasse durchdrungen sind. Und so weit der Schreiber dieses die Stimmung in der Arbeiterschaft kennt, wird sie von dem Kampf, nun sie ihn einmal aufgenommen hat, auch nicht mehr ablassen, bis sie ihn siegreich ausgelämpft hat. Das mögen sich die Gegner der Social- demokratie, das mögen sich auch diejenigen Freunde gesagt sein lassen, die, weil wir nicht gleich im ersten Ansturm Mandate erlangt haben, nun von einem „Plaslo“ des Wahlkampfes reden. Thatsächlich war der Kampf nichts weniger als ein „Plaslo“. Unsere Arbeiter haben sich auf einem neuen Terrain bewegt, sie haben ihre Kraft dort probiert und gesehen, daß trotz all seiner Nichtswürdig- keiten selbst bei diesem Wahlsystem mit Macht gekämpft und, wenn alle diesmal gemachten Erfahrungen berücksichtigt werden, auch mancher Sieg erfochten werden kann. Es liegt gar kein Grund vor, die Hände ins Korn zu werfen.

Die Forderung an die Freisinnigen, uns im Verhältnis unserer Wahlmännerzahlen in den einzelnen Wahlkreisen Mandate abzutreten, war ein Gebot der Selbstachtung und zugleich die Probe auf den Ernst der Freisinnigen in dem von ihnen verkündeten „Kampf gegen die Reaktion“. Nur eine Partei, die bereit ist, ein sehr großes Stück mit der Socialdemokratie zu gehen, und die den Mut hat, die Partei der Arbeiterklasse auch „unter den Linden zu grünen“, könnte und kann diesen Kampf ernsthaft führen. Es wäre nicht Sentimen- talität, wie das „Tageblatt“ meint, sondern politische Klugheit ge- wesen, wenn die Freisinnigen in Berlin freiwillig der Social- demokratie die ihr gebührenden Mandate abgetreten hätten. Aber welchen Wahlsatz man auch anlegt, unter allen Gesichtspunkten hat der Freisinn in Preußen bei der Landtagswahl sich als die kurz- sichtigste, engherzige Partei erwiesen, die noch je als die äußerste Linke des liberalen Bürgertums aufgetreten ist.

Das Sanatorium Beelig.

Ans Anlaß des Artikels „Besuchstag in Beelig“, den wir im „Vorwärts“ vom 20. November veröffentlichten, richtet ein ehemaliger Patient des Sanatoriums ein längeres Schreiben an uns. Der Verfasser der Zuschrift stimmt unserer Ansicht, daß die Heil- stätte Beelig in ihrer Art ein Musterinstitut sei, nicht zu. Er bringt Klagen über verschiedene Angelegenheiten vor, um seine Ansicht zu begründen und meint, daß unser Artikel nicht die Zustimmung der Beeliger Patienten finden werde. Wir glauben dagegen, daß jeder, der unsern Artikel nicht mißverstehen, mit seinem Inhalt, namentlich auch mit unserm allgemeinen Urteil über die Anstalt, das sich natürlich nicht auf Einzelheiten erstreckt, einverstanden sein kann. Um aber auch die entgegengesetzte Anschauung zum Wort kommen zu lassen, bringen wir die Klagen des Einsenders hier zur Sprache. Sie beziehen sich nicht auf die Lungenheilstätte, sondern auf das Sanatorium, in welchem der Verfasser der Zuschrift als Patient weilte.

Zunächst beklagt er sich darüber, daß den Besuchern, die Mit- wochs nach Beelig fahren, der Eintritt in die Anstalt erst um 12 Uhr angesetzt ist, das heißt, eine Stunde nach der Ankunft des Zuges, der von den meisten Besuchern benutzt wird. — Diese Beschwerde halten auch wir für berechtigt. Es ist in der That nicht einzusehen, warum die Besuchszeit am Mittwoch später beginnen muß wie am Sonntag.

Was nun das Sanatorium selbst betrifft, so meint der Einsender, hier müßten Specialärzte angestellt werden, denn außer Kerkentendenden, die etwa zwei Drittel der Insassen aus- machen, beherberge das Sanatorium Patienten, die an den ver- schiedensten Krankheitsleiden, und diese würden alle von ein und demselben Assistenzarzt unter Leitung des Chefarztes behandelt. Uns scheint, daß der Einsender den Wert ärztlicher Specialbehandlung für Erholungsbedürftige — um solche handelt es sich doch bei den Insassen des Sanatoriums — überschätzt. Immerhin verdient dieser Beschwerdepunkt, daß er von den Sachverständigen geprüft und er- forderlichenfalls berücksichtigt werde.

Eine weitere, und wie wir gleich bemerken wollen, sehr berechtigte Klage ist die: Durch das Hin- und Hergehen der mit Holz- schuhen an den Füßen beledeten Patienten auf den mit fließendem Wasser bespülten Fußböden der Korridore wird ein äußerst lästiges und für Krankenkrankende geradezu unerträgliches Ge- räusch verursacht. — Dieser recht erhebliche Mißstand ist auch uns, als wir die Anstalt besuchten, aufgefallen. Wir glaubten aber eine Kritik unterlassen zu können, weil wir wissen, daß die Arbeitervertreter im Vorstände der Landes-Versicherungs- anstalt auf die Beseitigung dieses Uebelstandes hinwirken würden, und weil wir annehmen, daß ihnen dies auch gelänge. Öffentlich werden im Interesse der Kranken die Korridore des Sanatoriums recht bald mit schalldämpfenden Decken belegt. Von einem Versuch mit Violeum möchten wir abraten, da Violeumbelag in Räumen, die infolge ihrer Bauart jedes Geräusch erheblich verstärken — und das trifft auch in Beelig in hohem Maße zu — fast gar nicht schalldämpfend wirkt. Die Verwendung von Korkmatten würde das unerträgliche Geräusch der klappernden Holzschuhe sicher beseitigen. Etwas könnten aber die Patienten selber schon jetzt zur Milderung des besprochenen Uebels beitragen: Wenn sie nämlich mehr wie es jetzt geschieht, die Holzpfosten tragen würden, die ihnen außer den Holzschuhen zur Verfügung stehen.

In einem ferneren Beschwerdepunkt können wir dem Einsender nicht zustimmen. Er schreibt: „Im Gegensatz zum äußeren Prunk, der jeden Besucher blendet und gefangen nimmt, ist die innere Ein- richtung so nüchtern und unfreundlich wie nur möglich.“ Wir wollen unsern Genossen nicht zu nahe treten, aber das müssen wir doch sagen: Dies Urteil enthält eine starke Uebertreibung. Von „Prunk“, der uns „gefangen nehmen“ könnte, haben wir nichts bemerkt. Ohne auch nur im mindesten „geblendet“ zu sein, betraten wir eines der Wohngebäude der Patienten durch den Haupteingang und wir wurden angenehm überrascht durch den freundlichen Eindruck, den das einfache, aber geschmackvoll dekorierte, mit Gruppen von Topfpflanzen und Vasepflanzen ausgestattete Treppenhäuser auf uns machte. Nicht minder angenehm wirkt der Speisesaal, ja selbst auf den Korridoren finden sich erkerartige Nischen mit einem Blumenisch in der Mitte und Sitz- bänken an beiden Seiten. Recht anheimelnde Winkel, wo man gern ein Stündchen sitzt. Ob man derartig ausgestattete Räume schon findet oder nicht, das ist Geschmackssache. Nüchtern und unfreundlich sind sie auf keinen Fall. Sollte des Einsenders Urteil vielleicht den Schlafträumen gelten? Diese enthalten allerdings nur das Notwendige, sie sind ja aber nicht zum Aufenthalt am Tage bestimmt. Es ist durchaus richtig, wenn der Einsender meint, daß das Gefühl der Bezaglich- keit eine Bedingung des Heilerfolges bei Kernkrankten ist.

Wir haben den Eindruck, daß man sich auch bei der Ein- richtung des Sanatoriums Beelig von diesem Gedanken leiten ließ und ihn, soweit es die Umstände gestatten, ver- wirklicht hat. Freilich: Die Bezaglichkeit, die das eigne Heim demjenigen bereitet, der Sinn für Häuslichkeit hat, kann eine An- stalt, und wenn sie noch so vorzüglich eingerichtet wäre, niemals gewähren. Auch in der denkbar besten Anstalt wird der Kranke stets das Schmerzliche vermissen, was ihm die eigne Häuslichkeit in erster Linie wert macht: das trauliche Beisammensein mit den lieben Angehörigen. Die Trennung von der gewohnten Umgebung, der Verzicht auf alle kleinen Annehmlichkeiten, welche die eigne Häuslichkeit bietet, ist es wohl hauptsächlich, was auf die Stimmung der Kranken drückt. Dieser Umstand, verbunden mit den Beschwerden, welche die Krankheit selbst verursacht, dazu vielleicht die Sorge um die Zukunft, lassen dem Patienten manches viel unangenehmer erscheinen, wie es in Wirklichkeit ist. So erklärt sich jedenfalls auch die eben besprochene Ansicht unseres Einsenders, der sich schließlich noch darüber beklagt, daß die Patienten ohne Rücksicht auf ihr Alter und die Art ihrer Krankheit in den Schlafzimmern zusammengelegt werden, daß der Väter manchmal Semmeln mit Fleisch (vielleicht Schmalz) liefert und die Kartoffeln nicht schmackhaft zubereitet werden.

Zum Schluß noch eine Beschwerde, die uns berechtigt erscheint: Das Sanatorium bietet den Patienten Gelegenheit, zu ihrem Zeit- vertreib Drechsel-, Tischler- und Knäpfsarbeiten anzufertigen. Diese Einrichtung ist an sich gut. Wenn es aber zutrifft, was unser Einsender behauptet: daß einzelne des Gelderwerbes wegen den ganzen Tag bei solchen Arbeiten zubringen, dann sollten doch die einkünftigen Patienten, nötigenfalls mit Hilfe des Arztes, solchen arbeitswürdigen Renten klar machen, daß sie den Heilerfolg, also sich selbst durch ihr unermühtes Treiben schädigen.

Wenn wir die Klagen unser Genossen zum Teil für begründet halten, so wird das allgemeine Urteil, welches wir in dem Satz ausdrücken: „Die Heilstätte Beelig ist in ihrer Art ein Muster- institut“, dadurch nicht beeinflusst. Wenn man an die Krankenhäuser und Heilstätten denkt, die den pflege- bedürftigen Arbeitern bisher zur Verfügung standen, dann muß man, will man nicht ungerecht sein, zugeben, daß Beelig einen unerkennbaren Fortschritt zum Besseren darstellt. Wenn man die Vorzüge dieses Instituts anerkennt, so schließt das natürlich nicht aus, daß man nach Beseitigung von Mängeln, die der neuen Anstalt noch anhaften mögen, so wie nach weiteren Fortschritten und Verbesserungen strebt. Was in dieser Hinsicht noch zu thun ist, das können die Beteiligten getrost in die Hände der dem Vorstände der Landesversicherungs- anstalt Berlin angehörenden Arbeitervertreter legen, die, soweit es ihnen möglich ist, jeder Zeit bemüht sind, die Erfüllung be- rechtigter Wünsche der Interessenten durchzuführen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Richtung, Partei und Gewerkschaften!

Am Donnerstag, den 17. Dezember, finden in Berlin und Um- gebung 20 Versammlungen statt, die sich mit dem Klassenkampf in Gruppierung beschäftigen. Die Vereins- und Gewerkschafts-Vorstände werden gebeten, an diesem Tage keine andern Versammlungen ein- zuberufen.

Brit. Die Mitgliederversammlung findet am Freitag bei Weniger, Werderstr. 27, statt. Genosse Wuyth hält einen Vortrag.

Teget. Die Sammelliste Nr. 6 des Wahlvereins für die Grim- mitschauer Weber ist verloren gegangen, gezeichnet war noch nichts darauf. Der Finder wird gebeten, die Liste bei Paul Krause, Berlinerstr. 92, abzugeben.

Alt-Ostende. Sonntagnachmittag 4 Uhr findet die Mitglieder- versammlung des Wahlvereins bei Esch statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Lokales.

Das freisinnig-berlinische „Gefinderecht“.

Seit dem „Gefinde-Belohnungs- und Unterstützungs-Fonds“ ist aus dem letzten Etatsjahr nicht viel Neues zu melden. Die „segenreiche Einrichtung“, wie der Fonds von einem freisinnigen Stadtverordneten genannt wurde, als in der Stadtverordneten-Versammlung ein social- demokratischer Antrag zum mindesten die Beseitigung der un- gerechten Bestimmungen dieses veralteten Instituts forderte, wird von den Dienstboten nach wie vor sehr wenig „gewürdigt“. Die Dienst- boten sind zwar verpflichtet, zum Fonds beizusteuern, aber nach Lage der Sache kann man es nur begreiflich finden, daß die meisten es nicht sehr eilig haben, die lästige Pflicht zu erfüllen. Warum soll man, so fragen sie sich, Beiträge für eine Einrichtung zahlen, von der man voraussichtlich nichts haben wird?

Die 50 Pfennig-Beiträge, die von den Dienstboten beim Antritt ihres ersten Dienstes sowie bei jedem Wechsel des Dienstes zum Fonds gezahlt werden müssen, sind ja im Etatsjahr 1902/3 etwas zahlreicher eingegangen. Im vorletzten Jahre wurden aus 50 400 Beiträgen 25 200 M. vereinnahmt, im letzten Jahre brachten 50 820 Beiträge 25 410 M. Noch stärker hat sich aber die Zahl der in Rest gebliebenen Beiträge vermehrt. Im vorletzten Jahre waren es 5440, im letzten 5961. Früher wurde in den Jahresberichten über die Verwaltung des Fonds jedesmal ein Klagegedell angestimmt, wenn die Restanten sich wieder vermehrt hatten. Der neueste Bericht schweigt darüber. Man scheint allmählich eingesehen zu haben, daß diese Klagen recht die Aufmerksamkeit auf den famosen Fonds und die Ungerechtigkeit seines Statuts lenken.

Der „Segen“ des Gefinde-Belohnungs- und Unterstützungs- Fonds, der etwa die Hälfte seiner Einnahmen aus den Beiträgen der Dienstboten, die andre Hälfte größtenteils aus Kapitalzinsen zieht, kommt nur einer ganz geringen Anzahl Dienstboten zu gute. Der alt und arbeitsunfähig geworden ist und sich in Not befindet und im übrigen in langer Dienstzeit es mit seiner „Herrschaffen“ verdorben hat, der „Lann“ aus dem Fonds unterstützt werden. Im letzten Jahre genossen 257 Personen dieses seltenen Glück, 90 wurden im Gefindehospital versorgt, 167 bezogen bare Unter- stützungen von durchschnittlich noch nicht 100 M. im Jahre. Auch sie mußten sich, trotz der einst gezahlten Beiträge, noch als Almosenempfänger betrachten. Denn zu verlangen hat kein Dienst- bote etwas aus dem Fonds. Die Unterstützten müssen sogar das Erbrecht an die Stadt abtreten — ganz so, wie es bei Almosen- empfangern üblich ist. Neu sind im letzten Jahre nur 10 im Hospital zu versorgende und 18 mit Geld zu unterstützende Personen hinzugekommen. So häufig gering sind für alte, arbeitsunfähig ge- wordene Dienstboten die Ausflüchte, einmal aus dem Fonds „be- lohnt“ zu werden.

Es wäre für die städtischen Behörden ein Leichtes, entweder den Gefinde-Belohnungs- und Unterstützungs-Fonds überhaupt aufzu- heben und dann die Dienstboten im hilflosen Alter wie jeden andern Unterstützungsbedürftigen zu behandeln, oder wenigstens die Un- gerechtigkeit der Beitragspflicht zu beseitigen. Aber weder das eine noch das andre geschieht. Der Freisinn hat, wo er als politische Partei auftritt, immer auf das allgemeine preussische „Gefinderecht“

geschloffen. In der Kommunalverwaltung der Landeshauptstadt hat er seine Hand gerührt, um das spezielle Berliner „Gesundheitsgesetz“ aus der Welt zu schaffen. Dieser oben erwähnte freisinnige Stadtverordnete traf durchaus die Stimmung seiner Parteifreunde, als er erklärte, man solle „an dieser feigenreichen Einrichtung nicht rütteln“. Und der Mann ist nicht einmal einer von den sogenannten „Kommunalfreisinnigen“, sondern gehört zu derjenigen Fraktion, die in der Kommune den „echten und wahren Liberalismus“ zu bezeugen behauptet.

Als Verkäuferin.

Einen Mustervertrag hat eine hiesige Spirituosenfirma dem Personal ihrer zahlreichen Verkaufsstellen dieser Tage zur Unterzeichnung vorgelegt. Kassenleiterinnen erhalten neben freier Wohnung ein Monatsgehalt von 10 bis 30 M. Nun hat die Firma ihren Angestellten eine „Verbesserung“ aufgehängt, für die ihr wohl niemand dankbar sein wird. Sie teilt nämlich den Kassenleiterinnen der Niederlagen mit, daß sie sie auf „besseren Verdienst“ stellen wolle, um sie „mehr als bisher an dem Verkauf zu interessieren“. Diese „Verbesserung“ besteht darin, daß die bisherige Vergütung von ein Prozent für die 100 M. wöchentlich übersteigenden Einnahmen vom 1. Januar ab fortfallen und statt dessen ein Prozent von allen Einnahmen vergütet werden soll. Das würde allerdings eine, wenn auch nicht sehr bedeutende Verbesserung sein, würde sie nicht in Frage gestellt durch die Klausel: „Diese Vergütung ist eine freiwillige, zu welcher wir (die Firma) nicht verpflichtet sind und die jederzeit von uns widerrufen werden kann.“

Der Ansicht haben will, diese Vergütung, deren Gewährung ganz im Belieben der Firma steht, zu erlangen, muß man in den nächsten ein Jahr als Vertreterin einer Niederlage thätig gewesen sein. — Die Vergütung wird nicht gegeben: 1. Wenn die Geschäftsführerin vor Ablauf eines Jahres entlassen wird, oder wenn sie kündigt. 2. Wenn die Bestandaufnahme ein größeres Marko ergibt. 3. Wenn die Anordnungen der Firma nicht befolgt werden. 4. Wenn ersichtlich wird, daß die Geschäftsführerin sich zur Hebung des Geschäfts keine Mühe giebt. 5. Wenn Nachlässigkeit, Unsauberkeit oder Inertheit ermittelt wird.

Ob unter diesen Umständen überhaupt eine Geschäftsführerin in den Genuß der „Verbesserung“ kommen wird, darf wohl mit Recht bezweifelt werden. Trotzdem legt die Firma den Geschäftsführerinnen sofort eine Gegenleistung für die fragwürdige Verbesserung auf. Verschiedene „Kleinigkeiten“, wie Schreib-, Fuß- und Reinigungsmaterial, welche die Firma bisher lieferte, sollen die Inhaberinnen der Niederlagen jetzt aus eignen Mitteln beschaffen. Das heißt ein Geschäft, aber nicht für die armen Verkäuferinnen.

Da die Firma einmal beim Anhängen von „Verbesserungen“ war, so hat sie sich selbst auch mit einer zweifellosen, aber durchaus ungeschicklichen Verbesserung bedacht. Von allen Verkäuferinnen und Vertreterinnen fordert die Firma, daß sie auf die Vergütung, welche der § 83 des Handels-Gesetzbuches den Angestellten gewährt, verzichten. Es handelt sich nämlich um die Bestimmung, wonach der durch unverschuldeten Inhaft an der Leistung seiner Dienste verhinderte Handlungsgehilfe während dieser Zeit sechs Wochen lang Anspruch auf Gehalt hat.

Darin, daß eine Verpflichtung, die das Handelsgesetz dem Geschäftsinhaber auferlegt, durch einen Fehltrick einfach beseitigt werden kann, dürfte sich die Firma doch irren, wenn auch die Angestellten, von der Not getrieben, sich bereit finden, eine so rigorose Abmachung zu unterschreiben. Bezeichnend ist es, daß die Firma mit ihren „Verbesserungen“ gerade jetzt kommt, wo die Angestellten auf erhöhten Abgang und besseren Verdienst aus Anlaß der Weihnachtszeit hoffen und deshalb gegenwärtig ihre Stellung nicht gern aufgeben.

Und noch einmal Bernau. Lieber die Benutzung von Kirchen zu Wahlzwecken schieb, läßt bevor sich die Sozialdemokratie an den Landtagswahlen beteiligte, ein bürgerlicher Schriftsteller (Siegfried-Königsberg):

„Ja kann nur sagen, daß mich dies auf das tiefste indigniert hat und jeder Mensch von religiösem Gefühl wird mir sicher darin recht geben, daß Kirchen sich durchaus nicht zu Wahllokale eignen, namentlich nicht, wenn die betreffende Wahlhandlung, wie dies bei den Abgeordnetenwahlen unvermeidlich ist, zeitweise unter großer Unruhe, sowie unter sonstigen für eine Kirche ganz ungeschicklichen Umständen vor sich geht.“

Wir haben in untrer Nr. 187 von 1902 dieses Citat gebracht und damals unsere Frommen besonders auf die Hauptkirche in Bernau hingewiesen, während Siegfried speziell Kirchen in den Provinzen Preußen im Auge hatte. Warum haben damals die „Kreuz-Bl.“ und ihregleichen geschwiegen, als es noch Zeit war, ähnlichen Vorgehen vorzubeugen?

Die Verlängerung der Stadtbahnstrecke ist bekanntlich durchgeführt, soweit sie die Stadtbahn selbst betrifft. Um aber eine glatte Ueberleitung der Vorortzüge über die Stadtbahn zu ermöglichen, ist es erforderlich, sämtliche Bahnstrecken der Vorortstationen Eichmühl und Grunewald zu erhöhen. Auf der Station Grunewald ist dies bereits zum Teil geschehen. Auch die Verlängerung der Bahnstrecke der Ringbahn ist erst zum kleinen Teil durchgeführt. Es ist erst etwa der dritte Teil der Bahnstrecke umgebaut. Im Laufe des Winters sollen zunächst Halensee, Westend, Strauß-Annenlohn mit je zwei Bahnstrecken an die Reihe kommen. Dann folgen Prenzlauer und Landsberger Allee. Von den übrigen zwölf folgen die mit dem dichtesten Verkehr zuerst. Die Erhöhung soll von jetzt an so vorgenommen werden, daß neben den Gleisen Streifen in Cementbeton in einer Breite von zwei Meter bei Nacht verlegt werden. Bei Tage wird dann der Rest durch Erdauflagerung bedeckt. Rosaillpflaster bildet die Decke. Diese Bauweise geht besonders schnell von hanteln, so daß die Befähigung der Reisenden auf das denkbar geringste Maß beschränkt bleibt. Sie bietet gleichzeitig die größte Sicherheit gegen Unfälle.

Achtuhr-Ladenschluß in der Nähmaschinen-Branche. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 139 f. der Reichs-Gewerbe-Ordnung ordne ich hiermit an, daß innerhalb der Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg und Schöneberg die offenen Verkaufsstellen der Nähmaschinen-Branche vom 1. Januar 1904 ab in der Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Zuwiderhandlungen werden nach § 146a der Reichs-Gewerbe-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 600 M., im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

Die Wahlen zum Direktorium der Akademischen Lesehalle haben ihr Ende erreicht. Es wurden gewählt: acht Mitglieder des antisemitischen Vereins deutscher Studenten, zwei Mitglieder der freien wissenschaftlichen Vereinigung, zwei Mitglieder der katholischen Korporationen und zwei Mitglieder des Vereins jüdischer Studenten.

Wenn der Arbeiter alt wird, dann sucht der Unternehmer sich seiner zu entledigen. Je nachdem geschieht dies auf schändliche oder rohe Art. Gewiß kommt es vor, daß ein Proletarier mit einem „Grenzenfeld“ von einigen hundert Mark auf's Altenteil gesetzt wird, doch sind dies die Ausnahmen; zumeist wird der bequemere Weg der einfachen Entlassung gewählt. Geschäftliche Unternehmer verstehen es auch, den auf's Korn genommenen Mann zu irgend einer Hebung oder Handlung des Unwillens zu provozieren; geht der Tölpel in die Saiten, dann hat der Prinzipal den moralischen Vorteil, daß er sich des unbedarfen gewordenen Greises mit einem Schein von Recht entledigen kann. Nicht allein solche Betriebe, die der Kontrolle der Öffentlichkeit sich nicht ausgesetzt glauben, suchen sich auf diese Weise einen Stamm von brauchbaren Arbeitern zu erhalten, sondern auch Unternehmungen, deren Wirtschaftlichkeit so zu sagen vor aller Augen offen liegt, handeln nach dem als vortheilhaft betrachteten Rezept. Erst vor kurzem hatten wir über den Druckereibetrieb des Schwarzenberger-Verlags zu berichten,

daß dort eine 53-Jährige alte Arbeiterin zur Feier ihres 25-jährigen Arbeitsjubiläums auf die Strafe gesetzt wurde. Ein ähnlicher Fall, der allerdings schon ein paar Monate zurückliegt, wird uns aus der Druckerei der Altenteiler-Gesellschaft „National-Zeitung“ gemeldet. Dort ist vier Arbeiterinnen gelündigt worden, die zusammen 78 Jahre (27, 23, 18 und 10 Jahre) im Geschäft thätig waren. Als Grund für die Entlassung gab der Faktor an, daß das Personal verringert werden müsse; es sei so wenig zu thun. Wenn auch diese Mitteilung richtig gewesen wäre, so hätte die Auswahl gerade der ältesten Arbeiter Empörung erregen müssen; tatsächlich lagen im Betriebe die Dinge so, daß tagtäglich zur Mittagszeit, wenn sich nach Schluß der Briebe die Arbeit häufte, 25 Mann aus einer andern Abteilung in die Zeitung zur Ausbilde überfiedeln mußten.

Einer der gekündigten alten Arbeiter richtete an den Direktor der Gesellschaft, Herrn Victor Hahn, eine Zuschrift, worin er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Entlassung von ihm nicht gebilligt werde. Die weiter in dem Schreiben erbetene Unterredung wurde dem Abfender der Zuschrift zugestanden. Herr Hahn erklärte, daß im Betriebe gespart werden müsse, doch könne er die Entlassung gerade der ältesten Arbeiter nicht billigen. Zudem er dem Gesamtergebnisse eine zufriedenstellende Lösung der Angelegenheit in Aussicht stellte, verwies er ihn an den Geschäftsführer Voigt, einen ehemaligen Schriftsetzer. Bei diesem kam der alte Arbeiter allerdings schon an. Als er darauf aufmerksam machte, daß er 27 Jahre im Geschäft thätig sei, antwortete Herr Voigt: „Na, warum bleiben Sie denn so lange hier? Sie hätten ja schon lange aufhören können; im übrigen können Sie zufrieden sein, daß Sie so lange hier arbeiten konnten, Ihre Kollegen bummeln alle Augenblicke.“ Als der Setzer dem Geschäftsführer weiter andeutete, daß der Aufsichtsrat mit der Maßregelung jedenfalls nicht einverstanden sein werde, entgegnete Herr Voigt, daß er sich in dieser Beziehung von keinem Aufsichtsrat Vorurteilen machen ließe; er habe die Druckerei in die Höhe gebracht, und die Aktionäre wollten nicht jedes Jahr 180 000 M. zulegen. Zuletzt kam das Anerbieten, daß der gekündigte Setzer gegen einen beträchtlich verringerten Lohn so lange im Betriebe bleiben möge, bis er eine andre Stellung gefunden habe; auf dies Gnadenbrot verzichtete der alte Setzer jedoch.

Wie tapfer konnte doch die bürgerliche Presse schreiben, als im Sommer dieses Jahres über die „Vorwärts“-Druckerei Mitteilungen verbreitet wurden, die sich nachträglich als Lug und Trug erwiesen. Ob diese Presse angesichts des vorliegenden Falles ebenfalls ihr arbeiterfreundliches Herz entdeden wird?

Zum Ankauf von Brennmaterial erhalten die hier ortsangehörigen Armenempfänger und Pflegemütter mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen von der städtischen Armenverwaltung ausschließlich zu Anfang Januar eine Geldunterstützung. Die Unterstützung wird nach dem Grade der Bedürftigkeit bemessen und beträgt 6—10 M. Im Januar 1903 sind an 36 110 Personen (30 803 Armenempfänger und 5307 Pflegemütter) zusammen 285 400 M., durchschnittlich pro Person 7,90 M. gezahlt worden. Im Vorjahre wurden 34 500 Personen mit 272 904 M. unterstützt.

Auf der Vorortstrecke der Görlitzer Bahn werden die Bauarbeiten bis in den Winter hinein fortgesetzt, so lange es die Witterung irgend gestattet. An mehreren Stellen, wo der Bahndamm Fahrstraßen oder Wasserläufe kreuzt, wird fleißig an den Brückenbauten gearbeitet, die durch die Verbreiterung und Höherlegung des Bahnkörpers erforderlich geworden sind. Hinter dem Treptower Park wird jetzt bei der Ueberbrückung des von Nigdorf nach dem Plänterwald sich hinziehenden „Dammweges“ mit der Aufbringung der Eisenkonstruktion begonnen. Vor dem Bahnhof Baumshulentweg sind besonders die Bauten an der Einmündung der Bahnlinie Nigdorf-Baumshulentweg-Niederhönoweide in die Görlitzer Bahn in der letzten Zeit erheblich gefördert worden. Diese bisher nur für den Güterverkehr benutzte Linie soll nach Fertigstellung des Umbaus der Görlitzer Bahn auch dem Personendverkehr dienen. Sie wird von Westen her unter den Gleisen der Görlitzer Bahn hindurchgeführt und wird dann auf der Ostseite in den Bahnhof Baumshulentweg einlaufen. Zwischen Baumshulentweg und Niederhönoweide wird außer einigen kleineren Brückenbauten eine Ueberbrückung des Teltowkanals nötig, dessen Zweigstrecke Wrig-Plänterwald hier unter dem Bahndamm hinweggeführt wird. Der Bau des nördlichen Widerlagers der Kanalbrücke ist in Angriff genommen worden.

Der Italiener Francesco Forgerini, der in der Schönhauser Allee seine frühere Geliebte Charlotte Nisch durch Messerstiche schwer verletz, hat sich im Untersuchungsgefängnis erhängt. Die Nisch ist aus der Charité entlassen worden; sie ist noch nicht wieder arbeitsfähig, aber vollkommen außer Lebensgefahr.

Zu dem räuberischen Mordfall im Buch wird mitgeteilt, daß der Stallknecht Andreas Eisenmann Dienstagabend von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen worden ist. Er hatte ein Vermittlungsbüreau in der Kobalistrasse aufgeschlagen und bemühte sich um eine Stellung in einem kleinen Orte irgendwo in der Provinz. Eisenmann bestreite, sich eines Raubmordversuchs schuldig gemacht zu haben, will vielmehr den Stallknecht v. d. Alen nur aus Fälschlichkeit angeschossen haben. Diese Darstellung soll jedoch nach der Aussage des Verurteilten, der im Krankenhaus zu Bernau vom Untersuchungsrichter vernommen wurde, und den weiteren Ermittlungen nicht glaubhaft sein.

Weiteres zur Revolveraffäre. Der vorgestern bei der Revolverentladung auf dem Spittelmarkt Verunglückte ist seiner Person nach festgehalten worden als der 14-jährige Handlungslehrling Gottlob Klumpart, der, aus Böhmen gebürtig, mit seinen Eltern, einem Bruder und einer Schwester in der Raumhitzerstraße 20 wohnt. Der Vater, Arbeiter Klumpart, las Dienstagabend in der Zeitung den Bericht über die tragische Straßenszene und kam, da sein Sohn nicht nach Hause zurückkehrte, auf den Gedanken, daß er der Verunglückte sein könnte. Seine Besorgungen beschäftigten sich Klumpart kam gestern früh nach der Charité und erkannte in dem Toten seinen Sohn. Dieser ist ein Opfer der Reuzier geworden. In dem Damenkonfektionsgeschäft von Rosenhal am Werderischen Markt in der Lehre, fuhr er jeden Tag von seiner Wohnung mit dem Omnibus dorthin. Vorgestern morgen sah er auf dem Spittelmarkt den Anlauf und zog ab, um zu sehen, was es gebe. Der traurige Vorfall giebt dem bedauernswerten Schützen, dem jugendlichen Kaufmann Paul A. in Nigdorf, Veranlassung, sich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit zu wenden: „Als ich am gestrigen Morgen auf dem Spittelmarkt eine Menschenanammlung gewahrte, sah ich, wie mitten in dieser Menge ein Schwamm mit einem Leuchter-Revolver hantierte. Der Revolver war gespannt, und die Situation sah gefährlich aus. Da ich eine Gefahr abwenden wollte, sagte ich zum Schwamm: „Legen Sie den Daumen auf den Hahn, lassen Sie ihn langsam herunter und entleeren Sie dann die Trommel.“ Der Schwamm sagte darauf: er kenne Kroneckerrevolver, aber diese Konstruktion nicht, worauf ich mich erbot, die Waffe zu entladen. Wir müßten aber beiseite treten, und ich gedachte die Vorfront, zwischen Pant und Rosenplatz zu treten. Den Rücken nach dem Publikum gewandt, wollte ich die Entladung vornehmen, als mich die Menge von hinten dicht umdrängte und der Aufforderung des Beamten, zurückzutreten, nicht nachkam. Einer aus der Menge rief: „Sie müssen erst die Sicherung lösen, zeigen Sie mal her.“ Dabei schloß ich meinen Arm ergreifen, er zog förmlich hoch, der Schwamm entließ sich — und traf den unglücklichen jungen Mann, der sich übrigens besonders weit vorgebeugt hatte! Ich brachte den Verunglückten selbst zur Unfallstation. Der Sozialist hielte sich so blödsinnig ab, daß ruhiges Erwägen gar nicht Platz greifen konnte. Bei dem unvernünftigen Drängen des Publikums konnte ich gar nicht zum Entladen schreiten, was sonst gefahrlos vor sich gegangen wäre. Den Aufforderungen des Beamten, auseinanderzugehen, leistete übrigens das Publikum nicht Folge. So hat eine Verletzung von unglücklichen Zufällen den tragischen Tod des jungen Mannes herbeigeführt, der mich in der innersten Seele schmerzt.“

Die Eifersucht. In der Nacht zu gestern gegen 12 Uhr versuchte der 23 Jahre alte Kaufmann Winke, der in Wilmersdorf in einem Cigarengeschäft thätig ist, in der Sophie Charlottenstraße den 23 Jahre alten Kaufmann Hellmer aus der Sophie Charlottenstraße 88, als dieser zufällig mit der ehemaligen Braut des Winke, der 19 Jahre alten Verkäuferin Louise Weber, dort entlang ging, mit einem Revolver zu erschließen. Die Stange ging aber, da Hellmer sofort nach seinem Angreifer griff, nur in den Modatuel, ohne Hellmer zu verletzen.

Winke war lange Zeit mit der Weber, die in demselben Hause wie Hellmer wohnte, verlobt. Dieses Verlöbniß war vor kurzem von der Braut gelöst worden. Er wollte sich aber nicht so leicht trennen, verfolgte das Mädchen fortwährend und drohte ihr brieflich, daß er sich rächen werde. Als nun Fräulein Weber in der vergangenen Nacht spät aus Berlin, wo sie im Geschäft thätig war, zurückkehrte, war es ihr angenehm, daß Hellmer, den sie vom Sehen als Sohn des Verwalters ihres Hauses kannte, ihr seine Begleitung antrug. Dies wäre H. bald zum Verhängnis geworden, da ihm kurz vor dem Hause Winke, der ihn für einen Liebhaber seiner treulosen Braut hielt, mit den Worten „Wie können Sie mit meiner Braut posieren!“ gegenübertrat und auf ihn feuerte. Bei dem Revolverhören, der in Haft genommen wurde, ist außer dem noch mit fünf scharfen Patronen geladenen Revolver noch eine Schachtel mit scharfen Patronen vorgefunden worden.

Durch einen Sturz vom Gerüst verunglückte der Klempner Drehwisch aus der Reichensbergerstr. 181 auf einem Bau in Charlottenburg. Er zog sich schwere Verletzungen am Kopfe zu und mußte mit einem Sanitätswagen nach Berlin in ein Krankenhaus gebracht werden.

Das Opfer eines Unfalls ist der 46 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Erlach aus der Hochstr. 2a geworden, der in der Eisengießerei von Köffmann u. Kühnemann beschäftigt war. Erlach begleitete kürzlich einen Kutscher, der Eisenstangen abfuhr. Auf dem Rückwege fiel er auf dem Alexanderplatz so unglücklich vom Wagen, daß ihm das linke Vorderrad über das rechte Bein ging. Das Bein wurde im Krankenhaus am Friedrichshain abgenommen, der Verunglückte war aber doch nicht zu retten.

Feuerbericht. Mittwochabend gegen 5 Uhr wurde die Wehr nach der Vellestr. 10 gerufen, wo in einer Dachwohnung des Vorderhauses ein größeres Feuer ausgebrochen war. Betten, Möbel, Kleidungsstücke standen in Flammen; auch die Decke zum Boden war an einigen Stellen bereits durchschlagen. Nachts 4 Uhr hatte die dritte Kompanie in der Mittenwalderstr. 28 einen Küchenbrand zu beseitigen, der neben Küchenschöbeln auch den Fußboden beschädigte. In der Potsdamerstr. 28a ging Dienstagabend der Inhalt eines Schaufensers in Flammen auf, die indes bald erlosch werden konnten. Kurz vorher kamen fast gleichzeitig in der Weihenburgerstraße 28 und am Zionskirchplatz 3 Zimmerbrände aus. Tapeten, Decken und Wäschestücke wurden in wesentlichen in beiden Fällen vernichtet. Die übrigen Alarmierungen, die die Wehr im Laufe des Dienstags noch nach der Vellestr. 116, Kreuzbergstraße usw. führten, betrafen Brände, die vor Eintreffen der Löschzüge bereits von Hausbewohnern beseitigt waren.

Freie Volkshöhe. Sonntag, den 13. d. Mts., abends 7 Uhr findet der Villencron-Abend im Gewerkschaftshaus statt. Es wirken recitatorisch mit: Frau Gertrud Arnold vom Schiller-Theater und Herr Friedrich Kähler. Die von modernen Komponisten vertonten Villencron'schen Gedichte bringt der Baritonist Hans Schröder zu Gehör. Am Klavier: Richard Kurck. Eintrittskarten a 0,25 M. sind wie an den bisherigen Abenden in den bekannten Adt Zahlstellen erhältlich. Programme mit Texten der Lieder sind an der Abendkasse erhältlich.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Musik und Gesang findet nicht am Freitag, sondern am Samstag, statt.

Gerhart Hauptmann als Revisor und als Künstler bildet den Gegenstand des III. vollständigen Abends der Stadt Schöneberg am 13. Dezember 7 Uhr in der Hohenzollernschule, Eisenstraße. Außer einigen im Druck nicht erschienenen Gedichten, werden Bruchstücke aus den Dramen: „Hannele“, „Rose Bernd“, „Verfälschte Blüte“ von der Hofkapellmeisterin Gertrud von Hagen, Bruchstücke aus den „Webern“, „Florian Geher“, „Schlund und Jau“, sowie die Preisfälsche „Bühnenarbeiter Thiel“ u. von Dr. Gustav Wand gelesen. Einige wenig bekannte Gedichte von Max Marschall, Robert Kahn, Hans Hermann komponiert, werden von Frau Gina Götz-Letz gesungen werden. Den einleitenden Vortrag hält Kurt Walter Goldschmidt. Karten a 30 Pf. auf allen Plätzen, sind im Westen in den auf dem Plakat bekanntgegebenen Geschäften, sowie im Bureau des Vereins zur Förderung der Kunst, Praterstr. 1, Verlag Bloch, zu haben.

Theater. Im Schiller-Theater befindet sich neben dem Lustspiel „Der Compagnon“ von Adolph L'Arronge, das Mitte nächster Woche zum erstenmal im Schiller-Theater O. (Wälder-Theater) in Scene geht, die Komödie „College Crampton“ von Gerhart Hauptmann in Vorbereitung, die ebenfalls in nächster Woche zum erstenmal im Schiller-Theater N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) zur Aufführung gelangt. — Maurice Ordonneau, der bekannte Verfasser der zugkräftigen Operette „Madame Cherry“, sowie vieler anderer bekannter Werke, hat ein neues Operetten-Libretto „Das Schwalbennest“ verfaßt, das nach vor dem Weihnachtsfestigen am Central-Theater zur erstmaligen Aufführung gelangt. — Im Luifen-Theater geht heute, Donnerstag, zum erstenmal „Reif-Reiflingen“ von Gustav v. Moser in Scene. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Stauffen, Ehlba, Hüstel, Vottstein und der Herren Bartels, Kruszynski, Wald und Toussaint.

Aus den Nachbarorten.

Adershof. Der Geschäftsbericht der Konsum-Genossenschaft von Adershof und Umgegend, welcher den Mitgliedern jetzt zugestellt ist, läßt die erfreuliche Entwicklung der Genossenschaft im letzten Geschäftsjahre erkennen. Der Umsatz in den beiden Verkaufsstellen, Adershof, Hadenbergstr. 29, und Alt-Güteride, Adeniederstr. 32, ist von 70 195 M. im Vorjahre auf 124 718 M. im letzten Jahre gestiegen; im Durchschnitt betrug der Umsatz pro Mitglied 238,60 M. Der Mitgliederstand stieg von 378 auf 492, also ist eine Zunahme von 114 Mitgliedern eingetreten. In den 2 1/2 Jahren ihres Bestehens konnte die Genossenschaft an ihre Mitglieder 9299,75 M. aus dem Reingewinn zurückzahlen. An Gehältern zahlte sie 5945 M., außerdem werden die Krankenbeiträge sowie die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung von der Genossenschaft ganz gezahlt, auch hat sie das Personal gegen Unfall versichert. Bei der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, an welche die Genossenschaft angeschlossen ist, betrug der Umsatz über 49 000 M., gegenüber dem gesamten Einkauf ca. 45 Proz.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Der jüngst vorgekommene Eisenbahnunfall bei der Station Reinickendorf-Rosenthal (Nordbahn) hat eine genaue Untersuchung der dortigen Verhältnisse zur Folge gehabt. Der Eisenbahnpräsident Kranold hatte erst wenige Tage vor dem Unfall die Strecke bereitet und sich bei dieser Gelegenheit eigens danach erkundigt, ob die Schranke im Zuge der Kopfbahnenstraße gut bedient werde. Diese Frage wurde bejaht. In Wirklichkeit hat nun aber der Schrankenwärter, der vorläufig seiner Stellung enthoben worden ist, noch eine ganze Reihe von Rebenarbeiten zu erledigen gehabt. Das soll nun für die Zukunft nicht mehr vorkommen. Ist doch bei viel weniger großen Verkehrsstraßen, so zwischen Reinickendorf und Schönhof, ein besonderer Beamter zum Schließen der Schranken angestellt. Auch die Höherlegung des verkehrreichen Bahnhofes Reinickendorf-Rosenthal ist von der Eisenbahndirektion in Erwägung gezogen worden. — Es handelt

sch hier also ebenfalls um eine Folge des bekannten Sparfameitensystems in der Eisenbahnverwaltung.

Die Tegeler Gemeinde-Wasserleitung ist seit Dienstag früh um 6 Uhr wieder vollständig im Betrieb. Die eingetretene Störung ist beseitigt, und der Ort wird wieder ordnungsmäßig mit Leitungswasser versorgt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Triumph ist dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein gestern von einer hiesigen Strafkammer bereitet worden. Wie erinnerlich sein wird, hat der Gewerksverein der Metallarbeiter während des Streiks bei Reichlich diesen Unternehmer durch Zuführung von Arbeitswilligen unterstützt. Der Arbeitsvermittler der Hirsch-Dunderschen Organisation, Gastwirt Maxon, hatte die Ehrenpflicht, die dem Staat besonders nützlichen Elemente dem Unternehmer zuzuführen. Die Thätigkeit der Hirsch-Dunderschen hatte der Eisenreicher Pawlowitsch in einer Werkstättenbesprechung mit scharfen Worten charakterisiert, wodurch Maxon und der Sekretär Gleitsch auf von der Hirsch-Dunderschen Organisation sich beleidigt fühlten. Die beiden verklagten Pawlowitsch. Vor dem Schöffengericht hatte der Rechtsanwalt der Kläger beantragt, den Beleidiger doch nicht zu einer Geldstrafe, sondern zu Gefängnis zu verurteilen; diese Forderung hat dem Herrn aber nicht den Gefallen, sondern sprach Pawlowitsch frei. Weit mehr Verständnis zeigte die Strafkammer als Berufungsgericht für das Verlangen auf eine recht empfindliche Strafe. Pawlowitsch wurde gestern nämlich der Beleidigung schuldig befunden und zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Jubel über diesen Triumph mag die Hirsch-Dunderschen über die Berufung, die sie in der Berliner Arbeiterschaft genießen, hinwegtrösten.

Zwei journalistische Privatklagen beschäftigten gestern viele Stunden hindurch die 150. Abteilung des Schöffengerichts unter Vorsitz des Amtsrichters Lohse. In beiden Fällen richtete sich die Anklage gegen den durch seine Prosiküre gegen den Gouverneur v. Liebert bekannt gewordenen kolonialpolitischen Schriftsteller Dr. Hans Wagner. Die erste Klage war von dem Hauptredakteur der „Alldeutschen Blätter“, Professor Dr. Paul Samassa eingeleitet worden. Dessen Klage hatte Dr. Wagner in einer heftigen Pressehefte, bei welcher auch eine Duellierprobe in Frage gekommen war, „politische Abenteuer“ und „zweifelhafte Abenteuer“ genannt. Nach 1 1/2 stündigen Bemühungen des Vorsitzenden, des Justizrats Meinholtz für den Privatkläger und Rechtsanwalt Thurm für den Beklagten ein Vergleich zu Stande, nach dem Dr. Wagner die in seiner Prosiküre „Meine Erfahrungen mit der „Täglichen Rundschau“ dem Privatkläger gemachten Vorwürfe zurücknimmt. Professor Dr. Samassa zog hierauf die Privatklage zurück. Die Kosten des Verfahrens übernahm der Angeklagte. Die zweite Privatklage hatte der Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“, Heinrich Köppler, angehängt. Sie schwebt schon seit November 1902; zu einer Hauptverhandlung hatte es bisher noch nicht kommen können, einerseits, weil sich Dr. Wagner in einem schwerkranken Zustande befindet, der ihm jede Bewegungsfreiheit nimmt, andererseits, weil die Vorladung von Zeugen wiederholt Verletzungen notwendig machte. Unter Anklage stand eine vom Dr. Wagner veröffentlichte Prosiküre „Meine Erfahrungen mit der „Täglichen Rundschau“. Der Angeklagte Dr. Wagner hat Widerlage erhoben, und zwar auf Grund einer unter dem Titel „Der Fall Wagner“ erschienenen Prosiküre. Auch in diesem Falle kam nach langwierigen Verhandlungen ein Vergleich zu Stande.

Ein von schweren Folgen begleitetes Eifersuchtsdrama lag der Anklage wegen schwerer Körperverletzung zu Grunde, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Auf der Anklagebank befand sich der 27jährige Eisenbahnarbeiter Max Grahl. Sie stammten aus demselben kleinen Dorf in Pommern, der Angeklagte und die jetzt 25jährige Näherin Johanna Raß. Die Eltern waren Nachbarn und deren Kinder Schulfreunde. Im Jahre 1898 trat der Angeklagte bei der Artillerie in Berlin ein. Er führte sich während seiner Dienstzeit fabellos. Dann bescheidete er anderthalb Jahre hindurch eine Stellung als Diener und darauf erhielt er Beschäftigung bei der Eisenbahn. Im Herbst 1900 war auch die uneheliche Raß nach Berlin gekommen, um sich hier einen Dienst zu suchen, den sie auch fand. Nach etwa 2 Jahren gab sie den Dienst auf und ernährte sich von da ab als Wäscherin. Sie wohnte bei der Witwe Schneider im Quergebäude des Grundstücks Kirchbachstraße 12. Schon vorher hatte sie sich mit dem Jugendgepöbel verlobt, die beiderseitigen Eltern waren mit dem Verhältnis einverstanden. Es währte nicht lange, bis die Eingetragten dem Brautpaar eine Trübsal erfuhren. Wie die Braut Raß behauptete, quälte ihr Bräutigam sie mit unbegründeter Eifersucht. Wiederholt hatte sie angebroht, daß sie den Verkehr mit ihm aufgeben würde. Nach einem solchen Auftritt hatte sie der Angeklagte auf dem Flur des Hauses Kirchbachstraße 12 erwartet, trat ihr mit dem geöffneten Messer in der Rechten entgegen und richtete an sie in drohendem Tone die Frage, ob sie den Verkehr mit ihm fortsetzen wolle oder nicht. Die Furcht habe sie getrieben, die Frage zu bejahen. Am 21. Juni, einem Sonntag, erschien der Angeklagte gegen Mittag bei seiner Braut und forderte sie auf, mit ihm anzugehen. Seine Braut erwiderte ihm, daß sie zu Hause bleiben müsse, da sie zu nahen habe. Der Angeklagte ging dann allein fort. Ein Zufall wollte es, daß er gegen Abend sich nach dem Divot am Tempelhofer Feld begab und hier seine Braut traf, welche im Tausch neben einem Dragoner saß. Es kam zwischen dem Paar zu einer unliebsamen Auseinandersetzung, sie tanzen trotzdem aber mehrmals zusammen. Als die Raß dem Angeklagten ungewöhnliche Beweise ihrer Gleichgültigkeit gab, zog der letztere es vor, sich stillschweigend zu entfernen. Er irrte, um seiner Gemütsbewegung Herr zu werden, kundenlang auf dem Tempelhofer Feld umher und begab sich dann kurz vor 10 Uhr nach dem Grundstück Kirchbachstraße 12, wo er sich hinter der Eingangstür des Quergebäudes verborgen hielt. Er mußte bis nach 1 Uhr warten, bis seine Braut in Begleitung ihrer Wirtin nach Hause kam. Als die beiden Frauen den Flur des Hauses betraten, verfehlte der Angeklagte der Frau Schneider mit der Linken einen Stoß gegen die Brust, daß sie zurücktaumelte und mit der Rechten, die ein geöffnetes Messer hielt, führte er einen Schlag gegen das Gesicht seiner Braut. Er traf ihr linkes Auge. Mit dem Aufschrei: „Mein Auge! Meine Mutter!“ sank die Betroffene zu Boden. Sie sprang aber gleich wieder auf und eilte auf den Hof hinaus, gefolgt vom Angeklagten. Hier entwickelte sich ein schrecklicher Aufruhr. Das Wädchen lief furend auf dem Hofe im Kreise herum, hinter ihr her der Angeklagte, der jedesmal mit dem Messer auf sie einhieb, wenn er sie erreichen konnte. Als die Wirtin schließlich zu Boden sank, blutete sie aus vielen Wunden, vier Messerschläge waren ihr in den Rücken gedrungen und ihre Hand, mit der sie unwillkürlich ihren Hinterkopf hatte schlagen wollen, war zerkratzt. Der Angeklagte ließ von seinem Opfer ab, als es am Boden lag. Er rannte wieder auf den Hof, rief sich die Oberkleder vom Leibe herunter und brachte sich dann selbst über 20 Stiche in die Brust bei, bis er bewusstlos zusammenbrach. Beide Verletzten schwanden zwischen Leben und Tod, es ist der ärztlichen Kunst aber doch gelungen, sie zu retten. Das linke Auge der Johanna Raß ist ausgelassen.

Der Angeklagte behauptete, daß ihm seine furchtbare Erregung jede Ueberlegung geraubt habe, eine Behauptung, die durch die Verweigerung keinewegs unterstützt wurde.

Das Urteil lautete auf eine Zuchthausstrafe von vier Jahren.

Verfammlungen.

Ueber die Arbeitslosen-Unterstützung debattierte am Montag eine öffentliche Schuhschneider-Verammlung. Den Anlaß dazu bot der Umstand, daß gegenwärtig eine Abstimmung im Verein deutscher

Schuhschneider stattfindet, in der die Fragen zu beantworten sind, ob die Arbeitslosen- und Kranken-Unterstützung gleichzeitig, oder ob einer dieser Unterstützungsweige allein einzuführen ist. Wenn die Abstimmung, die am 16. d. Mts. geschlossen wird, eine Mehrheit für eine der Fragen abgibt, dann hat die im nächsten Jahre stattfindende Generalversammlung des Vereins die Einzelheiten über die Einführung der Unterstützung festzusetzen. — In der Versammlung am Montag wurde hauptsächlich über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung gesprochen. Die meisten Redner beantworteten dieselbe als ein Mittel zur Förderung der gewerkschaftlichen Bestrebungen. Verschiedene Redner sprachen gegen die Arbeitslosen-Unterstützung, weil die Schuhschneider mit ihrem äußerst geringen Einkommen die Lasten dieser Unterstützung nicht tragen könnten und eine Kontrolle der Arbeitslosen in der ausgedehnten Hausindustrie, mit der die Schuhschneider zu rechnen hat, fast unmöglich sei.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hausdiener und Packer des Warenhauses H. Tieg wurden am Dienstag in einer vom Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung, die in den Arminkhallen tagte, sehr abfällig besprochen. Der Referent A. Werner wies darauf hin, daß Herr Tieg bei Eröffnung des Warenhauses im Jahre 1900 in großen Worten von den sozialen und humanitären Zwecken gesprochen hat, denen das Unternehmen auch dienen sollte, und wie damals in der Presse über die guten Löhne der Angestellten berichtet wurde. Es hätte sich jedoch, so führte der Referent aus, bald herausgestellt, daß die Verhältnisse keineswegs so günstig waren. Herr Tieg hätte aber wiederholt ausgesprochen, daß er die Organisation der Angestellten billige und in der Verhandlung mit ihm, dem Redner, den Wunsch geäußert, man möchte, wenn Wünsche vorhanden seien, nicht in den Zeitungen darüber berichten, da das das Warenhaus nur schädigen könne; die Angestellten sollten in solchen Fällen entweder persönlich oder durch den Vertreter ihrer Organisation oder auch durch eine Besonderekommission ihre Wünsche vorbringen. Darauf sei eine Besonderekommission gewählt worden und diese hätte auch einmal kleine Vorteile erzielt, wobei es sich um gelegentliche lange Arbeitszeit der Schaffner und Motorführer handelte. Im übrigen seien aber die Mitglieder der Kommission, sobald sie um Abstellung irgend welcher Mängel oder Aufklärung darüber höflichst ersuchten, von dem Generalverwalter, dem Herrn Inspektor Piskert grob zurückgewiesen und diskreditiert worden durch „Strafverlesung“ nach der Altonaer Straße oder „Internierung“ in die Kasselei, und sogar unter nichtigen Vorwänden entlassen worden. Während die Herren Tieg sich dahin geduldet hätten, daß es ihnen recht sei, wenn jeder ihrer Angestellten der Organisation angehöre, sei dem Herrn Piskert die Organisation offenbar ein Dorn im Auge. Ueber die Löhne der Hausdiener und Packer berichtete der Redner, daß verheiratete Leute 19 bis 20, ja auch 18 M. pro Woche geboten werden. Nun haben die organisierten Hausdiener, Packer etc. weit über 100 an der Zahl, Anfang vorigen Monats der Firma einen Lohnantrag eingereicht und zwar durch ihre Organisation. Es entspricht das dem auf dem Verbandstag in Hamburg gefassten Beschlusse, wonach in allen Warenhäusern nach tariflicher Festsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gestrebt werden soll. Der Tarif enthielt folgende Forderungen, die hinter dem zurückbleiben, was z. B. das Warenhaus Wertheim den Angestellten dieser Branchen gewährt:

Für junge Hausdiener etc. von 16—18 Jahren 17 M.; für Hausdiener etc. von 18—21 Jahren 20 M.; für unverheiratete von über 21 Jahren 22 M.; für verheiratete 25 M.; für alle Hausdiener etc. nach einjähriger Thätigkeit 1 M. Zulage. Für Motorwagenfahrer 27 M., nach einjähriger Thätigkeit 3 M. Zulage. Für Ueberstunden nach 1/2 Uhr abends 50 Pf.; für mittags durcharbeiten 1 M. Eine Kündigungsfrist im ersten halben Jahre von acht Tagen, dann von 14 Tagen. Einen Erholungsurlaub bei einjähriger Thätigkeit im Geschäft von drei Tagen, bei zwei- und dreijähriger Thätigkeit von acht und dann von 14 Tagen. — Bei Eröffnung des Warenhauses hat für die Hausdiener die Kündigungsfrist bestanden, später wurde sie jedoch abgeschafft. — Auf die Forderungen gab die Firma folgende Antwort, die vom 12. November datiert:

Den Eingang Ihrer Zuschrift vom 9. November 1903 bestätigend teile Ihnen mit, daß ich Engagements und Gehaltsbedingungen mit meinem Personal selbst verhandelt und jede fremde Vermittlung ablehnen muß.

(gez.) Hermann Tieg.

Nach beschloffen die Angestellten, ohne Vermittlung ihrer Organisation vorzugehen und der Obmann ihrer Besonderekommission wandte sich zunächst an Herrn Piskert. Dieser aber antwortete: „Das lassen Sie mir schon bleiben, sonst werden Sie rausgeschmissen.“ Wie weiter berichtet wurde, hat Herr Piskert die Angestellten dann auch unter Hinweis auf die verlorenen Streiks der Omnibusangestellten, der Gärtler und Dräger usw. vor'm Streik gewarnt, obgleich die Angestellten noch gar nicht an Arbeitsniederlegung gedacht, geschweige denn davon gesprochen hätten. Die Angestellten wandten sich dann in einem höflichen Schreiben an Herrn H. Tieg und ersuchten um Verhandlung. Das hatte zur Folge, daß Herr Piskert eine Zusammenkunft der Angestellten berief und eine Rede hielt, worin er mitteilte, daß die Herren Tieg sich nicht auf schriftliche Verhandlungen einlassen wollten und ihn ermächtigt hätten, auf das Schreiben zu antworten. Im Grunde genommen werde das ja schon gewährleistet, was man verlange; wenn Herr Tieg aber auf die Forderungen eingehe, werde er dafür sorgen, daß möglichst unverheiratete Leute eingestellt werden, weil die billiger seien. — Das ganze Verhalten der Firma Tieg und ihres Vertreters wurde vom Referenten sowie in der dem Referat folgenden lebhaften Debatte scharf verurteilt. In der einstimmig angenommenen Resolution wurde namentlich die Zurückweisung der Organisation getadelt. Das Verhalten der Firma soll der Berliner Gewerkschaftskommission zur Kenntnis gebracht werden, damit diese geeignete Schritte unternehme. Schließlich wurden die dem Verbands nicht angehörigen Kollegen zum Anschluß an das Vorgehen desselben und zur Betätigung der Solidarität aufgefordert.

Wiederhol. Der hiesige Wahlverein hielt am 3. d. M. im Lokal des Herrn Fechner eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher die Funktionäre des Vereins Bericht erstatteten und die Rewahlen vollzogen wurden. Lavin gab den Bericht des Vorstandes, aus welchem ersichtlich ist die Gründung von drei neuen Wahlvereinen im Agitationbezirk. — Löwenthal gab den Kasienbericht für das vierte Quartal, welcher mit einer Einnahme und Ausgabe von 313,10 M. abschließt. Aus dem Jahresbericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß nach Deduktion aller Unkosten für die Agitation im Bezirk, welcher 23 Orte umfaßt, sowie für die Reichstagswahl noch 451,10 M. an die Kreis-kasse abgeliefert werden konnten. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 200. Nach Verlesen geordnet gefordert dem Verein an: 85 Arbeiter, 24 Tischler, 13 Schlosser, 12 Maurer, 6 Klempner, 6 Drechsler, 6 Scharfseher, 4 Metallarbeiter, 4 Metallarbeiter, 3 Heizer, 3 Schuhschneider, 3 Kupferschmiede, 3 Lithographen, 3 Möbelpolierer, 3 Kaufleute, 3 Formner, 2 Lagerhalter, 2 Buchbinder, 2 Steinbrüder, 2 Maler, 2 Formsticker, 2 Eisenarbeiter, 2 Gärtler, 2 Federarbeiter, 2 Weber und je 1 Vergolder, Glasbläser, Cigarrenmacher, Stodermacher, Fleischer, Metallarbeiter, Gastwirt, Lackierer, Mustermacher, Schneider, Graveur, Mechaniker, Bäcker, Schmied, Sattler, Stukateur, Färber, Expedient, Zimmermann, Tapezierer, Silberarbeiter. — Die Bibliothekare berichteten, daß im Laufe des Jahres 81 Werke ausgeliehen wurden, und die Lokalkommission konnte mit 4 gewonnenen Versammlungslokalen aufwarten, deren Zahl sich jetzt auf 10 erhöht hat. Die Zeitungspedition hat eine Zunahme von 60 Abonnenten zu verzeichnen und brachte einen Ueberschuß von 185 M. Nachdem die vom Vorstand beantragte Statutenänderung genehmigt, erfolgten die Rewahlen. Es wurden als Vorsitzende Lohse und Otto, als Schriftführer Steiner, als Kassierer Fuchs und Hildebrandt und als Revisor Rasper gewählt. Als Revisoren wurden Löwenthal, Hise und Vollmann, als Bibliothekare Koch und Knispel, als Zeitungspediteur Schmidt und in die Lokalkommission Lavin, Dreißt und Krüger gewählt. Ad. Schulz, Gottfr. Jänsch,

Suhland, Feuerstein, Habarth und Schwarzlose wurden mit dem Posten eines Hilfskassierers betraut. — Um eine regere Benutzung der Bibliothek zu ermöglichen, wurde beschlossen, Bücher an jedem Sonntagvormittag von 11 bis 12 Uhr im Lokal des Herrn Fechner sowie auch an Versammlungsabenden auszugeben. Nachdem Lohse den Bericht von der letzten Kreis-Generalversammlung gegeben hatte, erreichte die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Verein für Gesundheitspflege des Volkes (Moabit). Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Alt-Moabit 47—48, öffentlicher Vortrag des Dr. M. Gröschel. Tagesordnung: Bekämpfung, Folgen, Beise und Ursachen der Selbstbestrafung.

Vermischtes.

Ueber die furchtbare Gießform-Explosion in der Halleischen Maschinenfabrik meldet die „Halleische Zeitung“ noch folgende Einzelheiten: Es sollte eine 120 Centner schwere Hartgussform für eine Zylinderbohrfabrik in Jena gegossen werden. Das flüssige Eisen war in die Form gelassen, die man zu ebener Erde eingemauert hatte und eine große Anzahl Arbeiter mit der Bedienung des über der Form stehenden gewaltigen Hebelarms beschäftigt. Da plötzlich bemerkte der Gießmeister, daß die schweren Eisenteile, welche die Form bedeckten, sich zu bewegen begannen. Sofort erkannte er die drohende Gefahr und rief den Arbeitern zu: „Rettet Euch, sonst seid Ihr des Todes!“ In wider Hast suchte alles aus der Nähe der verhängnisvollen Form zu fliehen, durch die Thüren und die Fenster. Doch es war erst ein Teil der Bedrohten in Sicherheit, da zersprengte die unterirdische Gewalt die aufgelegten Eisenteile, mit schrecklichem Donner explodierte die Form. Heiße Gase erfüllten den Gießraum, glühender Sand, flüssiges Eisen flog mit elementarer Kraft durch die Luft, und auf den Erdboden ringsum verbreitete sich das aus seiner Hülle befreite glühendheiße Metall. Bis zum Holzdach hinauf wurden die Explosionsstoffe geschleudert und setzten daselbst in Brand. Minutenlang herrschte in der Gießerei völliges Dunkel infolge des dichten, die Luft erfüllenden Staubes und Sandes. Drei Arbeiter, Familienväter, erstickten und verbrannten, acht wurden schwer verletzt.

Fünzig Personen im Hafen von Jihala ertrunken. Wie ein Telegramm aus Athen meldet, kollidierten gestern im Hafen von Jihala die griechischen Dampfer „Phloros“ und „Afios“. Das Borddeck des „Phloros“, auf dem sich die Kajüten befanden, wurde schwer beschädigt und sank unter Wasser. Etwa 50 Personen sind ertrunken.

Briefkasten der Redaktion.

Cauerstraße 19. Tagsüber findet keine juristische Sprechstunde statt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

N. 3. 13. Verjährung liegt nicht vor. Wenn Sie nicht Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl erheben, wird er vollstreckbar. Sie können Einspruch erheben und nachdem sich mit dem Gläubiger verständigt. — **Schuldbriefe.** Ist Ihre Frau großjährig, so muß sie zahlen. Sie haben wiederholt davor gewarnt, solchen Kassen beizutreten und den Hal erziel, in einer den Statuten entsprechenden Form auszutreten, weil sonst weitergezahlt werden müßte. — **N. 24.** Als Gebühren einer Hebamme werden 6—20 M. für die Entbindung und 1—3 M. für jeden Besuch als angemessen erachtet. War die Hebamme mit der Bezahlung vor einem Jahre einverstanden, so kann sie nicht nachträglich Forderungen stellen.

Erbrecht Brandenburg. Die Kinder können Nachlassregulierung noch jetzt beantragen, ihnen steht der gesetzliche Teil im Nachlass ihrer Mutter zu. Sie gehen aber von dem Vermögen aus, das in Brandenburg Gütergemeinschaft gebräuchlich ist, dem ist nicht so. Lag kein besonderer Ehevertrag vor, so bestand Gütertrennung und das sogenannte „gemeinsam Erworbenen“ wurde Eigentum des Mannes. Die folgenden Verfügungen lassen sich nur dann beantworten, wenn Sie ergänzend mitteilen: wann der Todestag eintrat? Bei Regulierung des Nachlasses festgehalten? — **N. 27.** Wenn Ihre Rechte und späterhin Sie ohne Vorbehalt Erbe geworden sind, so erben Sie auch die Schulden mit, müßten also die Forderung begleichen, wenn Sie schuldlos befreit sind, und nicht etwa Verjährung vorliegt. Verjährung steht mit Ablauf dieses Jahres einzutreten. — **N. 8. Hildorf. Rein.**

N. 9. 6. 1. Wenn in Ihrem Vertrage steht, daß Sie die Miete zu bringen haben, so müssen Sie bei Vollzahlung der Miete 5 Pf. mehr zahlen. Steht, daß Sie am 1. zu zahlen haben, so muß am 1. das Geld in den Händen des Empfängers sein. Ist unvollständige Mietezahlung im Vertrage als Grund für die Kündigung angegeben, so ist leider der Miet im Recht. 2. Steht im Vertrage die in des Mietes Schreiben erwähnte Klausel, so ist er auch bezüglich der Miete im Recht. — **Veritas.** Sie würden mit Rücksicht auf Erfolg Ihre Gehalt bis 31. Dezember eintragen können, weil Ihre Entlassung erst nach geborener Arbeitsunfähigkeit ausgesprochen ist. — **N. 26. 1000.** Die §§ 14 und 15 des Statuts müßten den jetzigen Wünschen der Mitglieder entsprechend geändert werden.

N. 8. 31. Um Hebamme zu werden, müssen Sie sich an das Polizeipräsidium wenden; dann erfolgt Vorarbeiten beim Physikus. Nach bestandener Examen werden Sie zum Lehrkursus (sechs Monate Dauer, Kostpunkt 100 M.) zugelassen, sobald die Reihe Sie trifft. Dann erfolgt die Schulprüfung und eventuelle Zulassung. Bei der Zulassung dürfen Sie das 30. Jahr nicht überschritten haben. Bei der Zulassung sind die bei der Anmeldung älter als 20 Jahre sind, eine Meldung voranzuschicken. — **N. 85.** Wenn Sie einen Unfall erlitten haben, können Sie unbeschadet Ihrer Ansprüche Arbeit suchen. Der Unfall vom 6. Mai und ein Bericht hierüber ist und nicht erinnerlich.

Wpt. 1. und 2. Rein. — 100. C. C. 1. Nur wenn die Statuten dies befehlen. 2. Und 3. die Kasse nicht befreit. 3. Rein. 4. Die Sachen unterliegen der Pfändung; jedes Rechtsgeschäft, das zum Nachteil der Gläubiger unternommen wird, also Uebertragung des Eigentums an die Kinder, Ueberlassung usw., ist nichtig und kann ohne Erfolg sein. — **N. 8. 1. Wilmersdorf.** Solange die Frau nicht beim Vormundschaftsgericht eine einstweilige Verfügung durchgesetzt hat, durch die ihr das Erziehungsvorrecht im Interesse des Kindes zugesprochen und ihr das Vermögen vom Gemanen gestaltet ist, steht das volle Erziehungsvorrecht dem Vater zu. — **N. 9. 03.** Invalidentrente können Sie nur verlangen, wenn mindestens 200 Markes geleistet sind und Sie entweder dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidengesetzes sind oder wenn Sie während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sind, im letzteren Fall für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit. Dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidengesetzes liegt nur dann vor, wenn Sie infolge von Alter, Krankheit oder andern Ursachen so erwerbsunfähig sind, daß Sie nicht mehr im Stande sind, durch Ihre Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Thätigkeit im Privatleben zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Altersrente haben Sie zu beanspruchen, wenn Sie das 70. Lebensjahr vollendet und mindestens 1200 Beitragsmonaten hindurch versichert gewesen sind. Die Länge dieser Periode vergrößert sich für diejenigen Personen, welche zu der Zeit, als die Versicherungspflicht für ihren Berufsgegenstand in Kraft trat, das 40. Lebensjahr vollendet hatten und drei Jahre vor diesem Austritt eine Beschäftigung hatten, für die inzwischen die Versicherungspflicht eingeleitet ist. Die Kürzung ist folgende: Für jedes volle Jahr, um welches der Lebensalter zu dem Zeitpunkt des Austrittens der Versicherung das vollendete 40. Lebensjahr übersteigt, werden 40 Wochen und für den überschreitenden Teil des Jahres bis 40 Wochen angerechnet. Die Versicherungsfrist ist für die Hausgewerbetreibenden der Lebensmittel mit dem 1. Januar 1902, der Textilindustrie mit dem 2. Juli 1894, für Bergarbeiter, Techniker, Lehrlinge, Erzieher und sonstige Angestellte mit dem 1. Januar 1900, für alle übrigen Gattungen Versicherungsfristiger mit dem 1. Januar 1891 eingeleitet. An der Hand dieser Darlegungen wollen Sie selbst prüfen, ob Ihnen ein Anspruch zusteht, oder mit den Karten am Ausnahm erfragen.

Mar 1900. Nach Ihren Darlegungen ist es unabweislich, daß ein Straßverfahren eingeleitet ist. — **Feuerversicherung 100.** Zur einseitigen Aufhebung des Vertrages sind Sie nicht berechtigt. Sie müssen weiter zahlen. — **Paul 2.** Die Frage, ob die Herausgabe eines vor dem 1. Januar 1900 geborenen außerordentlichen Sohnes nach dessen zurückgelegtem vierter Lebensjahre in Preußen verlangt werden kann, ist von den Grundgesetzen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Erbschaftsrecht aus zu verneinen. Sie müßten aber in der Praxis sowohl bejahen als verneinen. Jedemfalls hat die Mutter das Recht, beim Vormundschaftsgericht den Antrag zu stellen, im Interesse des Kindes ihr das volle Erziehungsvorrecht unter Fortzahlungspflicht des Erzeugers zu belassen, wenn sich aus den gesamten Umständen ergibt, daß der Vater nicht um zu erziehen, sondern um sich von der Zahlungspflicht zu befreien, die Herausgabe begehrt, und als zur Erziehung ungeeignet erachtet. Solche Umstände sind: Notwendigkeit weilsicher Pflege für das Kind, bisheriges Nichtkönnen um das Wohl des Kindes, Rückständigkeit in der Alimentenzahlung usw. Ob die Rückforderung am vierten Geburtstag oder später geltend gemacht wird, ist unerheblich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Cirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Zum 9. Male:

Babel

oder: Die Frucht, der Untergang und die Wiederverwedung des Weltreiches von Babylon.
Eine Wanderung durch acht Naturtänze in Form einer großen Ausstattungs-Pantomime in 11 Abteilungen. Nach einer Idee von A. Moszkowski. In Szene gesetzt vom Direktor Alb. Schumann.
25 männliche Abessinier-Tänzer des Herrn Julius Seeth.
Mlle. Dutrieu phänomenal. Rekordführung. 50 Fuß mit dem Fahrrad.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.**
Schwank in 4 Akten von G. v. Moser.
Freitagabend 8 Uhr: **Vasantasena.**
Sonnenabend 8 Uhr: **Vasantasena.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Ehre.**
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Freitagabend 8 Uhr: **Wilhelm Tell.**
Sonnenabend 8 Uhr: **Wilhelm Tell.**

Freie Volkshühne.

Sonntag, den 13. Dezember, 2 1/4 Uhr:

Metropol-Theater. Lessing-Theater.
13./14. Abteilung. 6./7. Abteilung.
Der Widerspenstigen Zähmung. Ein Verbrecher.

Sonntag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15

Liliencron-(Kunstabend)

Mitwirkende:
Recitation: Frau Gertrud Arnold u. Herr Friedrich Kaysser,
Gesang: Herr Hans Schröder,
Begleitung: Herr Richard Kirsch.
Anfang präzis 7 Uhr abends.
Billets a 25 Pf. in den Zahlstellen: O. Beyer, Pfarr, Kunke, Böttger, G. Schulz, Horsch, Vogel II, Löwenberg.

Kostüm-Fest

am 9. Januar 1904 in der Neuen Welt (Hasehoide).
Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.
Der Vorstand: I. A.: G. Winkler.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
An den Seen Ober-Italiens.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 163.
Der Indianer-Riese
Mianko Karoo vom Stamm der
Sioux-Indianer.
Lebend! Die zusammenge-
wachsenen
Schwestern
nur noch bis
Ende Dezember.
Grosses Promenaden-Konzert.

ALT-CHINA

Kunst-Ausstellung



Täglich geöffnet 10-8.
Entree 1 M., Sonntag 50 Pf

Deutscher-Amerikanisches Theater.
Königsplatz 67, Stat. Rennowstrasse.
Gastspiel AD. PHILIPP.
Zum **103.** Male
„Uebere grossen Telch.“
Anfang 8 Uhr.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Salerno Meisterjongleur.
Johnson u. Dean Cake-Walk-Tänzer.
Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
The Saphos Reckturnkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Little Fred Komische Hundedressur.
Kromo Familie Ikarische Spieler.
Piwitt Pierrot.
Annette Gillard erste Sängerin
von der Opera Comique in Paris.
4 Schwestern Merkel Equilibristin.
Bokken Lassen Strassensängerin.
„Paraph Luft“ Ballettdivertissem.
Biograph mit neuen interess. Aufn.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Elektra.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Nachtasyt.**

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich-
und Universitätsstrasse.
Biscotte.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagabend: **Die Rotbrüde.**

Casino-Theater.
Rothsingerstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
8 Uhr: **Weihnachtsglocken.**
8 1/2: **Muscha Melitta - Loro-Quartett.**

Corradini.
9 1/2 Uhr: **Der vertauschte Sohn.**
Sonntagabend 4 Uhr: **Am Altar.**

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.

**Berlin hat wieder
seine Sensation!**
Mortonellos
Enthauptung
einer lebenden Dame!
Ausserdem
14 neue erstklassige Nummern.
**Perfina, Lucia della Sera,
Hasson u. Jenny** etc. etc.

Palast-Theater
Burgstrasse 22, früher Feen-Palast.
Heute und folgende Tage:
Wünsche und Träume.
Große Zauberposse mit Gesang und
Tanz in 8 Bildern.
Reizter Gemmet: Dr. Rich. Winter.
Dazu das
grossartige Dezember-Programm.
Redwig Böring, der Nibelung
der Berliner
wieder
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 10. Dezember 1903:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der verkaufte Schlaf.
Rom. kom. Zauberstück mit Gesang
und Tanz in 3 Akten und 12 Bildern.
Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch.

Donnerstag, den 10. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:

Karl Hagenbecks
größte Raubtier-Zau.
Gaugewachsene Königtiger,
noch nie in dieser Vollendung
gezeigt!!!
3 Riesen-Löwen,
3 Riesen-Eisbären,
3 schwarze Bären.

Die größte und sensationellste
Raubtiergruppe, vorgef. von dem
räthmüthig bekannnten Dompteur

Herr **Richard Sawade**
Herr **Gustav Gobel** aus Berlin,
Schauspieler, Schüler des berühmten
James Fille.

Direktor **Busch:** 2 Persephengste.
Die berühmten Clowns **Fratellini.**
Berliner Winterfreunden
humorist. Manege - Schaustück.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Gastspiel des Oberbayerischen Bauern-
Theaters. (Sänger: Herr u. Tegermeyer.)

Die Kreuzschreiber.
Vollständig mit Gesang und Tanz in
5 Akten von L. Anzengruber.
Morgen:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Fröbels Allerlei-Theater
H. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Zuhaben: **Wilhelm Fröbel.**
Sonntagabend 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebtesten Zimmermanns

Norddeutschen Sängers
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Grosser Extraball.
Entree 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.
Dienstag 8 1/2 Uhr: Gastspiel des
Städtischen-Theaters. Einmalige Auf-
führung: **Der Raub der Sabinerinnen.**
Schwank in 4 Akten von Schöndorfer.
Nach der Vorstellung: **Frei-Tanz.**
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Einer von unsere Leut!
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Sansouci.
Rottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängers.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theaterabend.

Sonabend, den 12. Dezember er.:
Wünsche und Träume.
Weihnacht - Lebensbild in 4 Akten.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Borghausstrasse haben Gültigkeit.

Etablissement Sagenhagen
Moritzplatz.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend
und Sonntag im Kaiserhof:
Rudolf Schauss'
Künstler - Ensemble
„Nordsterne“.
Nach jeder Vorstellung:
Tanz.

Sons haben an den
Wochentagen Gültigkeit
In den unteren Sälen
täglich
Militär - Konzert.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Das grossartige Dezember-Programm
mit: **Molly Vorch, The Klatt's u. s. w.**
Sein Patent.
Diebstahlsmodie in 1 Akt.
Nach der Vorstellung:
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide No. 108/114.
Jeden Donnerstag:
Bernh. Rose-Theater-Ensemble.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. Schiller.
Nach der Vorstellung:
Grosser
Familien - Ball.
Tanz frei!
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Musikwerke
mit Glockenbegleitung u. aus-
wechselbaren Notenheften, so-
wie Klaviers, Klänge Familien-
unterhaltung, geistliche Teilzahlung.
J. KURZBERG, Neue Königstr. 47/II.
direkt am Alexanderplatz

Vorwärts-Buchhandlung

8A., Lindenstr. 69, Laden.

Schriften von **K. Kautsky:**
Die Vernichtung der Social-
demokratie durch den Gelehrten
des Centralverbandes deutscher
Industrieller. M. 1.-20
Die katholische Kirche und die
Socialdemokratie. M. 1.-75
Dasselbe. Agitations-Ausgabe. M. 1.-30

Die sociale Revolution. I. Social-
reform und sociale Revolution.
II. Am Tage nach der sozialen
Revolution. M. 1.50
Socialreform und sociale Re-
volution. Agitations-Ausgabe. M. 1.-40

Am Tage nach der sozialen
Revolution. Agitations-Ausgabe. M. 1.-30

Karl Marx' Oekonomische Lehren.
Gemeinschaftlich dargestellt und
erläutert.
Gross. M. 1.50; gebunden M. 2.-

Die Agrarfrage. Eine Uebersicht
der Tendenzen der modernen Land-
wirtschaft und die Agrarpolitik der
Socialdemokratie.
M. 1.-, Ebd. 6.50

Das Erfurter Programm in seinem
grundfähigen Zeit.
M. 1.50; gebunden M. 2.-

**Konsumvereine und Arbeiter-
bewegung.** M. 1.-15
Die Klassengegensätze von 1789.
M. 1.-50

**Vernichte und das socialdemo-
kratische Programm.** Eine Anti-
kritik. M. 1.-20
Dasselbe. Volksausgabe. M. 1.-

„New Yorker Volkszeitung“
25jähriges Jubiläum, 1878-1903.
Wir geben den Rest dieser
Jubiläumnummer jetzt mit 75 Pf.
ab anstatt des früheren Preises von
M. 1.-.

Uhren verfallene

silberne von 5,00, gol-
dene von 10,00 an.
Herren-Uhren, goldene,
grossartige Auswahl,
kolossal billig!

Ferner: **Fahrrad-
Gelegenheitskäufe!**
Leihhaus, Neue Schön-
hausstr. 11.

Damen!

Ausverkauf von **Dalot's**
u. **Jacobs** im Engros-Geschäft von
A. Schwarz, strasse 1,
1. Etage, sein Laden. Die Sachen,
die früher für 8-10 M., werden jetzt
nach beendeter Engrosaktion von
4-20 M. verkauft. Nur gute
Stoffe und beste Verarbeitung.

Herren-Moden

eleg. Ausführung, geringe Teil-
zahlung.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47/II.
direkt am Alexanderplatz

Pelzwaren-Fabrik,

Neue Königstr. 21. verkauft
nach beendeter Engros-Aktion
ihre Pelzwaren, bestehend in
Pelzstolts, Colliers, Muffen
usw. zu billigen Engros-
preisen. Es gelangt nur reelle
Stückware zum Verkauf.
Gegründet 1894. 43/11

Bonbons, Konfitüren, Marzipan,

Baumbehang

empfiehlt
F. Reinsch, Elsasserstrasse 22
(Ecke Gartenstrasse).

die Möbelfabrik

von
A. Schulz, Reichenbergerstr. 5
empfiehlt zum Weihnachtsfeste ihre nur reell gearbeiteten Möbel
unter Garantie, sowie
Sophas, Matratzen und Garnituren
eigener Fabrik zu
ganz bedeutend ermäßigten Preisen.
Coulanteste Bedingungen.

Achtung!

Gewerkschaften, Vereine etc.
Der **Musiker-Nachweis**
des Central-Verbandes der Civilmusiker Deutschlands
bisher Rosenthalerstr. 57 im Rosenthaler Vereinshaus, befindet sich
jetzt: **Brunnenstr. 188 im Restaurant Wilke.**
Telephon: Amt III. 6325.
Musikbestellungen bitten nach dorthin in der Geschäftszeit von
11-1 Uhr vormittags resp. zu jeder Tageszeit richten zu wollen.
Central-Verband der Civilmusiker Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.
Brunnenstr. 188 im Restaurant Wilke. 507*

Achtung!

Musiker-Nachweis
des Central-Verbandes der Civilmusiker Deutschlands
bisher Rosenthalerstr. 57 im Rosenthaler Vereinshaus, befindet sich
jetzt: **Brunnenstr. 188 im Restaurant Wilke.**
Telephon: Amt III. 6325.
Musikbestellungen bitten nach dorthin in der Geschäftszeit von
11-1 Uhr vormittags resp. zu jeder Tageszeit richten zu wollen.
Central-Verband der Civilmusiker Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.
Brunnenstr. 188 im Restaurant Wilke. 507*

Theater.

Donnerstag, 10. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Spernhaus, Lohengrin.
Schauspielhaus. Der Kaufmann
von Venedig.

Deutsches. Faust.
Berliner. Ein Wintermärchen.
Festung. Japhetreich.
Westen. Der Trompeter von Säk-
lingen.

Neues. Fische der Bildung.
Residenz. Ein Seiten sprung.
Central. Der Rastelbinder.
Thalia. Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater):
Der Bibliothekar.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Die Ehre.

Carl Weich. Der Kreuzschreiber.
Luisen. Reif-Reiflingen.
Kleines. Nachspiel.
Erlanon. Biocolle.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.

Casino. Weihnachtsglocken. Der
verlorenste Sohn.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Stylo. Frühlingluft.

Polst. Wünsche und Träume.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängers.
Hranio. Taubensstrasse 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: An den
Seen Oberitaliens.

Invalidenstrasse 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
Vorher: **Logik des Herzens.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: **Früchte der Bildung.**

Central-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
Der Rastelbinder.
Ed. Steinberger a. G.
Morgen: **Abdomentis - Vorstellung.**
Abends 7 1/2 Uhr: **Der Vogelhändler.**
Sonntagabend 4 Uhr, halbe
Preise, jeder Armadine ein Kind hat,
Kinderwerk: **Der gestiefelte Kater.**

Luisen-Theater.
Zum erstmalig:
Reif-Reiflingen.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: **Reif-Reiflingen.**
Sonabend: **Alpenkönig und Men-
schenkind.**
Sonntagabend: **Romeo und
Julia.** - Abends: **Reif-Reiflingen.**
Montag: **Reif-Reiflingen.**

Metropol-Theater.

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungssposse mit
Gesang und Tanz in 4 Bildern
von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
- Rauchen überall gestattet. -

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem Ballett **Blütenhochzeit.**
Um 9 1/2 Uhr: Mit grossem Orchester:
Vision nach dem Balle.
Pantomime, Musik von „Drei Kronen“.
Um 10 Uhr: Die neuen glänzenden
Spezialitäten: **Ivan Tschernoff,**
ein Morgen auf dem Sport-Steinhof,
Kelly und Ashby X **Francois-Truppe**
amer. Excentrics. **Quadrille.**
The Passaris, Tanz-Duo.
Kosmograph und Biophon.

Residenz-Theater

Direktion **S. Lautenburg.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Seiten sprung.
Schwank in 3 Akten von G. Herr,
Dehère und Guillemaud. Deutsch von
Max Schönan.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Sonntagabend 3 Uhr: Das
große Geheimnis.

Stettiner Sängers.

Anfang 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Reichshallen

Stettiner Sängers.
Anfang 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Sängers.

Anfang 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Sängers.

Anfang 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Sängers.

Anfang 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Stettiner Sängers.

Anfang 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Kalkoff in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Bogner's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Thätigkeit der Charlottenburger Armenverwaltung

ist dem soeben veröffentlichten Verwaltungsbericht zufolge auch im Jahre 1902 außerordentlich stark in Anspruch genommen worden...

zum Eingreifen der Armenpflege (von den Pflegekindern abgesehen) haben auch in diesem Jahre hauptsächlich Krankheit, Altersschwäche und Gebrochen allein oder in Verbindung mit anderen Ursachen Anlass gegeben...

Neben dem Umstande, daß in der That bei dem Teil der Bevölkerung, mit dem es die Armenpflege zu thun hat, Krankheitsfälle in wesentlich vermehrtem Umfang vorgekommen sein dürften, wird die erhöhte Inanspruchnahme der ärztlichen Thätigkeit in erster Reihe darauf zurückzuführen sein...

von Armen bewohnten Einzimmer-Wohnungen hat 19,92 M., der von 58 seit dem 1. April 1903 weiter gezählten gleichen Wohnungen sogar 21,07 M. betragen...

Die Arbeitslosigkeit hat sich im Jahre 1902 verhältnismäßig wenig als Ursache zum Eingreifen der Armenpflege bemerkbar gemacht...

Für die Erhöhung der Ausgaben für Pflegegelder in der Waisenflege ist die Ursache zu einem Teil in der notwendig gewordenen Erhöhung der Pflegegeldsätze zu suchen...

Erwähnenswert ist aus dem Bericht noch, daß laut Beschluß der städtischen Körperschaften die Beiträge, die von dritter Seite für die in städtischer Pflege genommenen Kinder gezahlt werden...

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, Montag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminushallen...

Die Frauenarbeit im Bürodienst bildet den Gegenstand einer Versammlung, die am 2. Dezember von den Bureau-Angestellten unter zahlreicher Anwesenheit der weiblichen Berufsberechtigten abgehalten wurde...

und 323 unter 50 Mark. Dazu kommt eine überlange Arbeitszeit, zumeist wird bis 8 Uhr, oft auch bis 9 und 10 Uhr gearbeitet...

Die Dienstmädchen Kopenhagens und das kommunale Wahlrecht. Einberufen durch Kopenhagens Dienstmädchen-Verein, fand am Sonntag im Studentenhause eine von 600 Personen, meist Dienstmädchen, besuchte Versammlung statt...

Die Versammlung befaßte sich ferner mit dem Prügelgesetz-Entwurf des Justizministers, der allgemein verurteilt wurde.

Marktpreise von Berlin am 8. Dezember 1903 nach Ermittlungen des Igl. Volkseigenen Preisbüros. Table with columns for commodity, price, and unit.

Eingegangene Druckschriften.

Dr. M. Gieseler, Mängel des Straßverkehrs und Vorschläge zur Abhilfe. 44 Seiten. Hugo Schmidt Verlag, Berlin 1903.

Verband der Schneider und Schneiderinnen (Filiale Berlin). Todes-Anzeige. Hermann Preuss (Schönleinstr. 8) im 37. Lebensjahre. 163/17

Verband der im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Rudolf Richert. 226/16

Kathreiners Malzkaffee. Arbeiter-Bau-Genossenschaft „Paradies“

Socialdemokrat. Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise. (Südost.) [24/14] August Friedrich

Socialdemokrat. Wahlverein für Nowawes - Neuendorf. Hiermit machen wir den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß am 7. Dezember nach kurzem Leiden unser Mitglied Paul Haase

Achtung! Moabit. Achtung! Freitag, den 11. Dezember 1903, abends 8 Uhr, im Saale der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/48: Großer Herren-Vortrag.

Arbeiter-Bau-Genossenschaft „Paradies“ zu Berlin. (G. G. m. b. H.) Sonntag, den 13. Dezember 1903, vormittags 9 1/2 Uhr, in Voigts Ritterfäsen, Ritterstraße 75: Außerordentliche General-Versammlung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschl. Bezirk Westen-Schöneberg. Johann Roeske

Am 8. Dezember starb nach kurzem, aber schmerzem Leiden im Alter von 51 Jahren unser verehrter Gatte, der Pianofortefabrikant Leo Pechmann.

Achtung! Moabit. Achtung! Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminushallen, Bremerstraße 70/71: Volks-Versammlung.

Central-Verband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Freitag, 11. Dezbr., abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Mitglieder-Versammlung.

Kranz- und Blumenbinderei von H. Rodewald, Alexandrinerstraße 1a.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Achtung! Moabit. Achtung! Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminushallen, Bremerstraße 70/71: Volks-Versammlung.

Blumen- und Kranzbinderei Richard Engelke, Reichenberger-Strasse 184, Ecke Mariannenstr.

